

## Erhalt und Aufbau (bürgerschaftlich getragener) gesellschaftlicher Dienste im Quartier



### Endbericht

des durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderten Projektes „KuDeQua - Quartierslabore - Kultur- und demografiesensible Entwicklung bürgerschaftlich getragener Finanzierungs- und Organisationsmodelle für gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier“

Gelsenkirchen, Münster, Dortmund, August 2020

Das diesem Bericht zugrundeliegende Forschungsprojekt wurde mit Mitteln des Bundesministeriums für Bildung und Forschung im Rahmen des Förderprogrammes „Kommunen innovativ“ unter dem Förderkennzeichen 033L197 gefördert. Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor\*innen.

Projektzeitraum: 01.06.2017 – 31.08.2020

**Bearbeitung:**

**Institut Arbeit und Technik:**

Elke Dahlbeck, Dajana Schlieter, Christoph Bräutigam

[Dahlbeck@iat.eu](mailto:Dahlbeck@iat.eu), +49 209 1707 331

[schlieter@iat.eu](mailto:schlieter@iat.eu), +49 209 1707 184

[braeutigam@iat.eu](mailto:braeutigam@iat.eu), +49 209 1707 222

**NRW.BANK**

Kerstin Jochimsen

[Kerstin.jochimsen@nrwbank.de](mailto:Kerstin.jochimsen@nrwbank.de) ; +49 251 91741-1016

**Stadt Dortmund**

Felix Brückner

[fbrueckner@stadtdo.de](mailto:fbrueckner@stadtdo.de) ; +49 231 50 28240

Bildnachweis Titelbild: Felix Brückner, Stadt Dortmund "nordwärts" (In der Meile, Dortmund Marten)

Stadt Dortmund



nord  
wärts

**IAT**  
Institut Arbeit und Technik

 **NRW.BANK**  
Wir fördern Ideen

# Inhalt

Abbildungsverzeichnis.....	5
Tabellenverzeichnis.....	6
1 Einleitung.....	7
1.1 Hintergrund.....	7
1.2 Ziele und Vorgehensweise.....	8
2 Gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier.....	11
2.1 Gesellschaftliche (notwendige) Dienstleistungen.....	11
2.2 Sozio-demografischer und kultureller Wandel in Deutschland.....	13
2.3 Entwicklung gesellschaftlicher Dienste und die Auswirkungen auf Quartiere.....	15
3 Zentrale Akteure und Organisationsmodelle zum Erhalt und Aufbau gesellschaftlicher Dienste im Quartier.....	17
3.1 Akteure und Potenziale für die Quartiersentwicklung.....	18
3.1.1 Kommune.....	18
3.1.2 Bürgerschaft.....	19
3.1.3 Unternehmen.....	21
3.1.4 Weitere Akteure für die Quartiersentwicklung.....	27
3.2 Organisationsmodelle für (bürgerschaftlich getragene) gesellschaftliche Dienste im Quartier.....	28
3.2.1 Vereine.....	29
3.2.2 Genossenschaften.....	35
3.2.3 Gemeinnützige GmbH (gGmbH).....	38
3.2.4 Lose Netzwerke.....	39
3.3 Chancen und Herausforderung für die Entwicklung von Organisationen gesellschaftlicher Dienste im Quartier.....	40
4 Finanzierungsmodelle gesellschaftlicher Dienste im Quartier.....	42
4.1 Finanzierungszugänge und -angebote.....	42
4.1.1 Finanzierungsangebote für rentierliche Vorhaben.....	42
4.1.2 Finanzierungsangebote für schwach rentierliche Vorhaben.....	43
4.1.3 Finanzierungsangebote für unrentierliche Vorhaben.....	45
4.1.4 Alternative Finanzierungszugänge.....	46
4.2 Finanzierungsmöglichkeiten: Anforderungen an Vorhaben und Gründer*innen.....	47
4.2.1 Anforderungen an rentierliche Vorhaben.....	48

4.2.2	Anforderungen an schwach rentierliche Vorhaben .....	50
4.2.3	Anforderungen an unrentierliche Vorhaben.....	50
4.2.4	Anforderungen bei alternativen Finanzierungszugängen .....	51
4.3	Fazit - Anforderungen an Gründer*innen und Vorhaben .....	52
5	Quartierslabor: Ein Instrument zum Aufbau gesellschaftlicher Dienste im Quartier? .....	55
5.1	Reallabore als Ansatz transformativer und transdisziplinärer Forschung .....	55
5.2	Quartierslabore .....	57
5.2.1	Dortmund-Martens.....	57
5.2.2	Dortmund Eving.....	73
5.3	Zentrale Ergebnisse und Reflexion aus den Quartierslaboren.....	79
6	Fazit und Ausblick.....	82
7	Literaturverzeichnis.....	86
8	Anhang.....	94

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Themenfelder gesellschaftlicher Dienstleistungen im Projekt KuDeQua .....	8
Abbildung 2: Arbeitspakete .....	9
Abbildung 3: Entwicklung der Bevölkerung nach Altersklassen, Deutschland 1970-2019 .....	13
Abbildung 4: Durchschnittsalter der Bevölkerung, Kreise und kreisfreie Städte 2017 .....	15
Abbildung 5: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, Kreise und kreisfreie Städte 2017 .....	15
Abbildung 6: Vergleich von Merkmalen junger Sozialunternehmer*innen und Jungunternehmer*innen (Merkmale in %) .....	25
Abbildung 7: Kapitalbedarf von Jungunternehmer*innen (Kapitalbedarf in %) .....	25
Abbildung 8: Genossenschaftsgründungen 2007-2015 .....	35
Abbildung 9: Themenbereiche der Genossenschaften 2007-2015 .....	36
Abbildung 10: Mehrebenen-Perspektive von Transformationsprozessen .....	55
Abbildung 11: Ortsteil Marten .....	58
Abbildung 12: Illustration „Multifunktionaler Raum“ Marten .....	65
Abbildung 13: Spielerischer Einbezug von Akteuren auf dem Sommerfest Marten 2018.....	69
Abbildung 14: Veranstaltungsorte Dortmund-Martens .....	71
Abbildung 15: Veranstaltungsreihe Dortmund-Martens.....	72
Abbildung 16: Stadtbezirk Eving.....	74
Abbildung 17: Entwurf des inklusiven Wohnprojektes .....	79

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen sowie Staatsangehörigkeit (10 größte Anteilsgruppen) 2019 .....	14
Tabelle 2: Unternehmen, Gründungen und Schließungen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2017 .....	22
Tabelle 3: Übersicht Themengebiete Social Entrepreneurship .....	23
Tabelle 4: Überblick ausgewählter Organisationsformen bürgerschaftlich getragener Unternehmungen .....	29
Tabelle 5: Parameter der Finanzierungszugänge .....	54
Tabelle 6: Ausgewählte Indikatoren zur Bevölkerung in den Unterbezirken Marten und Germania, dem Statistischen Bezirk Lütgendortmund und Dortmund Insgesamt 2018 .....	59
Tabelle 7: Ausgewählte Indikatoren in den Unterbezirken Marten und Germania, dem Statistischen Bezirk Lütgendortmund und Dortmund Insgesamt 2018 .....	59
Tabelle 8: Ausgewählte Indikatoren zur Bevölkerung in dem Unterbezirk Lindenhorst, dem Statistischen Bezirk Eving und Dortmund Insgesamt 2018 .....	75
Tabelle 9: Ausgewählte Indikatoren in dem Unterbezirk Lindenhorst, dem Statistischen Bezirk Eving und Dortmund Insgesamt 2018 .....	76

# 1 Einleitung

## 1.1 Hintergrund

Der sozio-demografische und der kulturelle Wandel in Deutschland verändert die Bedarfslagen in Hinblick auf gesellschaftliche Dienste. So steigt mit zunehmender Alterung der Gesellschaft z.B. die Nachfrage nach Gesundheits- und speziell nach Pflegeleistungen. Dieser Wandel vollzieht sich regional sehr unterschiedlich: Sowohl zwischen ländlichen und städtischen Räumen als auch innerhalb der Städte sind zum Teil große Unterschiede zu erkennen (Dahlbeck et al. 2020).

Zugleich ist zu konstatieren, dass viele Städte, insbesondere die Nebenzentren, durch Brachflächen und Leerstände gekennzeichnet sind und ein Defizit bei gesellschaftlichen Diensten vor Ort besteht. Ursächlich hierfür sind ein verändertes Konsumverhalten, u.a. durch einen steigenden Online-Handel oder die Inanspruchnahme von Einkaufszentren auf Seiten der Kund\*innen, eine zunehmende Zentralisierung bei vielen Anbieter\*innen sowie das Beibehalten hoher Gewerbemietpreise trotz zunehmenden Leerstands von Seiten der Immobilieneigentümer\*innen (Reink 2019). Dies betrifft insbesondere strukturschwache Quartiere, die oftmals geprägt sind durch multiple Herausforderungen wie einen hohen Anteil an (Langzeit-)arbeitslosen, geringem Einkommensniveau oder hohe Fluktuation. Die Folgen fehlender Angebote vor Ort können sich nicht nur in dauerhaften Leerständen, Sanierungsstau und weiten Wegen für zum Teil immobile Personenkreise bemerkbar machen. Es können sich Abwärts spiralen (Trading-Down-Effekte) entwickeln, die zur Abwertung des Quartiers führen, Neuansiedlungen von Einzelhandel und Dienstleistungen erschweren und die multiplen Herausforderungen weiter erhöhen.

Jedoch lassen Quartiere, die einerseits von den positiven Entwicklungen des Strukturwandels in der Vergangenheit nicht profitieren konnten und andererseits vor besonderen sozialen und kulturellen Herausforderungen stehen, dennoch endogene Potenziale vermuten. So werden Versorgungslücken, Leerstände oder nicht nachgefragte Humanressourcen zumeist als Standortnachteil gesehen; sie bieten im Umkehrschluss aber auch Chancen für unternehmerische/ökonomische oder soziale Aktivitäten. Zentral ist, dieses Potenzial integriert und unter Berücksichtigung diversifizierter Beteiligungsinteressen, -chancen und -ressourcen zu heben. Auf der Mikroebene des Quartiers wird sichtbar, welche individuellen, organisatorischen und gesellschaftlichen Ressourcen für neue Dienstleistungsarrangements existieren, derzeit nicht ausgeschöpft sind und nutzbar gemacht werden können. Neue Organisationsmodelle für die Quartiersentwicklung erfordern eine Neuausrichtung des beteiligungsorientierten Zusammenspiels von Kommunen, Unternehmen, Kapitalgebenden und Bürgerschaft. Viele Kommunen reagieren bereits auf die aktuellen und zukünftigen Herausforderungen in der Quartiersentwicklung. Dafür werden alternative Möglichkeiten benötigt, Quartiere als attraktive und „soziale Orte“ (Vogel 2019) zu erhalten, Nahversorgung sicherzustellen und Leerstände zu beheben. Neue Kooperationsformen, die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements und (neue) Unterstützungs- und Begleitstrukturen von Seiten der Kommunen – auch in Hinblick auf alternative Finanzierungs- und Organisationsmodelle –, können dazu beitragen, gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen im Quartier zu erhalten und / oder wiederaufzubauen.

## 1.2 Ziele und Vorgehensweise

Hier knüpfte das von dem Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Förderprogramms „Kommunen innovativ“ geförderte Projekt „Quartierslabore – Kultur- und demografie-sensible Entwicklung bürgerschaftlich getragener Finanzierungs- und Organisationsmodelle für gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier“ an. Bei einer Laufzeit von drei Jahren (06.2017 - 08.2020) war das Ziel des Vorhabens, Kommunen praxisnahe Lösungswege aufzuzeigen und sie zu befähigen, neue, auch bürgerschaftlich getragene Finanzierungs- und Organisationsmodelle für gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier aufzubauen. Das Vorhaben adressierte insbesondere die Felder Bildung, Erziehung und Integration, Nahversorgung, Mobilität, haushaltsnahe Dienstleistungen und Gesundheit/Pflege (Abbildung 1). Als wichtige Querschnittsbereiche wurden zudem die Themen Integration und Inklusion betrachtet.

Abbildung 1: Themenfelder gesellschaftlicher Dienstleistungen im Projekt KuDeQua



Quelle: Eigene Darstellung, IAT

Folgende Fragen waren hierbei u.a. zentral:

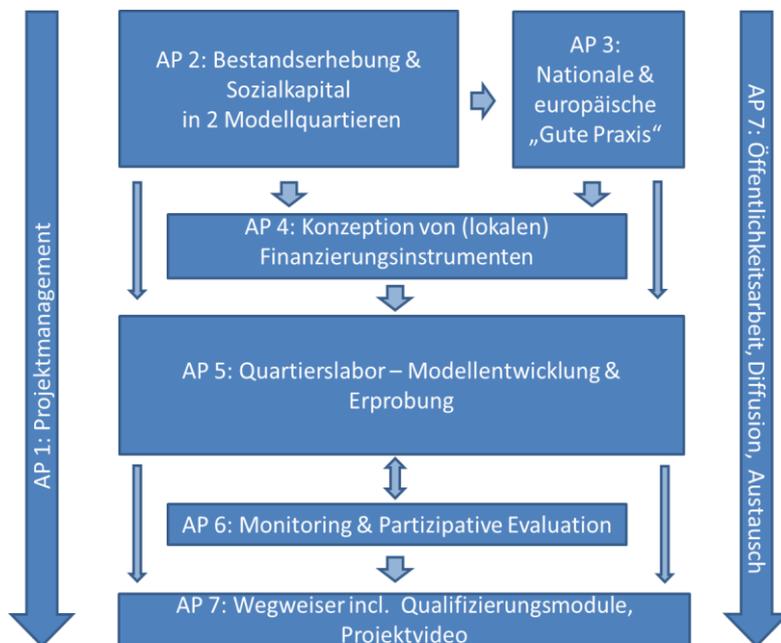
- Welche Instrumente sind zur Professionalisierung von Kommunen in der Umsetzung, Organisation und Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen im Quartier erforderlich?
- Welches Wissen muss in der Kommune aufgebaut und kommuniziert werden, um nachhaltige Unterstützungsstrukturen für bürgerschaftlich getragene Dienstleistungen zu organisieren?
- Wie müssen Förder- und Finanzierungsinstrumente ausgestaltet sein, damit sie auch in beteiligungsorientierten - wirtschaftlich schwach oder wirtschaftlich unrentierlichen - Vorhaben nutzbar sind?
- Wie können die endogenen Potenziale in strukturell eher benachteiligten Räumen für die dort wohnende Bevölkerung besser genutzt werden?
- Wie können im Zusammenspiel zwischen Kommune, Wirtschaft und Zivilgesellschaft Versorgungslücken bei gesellschaftlichen Dienstleistungen im Quartier aufgedeckt und geschlossen werden?

- Welche Akteure (Zivilgesellschaft, Unternehmen etc.) sind aktiv bzw. können (wie) aktiviert werden? Welche (neuen) Formen der Zusammenarbeit und welche Organisationsstrukturen bieten sich hierfür an?

Mithilfe des Reallabor-Ansatzes wurden auf Vorschlag der Stadt Dortmund in zwei Quartieren Dortmunds (Marten und Eving) verschiedene Interventionen und Instrumente eingesetzt, die zur Professionalisierung von Kommunen in der Umsetzung, Organisation und Finanzierung gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen im Quartier beitragen können. Die zentralen Ergebnisse, die Methoden, Instrumente sowie praktische Beispiele sind im „Wegweiser Quartiersentwicklung - Erhalt und Wiederaufbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen im Quartier“<sup>1</sup> praxisnah insbesondere für kommunale Akteure aufbereitet worden. Im Rahmen der hier vorliegenden Online-Publikation werden die Ergebnisse aus KuDeQua breiter dargestellt und das Vorgehen sowie die Ergebnisse reflektiert.

Das Vorgehen wird im Folgenden überblicksartig dargestellt.

Abbildung 2: Methodisches Vorgehen



Quelle: eigene Darstellung

Im Rahmen des Projekts wurde zunächst eine Bestandsanalyse zur Identifikation von möglichen Versorgungslücken sowie zur Identifikation von endogenen Potenzialen in den beiden Quartieren Dortmund-Marten und Dortmund-Eving durchgeführt. Beide Quartiere sind Teil der "nordwärts"-Kulisse<sup>2</sup>. In einem ersten Schritt wurde mittels einer Quartiersbegehung das Gebiet analysiert und eine Leerstandserhebung durchgeführt. Zudem wurden im Quartier Akteure identifiziert und mit ausgewählten

<sup>1</sup> Der Wegweiser ist unter <https://kudequa.jimdo.com/media/> als Download zu finden.

<sup>2</sup> Die Koordinierungsstelle "nordwärts" ist ein auf zehn Jahre angelegtes Projekt der Stadt Dortmund, um die Potenziale der nördlich gelegenen Stadtteile sichtbar zu machen und die Lebensqualität in den Stadtgebieten anzupassen. [https://www.dortmund.de/de/leben\\_in\\_dortmund/nordwaerts/start\\_nordwaerts/index.html](https://www.dortmund.de/de/leben_in_dortmund/nordwaerts/start_nordwaerts/index.html), abgerufen am 18.06.2020.

Bürger\*innen, Unternehmer\*innen sowie zuständigen Personen aus der Verwaltung leitfadengestützte Expert\*inneninterviews durchgeführt. Darüber hinaus suchten die Projektmitarbeiter\*innen die vorhandenen Netzwerke regelmäßig auf und nahmen an den turnusmäßigen Treffen aktiv teil. Parallel hierzu wurde eine Best-Practice-Analyse durchgeführt. Ziel war es, Erfahrungen aus anderen Modellen für die Vorhaben in Marten und Eving zu nutzen. In diesem Rahmen wurden zunächst verschiedene Datenbanken (Altengerechte Quartiere<sup>3</sup>, aber auch eine europäische Datenbank aus dem Projekt „Boosting the Impact of Social Innovation in Europe through Economic Underpinnings“ SIMPACT<sup>4</sup>) konsultiert sowie eine detaillierte Literatur- und Internetrecherche im Hinblick auf die unterschiedlichen Bereiche gesellschaftlicher Dienste durchgeführt. Aufbauend auf den ersten Ergebnissen wurde die Analyse dann auf mögliche Anknüpfungspunkte bezüglich möglicher Versorgungslücken fokussiert. Hierzu wurden ausgewählte Experten\*innen von verschiedenen Initiativen interviewt. Die leitfadengestützten Interviews wurden persönlich durchgeführt und dauerten im Schnitt rund 1,5-2 Stunden. Zentrale Punkte im Hinblick auf die Best-Practice-Analyse waren der Entstehungsprozess, die Motivation der Akteure, die Finanzierungs- und Organisationsmodelle, die Rolle der Kommune sowie die größten Herausforderungen.

In Arbeitspaket 4 wurde sowohl die Angebots- als auch die Nachfrageseite im Hinblick auf mögliche Finanzierungszugänge und -hemmnisse näher beleuchtet und analysiert. Zunächst war dieses Arbeitspaket sowohl in der Erhebung als auch in der Analyse als getrennt angedacht und wurde zunächst weitgehend so bearbeitet. Jedoch zeigte sich, dass eine Trennung von Nachfrage- und Angebotsseite nicht hilfreich war, da die Existenzgründerberater\*innen die Probleme der Gründer\*innen immer mitdachten. Es stellte sich als schwierig heraus, das Thema „Scheitern von Gründungen“ mit Unternehmer\*innen offen zu diskutieren. Trotzdem konnten auch hier Expert\*innen für Interviews gewonnen werden. Hierfür wurden diverse Expert\*innengespräche geführt mit StarterCentern, Finanzinstituten, privaten Gründungsberatungen, Gründungsberatungen der TU und FH Dortmund, Jobcenter und der Agentur für Arbeit in Dortmund, dem Gründerinnen-Zentrum in Duisburg, dem Deutsch-Internationalen Wirtschaftszentrum DIWN in Duisburg sowie dem Mikrofinanzinstitut dut Mikrofinanz GmbH, insbesondere durch die NRW.BANK. Zudem wurden weitere Expert\*innengespräche mit Sozialunternehmen und „gescheiterten Unternehmer\*innen“ geführt. Ergänzend wurden mehrere Veranstaltungen zu Unternehmensgründungen und „Scheitern von Gründungen“ besucht sowie drei Workshops im Rahmen des Projekts initiiert und durchgeführt. Letztere hatten die Möglichkeiten und Grenzen der Förderung von Unternehmensgründungen im Bereich gesellschaftlicher Dienstleistungen im Quartier aus Sicht der Angebots- und Nachfrageseite sowie die besondere Perspektive der Rolle der Kommune zum Thema.

Die Initiierung und Konzeptionierung der Quartierslabore erfolgten auf Basis der Ergebnisse der Bestandsanalyse. Das genaue Vorgehen im Rahmen der Quartierslabore wird in Kapitel 5 erläutert. Aufgrund des offenen Vorgehens und der inhaltlichen Justierungen in den Quartierslaboren wurde auch das Vorgehen im Rahmen der Evaluation angepasst. Die Kriterien wurden hier stärker auf die Aktivierung, die Qualifizierung sowie die Rolle der Kommune ausgerichtet.

---

<sup>3</sup> <https://www.aq-nrw.de/>, abgerufen am 20.08.2020.

<sup>4</sup> <http://www.simpact-project.eu/>, abgerufen am 20.08.2020.

Die Ergebnisse aus KuDeQua werden im Folgenden aufgeführt. In Kapitel 2 erfolgt zunächst eine Einordnung und Definition gesellschaftlicher Dienste (2.1) sowie die Darstellung gesellschaftlicher Änderungen aufgrund des sozio-demografischen und kulturellen Wandels (2.2.) und deren Auswirkungen auf die Bedarfslagen gesellschaftlicher Dienste im Quartier (2.3). In Kapitel 3 erfolgt eine Beschreibung zentraler Akteure für die Quartiersentwicklung, die Darstellung möglicher Organisationsformen von bürgerschaftlich getragenen Modellen sowie die sich ergebenden Chancen und Herausforderungen für die Etablierung bürgerschaftlich getragener gesellschaftlicher Dienste im Quartier. In Kapitel 4 werden die Finanzierungsangebote gesellschaftlicher Dienste (4.1), die Anforderungen an Gründer\*innen (4.2.) sowie die sich hieraus ergebenden Schlussfolgerungen (4.3) aufgeführt. In Kapitel 5 erfolgt zunächst eine Erläuterung des methodischen Ansatzes des Reallabors (5.1), aufbauend darauf wird das Vorgehen sowie die wichtigsten Ergebnisse aus den beiden Quartierslaboren dargestellt (5.2). In Kapitel 5.3. erfolgt eine kritische Reflexion des Vorgehens und der Ergebnisse. In Kapitel 6 erfolgt ein Fazit sowie ein Ausblick.

## 2 Gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier

Das folgende Kapitel enthält eine kurze Einordnung des Begriffs gesellschaftlicher Dienste sowie die Darstellung des sich vollziehenden sozio-demografischen Wandels. Dieser hat, neben weiteren gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, einen maßgeblichen Einfluss auf die Inanspruchnahme gesellschaftlicher Dienste und damit auch auf mögliche Angebotslücken sowie Funktionsverluste des Quartiers als Ort des sozialen Zusammenhalts und der Sicherung der Lebensqualität.

### 2.1 Gesellschaftliche (notwendige) Dienstleistungen

Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen werden verstanden als Dienste, die für *„die Lebensgestaltung und Entwicklung einer Gesellschaft unverzichtbar“* (Leimeister, Peters 2012: 6) sind, für die Funktionsfähigkeit des Gemeinwesens sorgen und damit zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse beitragen. Folgende Bereiche fallen hierunter (vgl. Leimister, Peters 2012: 6; Hilbert, Bienzeisler, Becka 2013: 11 ff.):

- soziale Dienstleistungen aus den Bereichen Bildung, Gesundheit / Pflege, Betreuung etc.;
- Dienstleistungen zur Nahversorgung, Finanzdienste, Kultur und Wohnen, Mobilität, Verwaltung,
- technische Infrastrukturleistungen aus den Bereichen Verkehr, Ver- und Entsorgung, Energie, Kommunikation und IT etc. sowie
- sicherheitsfördernde Dienste.

Die Bereiche entsprechen damit weitgehend dem allgemeinen Verständnis der Teilbereiche der Daseinsvorsorge: *„Daseinsvorsorge umfasst Dienstleistungen, an deren Angebot ein besonderes öffentliches Interesse besteht“* (Einig 2009: 39). Daseinsvorsorge wird demnach verstanden *„als flächendeckende Versorgung mit bestimmten, von den politisch Verantwortlichen subjektiv als lebensnotwendig eingestuften, Gütern und Dienstleistungen zu allgemein tragbaren (=sozialverträglichen) Preisen“* (Knorr 2005: 35, zitiert nach Einig 2009: 39). Angebote der „technischen“ Infrastruktur, wie die Versorgung mit Energie, Wasser, Telekommunikation und Post, Abfall- und Abwasserentsorgung sowie Nah- und Fernverkehr, fallen genauso darunter wie Angebote der sozialen Infrastruktur, z.B. Gesundheits- und Pflegedienste, Kinderbetreuung, Schulen und Kulturangebote. Die flächendeckende Versorgung

mit diesen Angeboten sichert die soziale und räumliche Chancengerechtigkeit zur gesellschaftlichen Teilhabe und zwar unabhängig von z.B. dem Wohnort, dem Einkommens- oder dem Bildungsniveau.

Die unterschiedlichen Begrifflichkeiten, wie technische und soziale Infrastruktur, gesellschaftlich notwendige Dienste, Daseinsvorsorge oder der in der EU etablierte Begriff der „Dienstleistungen von allgemeinem Interesse“ (Kersten 2009: 27), weisen große Schnittmengen auf. Im Rahmen des Projektes KuDeQua wird auch der Bereich der haushaltsnahen Dienste einbezogen, so dass hier im weiteren Verlauf von gesellschaftlichen Diensten gesprochen wird. Während die Dimensionen dieser Dienste sich somit weitgehend überschneiden, unterscheiden sich die damit verknüpften Konzepte jedoch insbesondere im Hinblick auf die Funktionslogiken zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft.

Das Konzept der Daseinsvorsorge geht zurück auf den Staatsrechtler Ernst Forsthoff, der diesen Begriff in den 1920er Jahren geprägt hat. Verantwortlich für die Bereitstellung der Daseinsvorsorge ist hier nach der Staat: „Die *Verwaltung als Leistungsträger garantiert durch die Bereitstellung der Daseinsvorsorgeleistungen die Versorgung und soziale Sicherung der Bürger*“ (Neu 2009: 10). Daseinsvorsorge wird demnach einseitig durch den Staat gewährt bzw. durch die Verwaltung sichergestellt. Auch wenn der Staat diese Dienste zum großen Teil nicht selbst anbietet, so ist er doch für die flächendeckende Bereitstellung verantwortlich. Bis heute ist die Bereitstellung der flächendeckenden Versorgung der Daseinsvorsorge eng verknüpft mit der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, also der Sicherung der räumlichen Teilhabe.

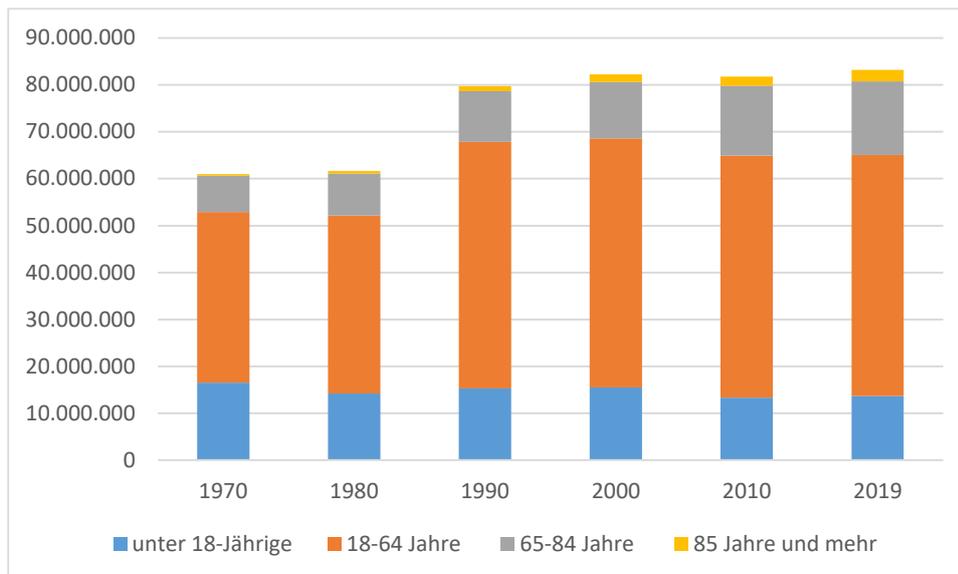
Damit unterscheidet sich dieses Konzept maßgeblich von dem Konzept gesellschaftlich notwendiger Dienste, welches geprägt ist durch eine gemeinsame interaktive Entwicklung und Kooperation oder Koproduktion sozialer Dienste. Das Konzept ist eng verbunden mit dem Konzept der sozialen Innovationen. Soziale Innovationen – verstanden als „*mit sozialem Wandel einhergehende Neuerungen [...], die die positive Beeinflussung der Möglichkeiten und Lebenssituationen einer Gesellschaft zum Ziel haben*“ (Leimeister, Peters 2012: 7) – beziehen immer schon alle gesellschaftlichen Akteure mit ein, um Teilhabe und Teilhabebereitschaft zu erhöhen. Verwaltung agiert hier nicht allein, sondern in Koproduktion mit allen gesellschaftlichen Akteuren (Bandemer, Hilbert 2005: 26-35). Voraussetzungen hierfür sind ein verändertes Rollenverständnis des Staates, ein neuer gesellschaftlicher Dialog über Aufgabenverteilung und eine neue Verantwortungsteilung, in dem der Staat zwar für die Leistungserbringung Verantwortung übernimmt, jedoch hierfür eine Gegenleistung erwartet. Grundvoraussetzung ist die Aktivierung gesellschaftlicher Akteure. Gelingt dies nicht, muss hinterfragt werden, wie ein neues Rollenverständnis aussehen kann bzw. es muss befürchtet werden, dass eine flächendeckende Versorgung gesellschaftlicher Dienste nicht mehr gewährleistet ist.

Die aus den Innovationen entstehenden Dienste weisen oftmals neue Träger\*innenstrukturen sowie neue Finanzierungs- und Organisationsmodelle auf. Da durch die Einbindung weiterer Akteure, wie z.B. Bürger\*innen, die Akteursvielfalt zunimmt, wird der gesellschaftliche Prozess zur Bereitstellung dieser Dienste zunehmend komplexer. Insbesondere der untersten staatlichen Ebene, den Kommunen, kommen neue Aufgaben zu, um diese Prozesse aktiv zu initiieren und zu begleiten.

## 2.2 Sozio-demografischer und kultureller Wandel in Deutschland

Die Gesellschaft in Deutschland ist einem dauernden Wandel unterzogen, der sich insbesondere durch die Alterung, die Individualisierung sowie die zunehmende kulturelle Vielfalt der Bevölkerung auszeichnet. Abbildung 3 zeigt die Alterung der Gesellschaft entlang der Entwicklung der Bevölkerung nach Altersklassen seit 1970 auf. Als Ursachen sind die abnehmende Geburtenrate sowie die höhere Lebenserwartung der Bevölkerung zu nennen.

Abbildung 3: Entwicklung der Bevölkerung nach Altersklassen, Deutschland 1970-2019<sup>5</sup>



Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Berechnung und Darstellung: IAT

- So sinkt der Anteil der unter 18-Jährigen an der Gesamtbevölkerung von 16,5 Mio. im Jahr 1970 auf 13,7 Mio. im Jahr 2019. Trotz des Wachstums der Bevölkerung von 17 Mio. Menschen aufgrund der Wiedervereinigung nimmt die Bevölkerungsgruppe unter 18 Jahren im Beobachtungszeitraum ab: Er sinkt von 27,1 % im Jahr 1970 auf 16,5 % im Jahr 2019.
- Gleichzeitig steigt im selben Zeitraum der Anteil der älteren Bevölkerung ab 64 Jahren von 13,3 % auf 21,7 % an.
- Die Zunahme der älteren Generation ist auf die erhöhte Lebenserwartung zurückzuführen. Insbesondere in der Altersklasse der Hochbetagten (85 Jahre und älter) ist ein überdurchschnittlicher Anstieg zu erkennen: Lag der Anteil 1970 noch bei nur 0,6 %, betrug er 2019 2,9 % und hat sich damit fast verfünffacht. Absolut lag die Zahl der Hochbetagten 1970 bei 378.400 und im Jahr 2019 bei 2,4 Mio. Menschen.
- Der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (18-64 Jahre) stieg zwischen 1970 und 1989 von 59,6 % auf 66,5%. Seitdem geht er kontinuierlich zurück und betrug 61,8 % im Jahr 2019.

<sup>5</sup> Bis 1989 Angaben nur für das frühere Bundesgebiet.

Auch in Zukunft ist mit einem weiteren Anstieg der älteren Bevölkerung bei gleichzeitig insgesamt sinkender Bevölkerung zu rechnen. So prognostiziert das Statistische Bundesamt in der 14. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung

- einen Bevölkerungsrückgang der Gesamtbevölkerung von -1,1 Mio. (-1,3 %) zwischen 2019 und 2040.
- Dabei sinkt die Bevölkerung unter 18 Jahren um rund 440.000 (-3,2 %) auf 13,2 Mio.
- Der Anteil der Bevölkerung zwischen 18 und 64 Jahren sinkt um -5,7 % (-11,1 %) auf 45,7 Mio. im Jahr 2040.
- Der Anteil der 65-84-Jährigen steigt um 3,7 Mio. (23,4 %) auf 19,4 Mio. Menschen und der Anteil der Hochbetagten steigt um 1,4 Mio. (58,5 %) auf 3,8 Mio. Menschen bis 2040.

Diese Entwicklung hat große Auswirkungen auf das zukünftige Erwerbspersonenpotenzial, die Fachkräftesicherung und auf die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme. Um gesellschaftliche Dienste, die auch durch die Sozialversicherungen finanziert werden, in Zukunft flächendeckend bereitstellen zu können, kann Zuwanderung einen wichtigen Beitrag leisten.

Von 1970 bis 2019 hat sich der Anteil der ausländischen Bevölkerung von 4,5 % auf 12,5 % erhöht. Die Zuwanderung konnte die Alterung der Gesellschaft etwas verlangsamen. Gleichzeitig steigt die kulturelle Vielfalt in Deutschland. Die größten Bevölkerungsanteile bilden türkische Staatsangehörige (1,6 % an der Gesamtbevölkerung) gefolgt von Personen mit polnischer, syrischer und rumänischer Staatsangehörigkeit (alle jeweils 0,9 %), Staatsangehörige aus Italien mit 0,7 %, Kroatien mit 0,5 %, Bulgarien und Griechenland mit jeweils 0,4 % sowie der Russischen Föderation und Afghanistan mit 0,3 %. Zu beachten ist, dass nicht nur die ausländische Bevölkerung, sondern auch die vielen Menschen mit Migrationshintergrund zur kulturellen Vielfalt in Deutschland beitragen. Etwa ein Viertel der rund 81,6 Mio. Menschen in Deutschland haben einen Migrationshintergrund. Von den rund 21,8 Mio. Menschen haben etwas mehr als die Hälfte, 10,9 Mio. Menschen, die deutsche Staatsangehörigkeit.<sup>6</sup>

Tabelle 1: Bevölkerung nach Altersgruppen sowie Staatsangehörigkeit (10 größte Anteilsgruppen) 2019

Staat	Absolutzahl	Anteil an			
		Gesamtbevölkerung	unter 18-Jährige	18-64 Jährige	65 Jahre und mehr
Deutschland	72.768.689	87,5%	16,5%	59,9%	23,6%
Türkei	1.325.114	1,6%	4,2%	78,8%	16,9%
Polen	771.250	0,9%	13,9%	82,1%	4,0%
Syrien	754.998	0,9%	38,7%	60,0%	1,3%
Rumänien	708.339	0,9%	19,7%	78,9%	1,4%
Italien	588.744	0,7%	8,7%	76,5%	14,8%
Kroatien	390.244	0,5%	12,7%	72,4%	14,9%
Bulgarien	342.211	0,4%	24,1%	74,0%	1,9%
Griechenland	329.121	0,4%	11,0%	72,6%	16,5%
Russische Föderation	233.918	0,3%	14,7%	76,5%	8,8%
Afghanistan	224.522	0,3%	31,8%	65,7%	2,4%

Datenbasis: Statistisches Bundesamt, Berechnung und Darstellung: IAT

<sup>6</sup> Datenbasis: Statistisches Bundesamt: Mikrozensus – Bevölkerung mit Migrationshintergrund. <https://www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/soziale-situation-in-deutschland/61646/migrationshintergrund-i>

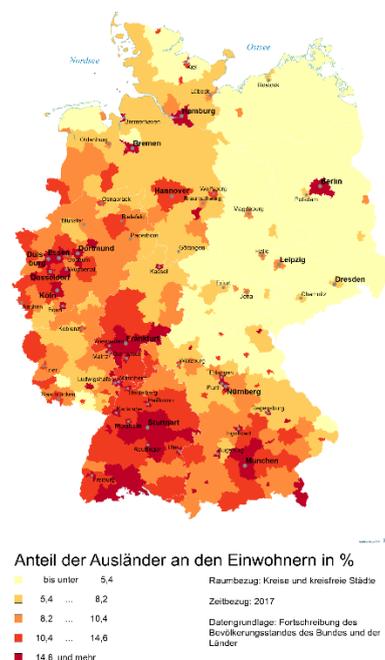
Bei der Betrachtung des sozio-demografischen Wandels ist hervorzuheben, dass die Bevölkerungsstruktur innerhalb Deutschlands regional stark unterschiedlich ausgeprägt ist. So ist das Durchschnittsalter der Bevölkerung im Jahr 2017 im östlichen Teil Deutschlands mit über 46 Jahren höher, als zu großen Teilen im Süden oder Westen Deutschlands (Abbildung 3). Der Anteil der Bevölkerung mit ausländischer Staatsangehörigkeit ist insbesondere in den westdeutschen Städten überdurchschnittlich hoch, während in Ostdeutschland (mit Ausnahme Berlins) der Anteil überwiegend unterhalb von 5,4 % liegt (Abbildung 4). Die Ursache dieser Verteilung ist darin zu sehen, dass die Zuwanderung zu großen Teilen auf die Arbeitsmigration nach Westdeutschland in vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen ist. Insbesondere die (ehemals und bis heute) industriell geprägten Städte – wie auch Dortmund – weisen einen hohen Anteil an Menschen mit Migrationshintergrund auf.

Abbildung 4: Durchschnittsalter der Bevölkerung, Kreise und kreisfreie Städte 2017



Quelle: BBSR, Bonn

Abbildung 5: Anteil der ausländischen Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung, Kreise und kreisfreie Städte 2017



Quelle: BBSR, Bonn

## 2.3 Entwicklung gesellschaftlicher Dienste und die Auswirkungen auf Quartiere

Die dargestellten Entwicklungen bedingen zugleich auch einen veränderten Bedarf der Bevölkerung an gesellschaftlichen Diensten. So konstatiert Winkel (2006: 173), dass sich der demografische Wandel dreifach auf die soziale Infrastruktur auswirkt: zum Ersten durch die quantitative Veränderung der Nutzer\*innenanzahl, zum Zweiten durch die Alterung der Nutzer\*innen und zum Dritten durch einen ethnischen Wandel aufgrund von Zuwanderung. Tendenziell ist zu beobachten, dass die Auslastung der Infrastruktur, welche für die jüngere Bevölkerung vorgehalten wird, sinkt, der zahlenmäßige Anstieg

der Senior\*innen zugleich für ein zunehmendes Angebot an Alteninfrastruktur sorgt (ebd.). So hat beispielsweise der Rückgang an Kindern zur Folge, dass sich die Anzahl der Grundschulen verringert. Dies bedeutet für viele Kinder, insbesondere in ländlichen Regionen, lange Wegstrecken bereits im frühen Alter. Der Anstieg der hochbetagten Menschen führt zu einer erhöhten Anzahl an Pflegebedürftigen und damit zu einer erhöhten Nachfrage nach medizinischer und pflegerischer Versorgung. Dies gilt ebenfalls für die Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund, denn auch hier brechen familiäre Strukturen auf und es wird zunehmend auf professionelle Pflegedienste zurückgegriffen. Hier besteht dann oftmals eine zusätzliche Nachfrage bspw. nach kultursensiblen Pflegeangeboten (vgl. Bölük, Bräutigam, Cirkel 2017), die in den letzten Jahren auch vermehrt entstanden sind. Trotz des kontinuierlichen Anstiegs bei den Pflegediensten kann das Angebot mit dem wachsenden Bedarf durch die steigende Anzahl an Pflegebedürftigen nicht Schritt halten. Versorgungslücken ergeben sich also nicht nur aus Schließungen in Randlagen und zunehmenden Zentralisierungen, sondern auch durch einen nicht ausreichenden Ausbau von Angeboten. Dies gilt in gleicher Weise für die Pflege wie für die U3-Kinderbetreuung, deren Ausbau zwar politisch gewollt und beschlossen ist, für den es jedoch schlicht an Fachkräften fehlt, die diese Aufgaben übernehmen können. Auch dies ist teilweise eine Folge des demografischen Wandels.

Auch wenn in ländlichen Regionen ein Ausdünnen gesellschaftlich notwendiger Dienste zu beobachten ist, muss konstatiert werden, dass von einem generellen Abbau gesellschaftlicher Dienste in Deutschland nicht gesprochen werden kann (vgl. Neu 2009). Dienstleistungsangebote unterscheiden sich im Hinblick auf die flächendeckende Bereitstellung, die Vielfalt sowie die Qualität. So ist bei vielen Angeboten eine räumliche Zentrierung mit Bündelung der Angebote entlang der Zentralen-Orte<sup>7</sup> festzustellen. Dies hat den Vorteil, dass die Angebotsvielfalt in den Zentren gut ausgeprägt ist und die Angebote gleichzeitig rentierlicher sind. Dies gilt zum Beispiel für Supermärkte, aber auch im Bereich der Gesundheitsdienste für medizinische Versorgungszentren, die mehrere Ärzte und ggf. auch andere Gesundheitsdienste unter einem Dach bündeln. Dies bedeutet zugleich, dass es insbesondere durch langjährige Schrumpfungsprozesse in den ländlichen Regionen und in den Nebenzentren städtischer Räume zu Versorgungslücken kommen kann, insbesondere für immobile Menschen. Hier muss die Versorgung durch mobile Angebote, durch Sicherung der Mobilität oder durch den Erhalt bzw. (Wieder-)Aufbau gesellschaftlicher Dienste gewährleistet werden.

Das Wegbrechen von Einzelhandel und Dienstleistungsangeboten ist oftmals Auslöser für zunehmenden Leerstand und ein Fehlen von fußläufig vorhandenen Angeboten und kann den Beginn einer „Abwärtsspirale“ – des sogenannten Trading-Down-Effekts – darstellen. Dieser wiederum führt zum Rückzug weiterer Frequenzbringer, wie zum Beispiel Bank- oder Postfilialen, Niederlassungen und Außenstellen von öffentlichen Verwaltungen und Behörden und darüber hinaus zur Schließung kultureller und sozialer Einrichtungen (Sperle 2012: 12). Als Folge solcher Entwicklungen kommt es zu einer sinkenden Attraktivität und zu Imageverlusten (Henckel et al. 2007: 4), die wiederum einen vermehrten Wegzug von einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen bewirken.

---

<sup>7</sup> Die Raumordnung sieht die Bereitstellung von Angeboten der Daseinsvorsorge entlang des Zentrale-Orte-Konzeptes vor, um diese Dienste vorzuhalten. In Unterzentren werden lediglich Angebote für die tägliche Grundversorgung bereitgestellt (z.B. die Nahversorgung oder Kinderbetreuung). In Mittelzentren werden darüberhinausgehende Angebote wie Schulen und Ärzte vorgesehen und in Oberzentren werden Spezialangebote vorgehalten (Angebote des gehobenen Bedarfs, Fachärzte etc.) (BMVI 2010: 16)

Für die Bewohner\*innen ist das Quartier nicht nur Ort der Versorgung, sondern der Ort, an dem Lebensentwürfe umgesetzt und Chancen auf Teilhabe im Sinne der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse gewährt werden sollten (Bormann et al. 2016: 4; Bayerischer Landtag 2018). Das Quartier dient damit als wichtiger Ausgangspunkt: Die Wohnung und ihre unmittelbare Umgebung, die Ausgestaltung öffentlicher Räume inklusive der Sicherheit, von Mobilitätsangeboten und Anbindungen, Bildungsmöglichkeiten sowie Versorgungsstrukturen bestimmen maßgeblich die Lebensqualität und Entwicklungschancen der Bewohner\*innen (Bormann et al. 2016: 4). Trotz bestimmter Trends, wie der Globalisierung, digitaler Kommunikation oder einer höheren Mobilität, die dazu führen, dass Quartiere als Lebensmittelpunkt für die Bewohner\*innen an Bedeutung einbüßen, ist zu erkennen, dass zugleich der „nahräumliche soziale und physisch-räumliche Kontext“ an Bedeutung gewinnt (Schnur, Markus 2010: 182). Dieser dient der Bewohnerschaft zur Abwendung von Unsicherheiten, zur Reduzierung von Komplexität und zur Erzeugung von Kontinuität (vgl. Brocchi 2019: 10). Als wichtige soziale Netzwerke sind Nachbarschaften, insbesondere für Menschen mit geringerem sozioökonomischem Status, von großer Bedeutung, denn soziale Netzwerke werden stark von den jeweiligen Lebenszyklen, -lagen und -stilen sowie durch die Zugehörigkeit zu bestimmten sozialen Schichten geprägt (Texier-Ast 2018: 123). Je höher der sozioökonomische Status der Person, desto vielfältigere und intensivere Netzwerkkontakte weist diese auf und umso seltener werden diese durch Verwandtschaft und Nachbarschaft bestimmt (ebd.). Dies bedeutet, dass insbesondere Personengruppen mit geringerem sozioökonomischem Status vermehrt auf die direkte Wohnumgebung und auf die Nachbarschaft im Quartier als Bezugspunkt im sozialen Sinne angewiesen sind (ebd.).

Die Sicherung bzw. Wiederansiedlung von Angeboten der Daseinsvorsorge im Quartier bildet somit den „*Motor der sozialen und territorialen Integration*“ (Vogel 2019: 6). Im Rahmen der Quartiersentwicklung geht es somit nicht nur um die Sicherstellung der Nahversorgung und die Revitalisierung von Einzelhandelsstandorten, sondern auch darum, ob und wie die soziale Funktion des Quartiers als Ort der Begegnung und Ort der (sozialen) Teilhabe erhalten bzw. neu aufgestellt werden kann. Dies ist eine der wichtigsten Herausforderungen für Kommunen, Bürger\*innen sowie die in den Quartieren ansässigen Unternehmen und somit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Damit einher geht nicht nur die Frage, wie die Organisation – im Sinne von Verantwortlichkeiten, Aufgaben- und Rollenverteilungen – zum Erhalt und Wiederaufbau gesellschaftlicher Dienstleistungen im Quartier ausgestaltet werden kann, sondern auch, wie mögliche Träger\*innenstrukturen (Kooperationen und Koproduktionen) aufgebaut und wie derartige Dienste finanziert werden können.

### 3 Zentrale Akteure und Organisationsmodelle zum Erhalt und Aufbau gesellschaftlicher Dienste im Quartier

Gesellschaftliche Dienste werden von verschiedenen Träger\*innen erbracht. Im Rahmen des Subsidiaritätsprinzips ist der Staat nicht primär für die Erbringung der Dienste zuständig, sondern die Dienste werden durch kleine Einheiten, u.a. private Dienstleister\*innen oder aber Akteure des Dritten Sektors (siehe Kap. 3.1.2, S. 20) erbracht. Im Rahmen gesellschaftlicher Dienstleistungen sind hier die Wohlfahrtsverbände ein wichtiger Akteur und auch die Kassenärztlichen Vereinigungen, die für die Sicherstellung einer flächendeckenden ambulanten Ärzt\*innenversorgung Sorge tragen. Die Kommunen übernehmen u.a. im Bereich der Bildung als Schulträgerin einen wichtigen Beitrag in der Leistungserbringung, während im Bereich Pflege zwar die Pflegeplanung durch die Kommunen erbracht wird (u.a.

die Anzahl der bereitzustellenden stationären Pflegebetten), die Leistungen aber überwiegend durch andere Anbieter\*innen (private Dienstleister\*innen oder aber freigemeinnützige Anbieter\*innen) erbracht werden. Da Lösungsmöglichkeiten im Rahmen von KuDeQua ausgehend von den Bedarfen und Potenzialen der Quartiere entwickelt werden sollten, werden im Folgenden zunächst die zentralen Akteure für die Quartiersentwicklung aufgeführt, aufbauend hierauf verschiedene Organisationsmodelle aufgeführt und anschließend Anforderungen an Akteure sowie Chancen für den Erhalt und Aufbau gesellschaftlicher Dienste im Quartier diskutiert.

### 3.1 Akteure und Potenziale für die Quartiersentwicklung

#### 3.1.1 Kommune

Kommunen sehen sich vielfältigen Herausforderungen ausgesetzt: demografischer Wandel, sich wandelnde familiäre Strukturen, ein genereller Wertewandel der Gesellschaft und ein Wandel der Arbeitswelt (Grohs, Reiter 2014: 6). Begleitet werden diese Herausforderungen durch zum Teil defizitäre Haushaltslagen und steigende (Sozial-)Ausgaben bei den Pflichtaufgaben, was wiederum in einigen Kommunen zu einer deutlichen Einschränkung der freiwilligen Ausgaben führt. Dies wirkt sich auch auf die Aufgabenwahrnehmung in der Quartiersentwicklung aus, denn viele der Aufgaben in der Quartiersentwicklung – wie Wirtschaftsförderung, Begrünung, Quartierskoordinator\*innen, partizipative Stadtteilentwicklung etc. – fallen unter die freiwilligen Aufgaben. Trotz der finanziellen, personellen und auch rechtlichen Beschränkungen, sind Kommunen zentrale Akteure für die Quartiersentwicklung; dies gilt für die politischen Vertreter\*innen wie auch für die Verwaltung. Im Sinne einer integrierten Stadt- oder Quartiersentwicklung, kann die Zusammenarbeit der Fachressorts zielgenau verbessert werden. Auch als Netzwerkerin zwischen den zahlreichen Akteuren im Quartier ist die Kommune eine wichtige Moderatorin, Vermittlerin und Impulsgeberin. Darüber hinaus bietet es sich an, auch neue Wege – über die Pflichtaufgaben hinaus – zu suchen. So kann eine Wirtschaftsförderung gezielt Unternehmen fördern, die die regionale Wertschöpfungskette im Blick haben, wie das folgende Beispiel aus Osnabrück zeigt.

#### **Wirtschaftsförderung 4.0**

##### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Die klassischen Maßnahmen der Wirtschaftsförderung sind darauf ausgerichtet, der örtlichen und regionalen Wirtschaft optimale Rahmenbedingungen für Produktion und Wertschöpfung zu bieten. Das Projekt „Wirtschaftsförderung 4.0“ hat einen Einbezug von Sozialunternehmen, lokaler Ökonomie und Sharing-Angeboten vorgenommen, um die Daseinsvorsorge und das Gemeinwesen vor Ort zu stärken. Die hiermit verknüpften Ideen und Maßnahmen greifen zusätzlich den Aspekt auf, regionale und kooperative Wirtschaftsformen sowie besonders Unternehmen, die der Daseinsvorsorge und dem Gemeinwesen dienen, vor Ort zu fördern. Damit sollen neben der Schaffung von Arbeitsplätzen auch die Nachfrage nach regionalen Produkten, die Wertschöpfung vor Ort und die Nahversorgung gestärkt werden. Diese Neuausrichtung ist ein Ansatz zur Stärkung lokaler Ökonomie und soll soziale Innovationen, zivilgesellschaftliche Eigeninitiative und Partizipation stärken.

##### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Innerhalb des kommunalen Aufgabenportfolios kann dieser Handlungsansatz dem Amt/der Gesellschaft für Wirtschaftsförderung zugeordnet werden; er hat aber ebenso Bezüge zur integrierten Stadt- und Quartiersentwicklung sowie zum Stadtmarketing.

### *Wirkungen / Resümee*

Das Projekt wurde im Jahr 2019 abgeschlossen. Strukturen konnten nachhaltig etabliert werden. Seit 2020 läuft ein Folgeprojekt, in dem das Modell auf die Städte Witten, Witzhausen und Wuppertal übertragen und ein Wf4-Management etabliert wird.

Online unter: <https://www.wirtschaftsfoerderungviernull.de/>

## **3.1.2 Bürgerschaft**

Zivilgesellschaftliches bzw. bürgerschaftliches Engagement wird verstanden als „[...] eine Art Dachbegriff für Handlungen und Tätigkeiten mit und für andere, die ihren Schwerpunkt außerhalb der Welt der Erwerbsarbeit und der privaten Gemeinschaft haben, [...]“ (BMFSFJ 2017: 107). Evers, Klie und Roß (2015) betonen die unterschiedlichen Formen und zum Teil gegensätzlichen Pole bürgerschaftlichen Engagements:

- Bürgerschaftliches Engagement kann im Hinblick auf den gesellschaftlichen Status quo sowohl bewahrend als auch verändernd wirken.
- Engagement erfolgt in informellen, losen Netzwerken, aber auch in dauerhaften Organisationen, wie z.B. den Wohlfahrtsverbänden. Mit zunehmender Institutionalisierung erfolgt häufig eine Professionalisierung des Managements.
- Zu unterscheiden ist zwischen „Bonding“ und „Bridging“. Während Ersteres der Interessenswahrnehmung der eigenen gesellschaftlichen Gruppe dient, fokussiert Letzteres die Integration und Teilhabe anderer gesellschaftlicher Teilgruppen.
- Neben den Zielgruppen ist auch die Zielausrichtung heterogen und reicht von nach innen gerichteten geselligen Aktivitäten bis hin zu nach außen formulierten politischen und sozialen Anliegen.

Trotz der großen Vielfalt und unterschiedlichen Formen von bürgerschaftlichem Engagement, gibt es einige Aspekte, die allen Formen unabhängig von ihrer Ausrichtung gemein sind:

So wird bürgerschaftliches Engagement freiwillig im öffentlichen Raum ausgeübt und ist nicht auf materiellen Gewinn ausgerichtet, sondern gemeinwohlorientiert (Deutscher Bundestag 2002: 32) und grenzt sich dabei klar gegen unzivile Formen der Bürgergesellschaft ab (ebd.: 35). Mit Blick auf bürgerschaftliches Engagement im Quartier ist insbesondere darauf zu achten, dass dieses nicht nur auf das eigene Milieu zielt, sondern integrativ ausgerichtet ist, um für möglichst viele Bewohner\*innen offen zu sein.

Während viele die stärkere Einbindung der Bürger\*innen bei der Erbringung gesellschaftlicher Dienste als Chance sehen, soziale Kohäsion zu stärken, vorhandenes Wissen im Rahmen einer Koproduktion zu nutzen und somit passgenaue Lösungen zu erbringen (Löffler et al. 2015), sehen andere in dem Rückzug öffentlich getragener Daseinsvorsorge, in der Übertragung der Verantwortlichkeiten und der Er-

bringung gesellschaftlicher Dienste vom Staat auf die Zivilgesellschaft die Gefahr einer Deprofessionalisierung und eines damit einhergehenden möglichen Qualitätsverlusts sowie der Förderung von Schattenwirtschaft und Niedriglohnsektor (van Dyk, Haubner 2019).

Rund 40 % der Bevölkerung ab 14 Jahren hat sich laut Freiwilligensurvey 2014 engagiert. Seit 1999 stieg der Anteil der engagierten Personen an. Allerdings verringerte sich in diesem Zeitraum (1999 bis 2014) auch der Anteil derjenigen, die sich mehr als zwei Stunden pro Woche engagierten von 50 % auf 40 % (Simonson, Vogel, Tesch-Römer 2017). Auch regional sind Unterschiede auszumachen: In Westdeutschland ist das Engagement stärker verbreitet als in Ostdeutschland und in den ländlichen Räumen liegen die Engagementquoten höher als in den Städten (ebd.). Sowohl hat die Sozialstruktur einer Region einen signifikanten Einfluss auf das Engagement der Bevölkerung (Prognos, Generali Deutschland 2009: 23-27) als auch der soziale Zusammenhalt des Wohnviertels: Je stärker dieser Zusammenhalt ist, desto mehr Menschen engagieren sich (Huxhold, Hameister 2017: 499 ff.). Wichtig im Hinblick auf die Frage der Quartiersentwicklung ist zudem die Zunahme derjenigen Freiwilligen, die sich dafür einsetzen, das Leben vor Ort attraktiver zu machen.

Mehrheitlich findet bürgerschaftliches Engagement in formellen Netzwerken und Organisationen, wie Vereinen<sup>8</sup>, Genossenschaften oder auch gemeinnützigen GmbH statt (Zimmer, Vilain 2005: 10). Diese lassen sich dem dritten Sektor zuordnen. Mit „Dritte-Sektor-Organisationen“ werden Organisationen bezeichnet, die eine gesellschaftliche, jedoch keine hoheitliche Funktion haben und in ihrer Zielsetzung nicht gewinnorientiert sind (ebd.: 13f.).

Bürgerschaftliches Engagement und Beteiligung wird von Bund, Ländern und Kommunen zunehmend als Erfolgsfaktor angesehen und in die Zielkategorien, etwa in Konzepten, Strategien und Programmen der Stadtentwicklungspolitik, mitaufgenommen (Gesemann, Roth 2015a: 35). Engagement ist in der Regel kein Selbstläufer: Neben begünstigenden Rahmenbedingungen und lokalen Ermöglichungsstrukturen, welche insbesondere zur Hebung der Engagementpotenziale und der Verstetigung von Engagement in Quartieren mit sozialen Problemlagen von großer Bedeutung sind (ebd.: 36), bedarf es Aktivierungsstrategien und einer strukturellen Engagementförderung. Eine strukturelle Engagementförderung kann beispielsweise durch den Aufbau bzw. die Vorhaltung von dauerhaften Anlaufstellen für Interessierte und Engagierte sowie die Bereitstellung von Infrastruktur geleistet werden (Gesemann, Roth 2015b: 60). Gesemann und Roth (2015b: 58) haben in ihrer Studie sechs zentrale Voraussetzungen identifiziert, die als Orientierungspunkte für das Handeln von Kommunen bei der Förderung von Engagement im Quartier dienen können und sich förderlich bzw. begünstigend auf das Engagement auswirken:

1. Haltungen und Orientierungen der Wohnbevölkerung, etwa der Identifikation mit dem Quartier,
2. Netzwerke und Strukturen der Engagementförderung,
3. Förderung des freiwilligen Engagements durch die Kommune,
4. EU-, Bundes- und Länderprogramme (z.B. „Soziale Stadt“, ESF-Programme),
5. Instrumente wie Stadtteilkoordination und Quartiersmanagement sowie
6. sozialräumliche Angebote und Dienstleistungen.

---

<sup>8</sup> Ebenso in Verbänden, die jedoch für die konkrete Ausgestaltung vor Ort im Quartier wenig bedeutsam sind und aus diesem Grund hier nicht weiter thematisiert werden.

Im Hinblick auf die Förderung von Engagement ist die Ankerkennungskultur ein zentraler Baustein der Engagementpolitik (Simonson, Vogel, Tesch-Römer 2017: 525). Diese lässt sich nach Simonson et al. (2017: 525f.) in unterschiedliche Formen der Anerkennung differenzieren: zum einen in die immaterielle Anerkennung (etwa Preise und Auszeichnungen), weiter in die geldwerte Anerkennung (Freistellung, Bildungsurlaub, kostenlose Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs), die monetäre Anerkennung (z.B. Vergütung, Aufwandsentschädigung) und weiter in Anerkennung durch Qualifizierung.

Neben der Kommune und den Bürger\*innen ist auch die lokale Ökonomie ein wesentlicher Bestandteil einer positiven Quartiersentwicklung. So sind sowohl Unternehmen als auch die Wohnungswirtschaft sowie intermediäre Akteure, etwa Sparkassen und Volksbanken, als potenzielle Partner\*innen zu betrachten.

### **3.1.3 Unternehmen**

#### **Lokale Ökonomie**

Unternehmen vor Ort können auf verschiedene Weise auf das Quartier wirken. Sie tragen durch ihre Marktstätigkeit zur Deckung von Bedarfen bei, bieten Arbeitsplätze vor Ort und beleben damit das Quartier. Auf der anderen Seite können sich Unternehmer\*innen durch soziales und regionales Engagement über ihre Unternehmenstätigkeit hinaus aktiv an der Quartiersgestaltung beteiligen.

Das Gründungsgeschehen in Deutschland ist in den letzten zehn Jahren geprägt durch die konjunkturbedingt gute Arbeitsmarktlage, die sich in einer Zunahme von Erwerbstätigen und sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zeigt. Seit dem Jahr 2002 ist die Zahl der Existenzgründungen dementsprechend deutlich gesunken: Die Gründer\*innenquote – also der Anteil der Unternehmensgründungen an den bestehenden Unternehmen – ist von 2,76 % (2002) auf 1,06 % (2018) zurückgegangen (KfW 2019: 1). Der Anteil der Neugründungen dominiert mit 79 % im Vergleich zu den Übernahmen (13 %) bzw. stillen Übernahmen (8 %) (ebd.: 4). Um heute ein Unternehmen zu gründen, bedarf es eines deutlich höheren Kapitaleinsatzes als noch vor zehn Jahren. Betrag der Kapitaleinsatz von Vollerwerbsgründern im Jahr 2008 durchschnittlich 10.000 Euro, so hat sich dieser Betrag mit 24.700 Euro im Jahr 2018 mehr als verdoppelt (ebd.: 8). Die Nutzung externer Finanzierungsquellen spielt bei den Unternehmensgründungen mit 23 % eine untergeordnete Rolle, knapp drei Viertel der Gründer\*innen nutzen Eigenmittel und/ oder Sachmittel (ebd.: 7).

Die Anzahl der Gründungen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungsgewerbe lag 2017 bei 233.800. Ein Großteil der Gründungen erfolgt durch Soloselbstständige. Bezüglich der Wirtschaftsbereiche ist zu konstatieren, dass von den 233.800 Gründungen 23.600 dem „Einzelhandel zuzuordnen sind, rund 15.000 der Gastronomie, etwa 11.200 dem Bereich „Kunst, Unterhaltung und Erholung“, rund 9.900 dem Bereich „Gesundheit und Soziales“ und 5.400 dem Bereich „Bildung und Erziehung“ (vgl. Tabelle 2).

Tabelle 2: Unternehmen, Gründungen und Schließungen nach ausgewählten Wirtschaftsbereichen 2017

	Unternehmen	Unternehmen sgründungen	Gründungsrate von Unternehmen	Unternehmen sschließungen	Schließungsrate von Unternehmen
	Anzahl	Anzahl	Prozent	Anzahl	Prozent
<b>Produzierendes Gewerbe und Dienstleistungsbereich</b>	<b>3.471.754</b>	<b>233.789</b>	<b>6,7</b>	<b>259.411</b>	<b>7,5</b>
Einzelhandel (ohne Handel mit Kraftfahrzeugen)	347.005	23.595	6,8	29.762	8,6
Gastronomie	198.935	15.334	7,7	16.930	8,5
Kunst, Unterhaltung und Erholung	113.606	11.233	9,9	11.531	10,1
Gesundheits- und Sozialwesen	244.012	9.878	4,0	9.920	4,1
Erziehung und Unterricht	77.353	5.440	7,0	5.380	7,0

Datenbasis: DESTATIS, Unternehmensregister

Auffallend ist, dass lediglich in den stark durch die öffentliche Hand finanzierten Bereichen „Gesundheit und Sozialwesen“ sowie „Erziehung und Unterricht“ die Schließungsrate auf Höhe der Gründungsrate liegt. Bei allen anderen Bereichen liegt die Schließungsrate deutlich über der entsprechenden Gründungsrate.

Während es rund um das Gründungsgeschehen ein breites und auch niedrighschwelliges Beratungsangebot gibt, dünnt sich das Angebot vor allem an längerfristiger Begleitung nach der Gründungsphase aus. Viele Unternehmer\*innen scheitern bei der zweiten oder dritten Finanzierungswelle. Bereits nach einem Jahr müssen rund 22 % der gegründeten Unternehmen wieder schließen, nach zwei Jahren sind es bereits mehr als ein Drittel und nach drei Jahren schließen fast 50%. Nach fünf Jahren bestehen nur noch rund 40 % der neu gegründeten Unternehmen. Unterschiede sind hier zwischen der Betriebsgröße und auch der Branche auszumachen<sup>9</sup>:

- So überleben nach fünf Jahren nur 35,5 % der Soloselbstständigen, während 66,7 % der Unternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten noch bestehen.
- Besonders betroffen ist die Gastronomie mit einer Überlebensrate von nur 35,1 % nach fünf Jahren, der Bereich Kunst, Unterhaltung und Erholung mit 37,1 % oder der Einzelhandel mit 37,6 %. Dagegen existieren nach fünf Jahren noch 44,5 % der Unternehmen im Bereich Bildung und Erziehung und 58 % der Unternehmen im Gesundheits- und Sozialbereich. Hier wird deutlich, dass Bereiche, die stark durch die öffentliche Hand gefördert werden bzw. solche Branchen, die durch die Sozialversicherungen (mit-)finanziert werden, konjunkturfester sind und damit eine sicherere Finanzierungsbasis liefern.

Bezogen auf Nebenzentren und Quartiere ist zu konstatieren, dass dort viele Dienstleistungsangebote wegbrechen. Auch wenn bestimmte Dienste flächendeckend zur Verfügung stehen sollten, sind in struktur- und einkommensschwachen Quartieren weniger Supermärkte, dafür mehr Discounter vorzufinden und auch Arztpraxen sind eher in wohl-situierten Stadtbezirken vorzufinden, wie am Beispiel Essen kleinräumig auf Ebene der Stadtteile analysiert werden konnte. Dort konnte aufgezeigt werden, dass die Anzahl der Einwohner\*innen je Arztpraxis in den eher einkommensschwächeren nördlichen Stadtteilen mit bis zu 3.500 Einwohner\*innen je allgemeinärztlicher Praxis deutlich über denen in den

<sup>9</sup> Alle Angaben: Statistisches Bundesamt: Unternehmensregister. Stand 23.08.2020.

gutsituierten südlichen Stadtteilen Essens von bis zu 800 Einwohner\*innen je allgemeinärztlicher Praxis liegt (Buhl, Richter 2018: 17ff.). Auch wenn dieser Indikator nur eine Annäherung darstellt, da die Größe der Praxis (Anzahl der dort tätigen Ärzt\*innen) für die Versorgungsqualität mitberücksichtigt werden muss, ist es ein wichtiges Indiz für regionale Versorgungsunterschiede.

## Sozialunternehmen

Eine Besonderheit stellen Sozial- oder auch Raumunternehmen dar. Eine einheitliche Definition von Sozialunternehmertum (auch Social Entrepreneurship) gibt es nicht. Gemein ist ihnen, dass sie mit neuen Herangehensweisen versuchen, gesellschaftliche und soziale Herausforderungen zu lösen, um dadurch einen nachhaltigen sozialen Wandel zu erreichen. Die Aufgabenbereiche von Sozialunternehmen sind vielfältig, wie Tabelle 3 zeigt, aber sie konzentrieren sich auf zentrale Dimensionen zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse, wie die Themenfelder Soziales oder Umwelt (Dahlbeck et al.: 2020: 11 ff.).

Tabelle 3: Übersicht Themengebiete Social Entrepreneurship

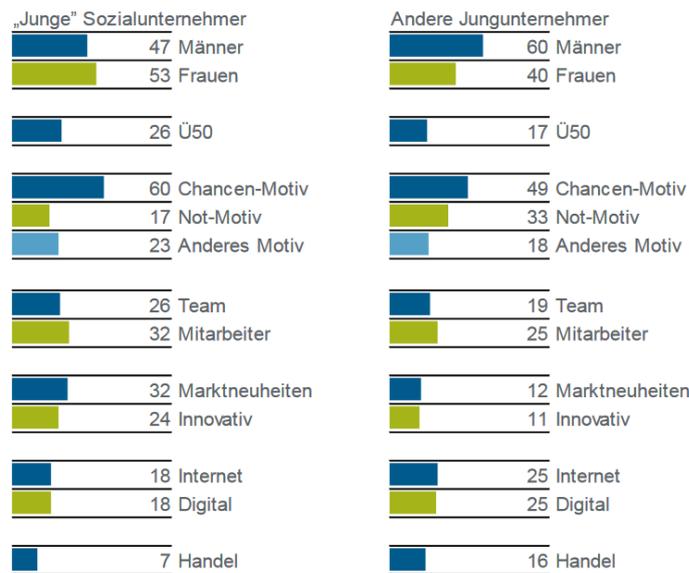
Bezeichnung	Beschreibung Beispiel
<i>Bildung und Wissenschaft</i>	Freie Kindergärten / Kindertagesstätten; freie Schulen, modulare Bildungsangebote (MINT Fächer, interkulturelles Verständnis, Medienerziehung etc.), Berufs- / Studienorientierung; Erwachsenenbildung; Berufsqualifizierung, Wissenschaftsförderung etc.
<i>Soziale Dienste</i>	Kinder- und Jugendhilfe; Familienhilfe; Pflege; betreutes Wohnen; Suchthilfe; Schuldenberatung; Betreuungsangebote für Menschen in sozialen Notlagen / Armut, Soziale Arbeit mit ehemaligen Häftlingen, Straffälligen, Drogenabhängigen, Obdachlosen; Seelsorge, Quartiers- bzw. Gemeinwesenarbeit, sozialpsychiatrische Angebote, Beratung Angehörige; Integrationsdienste; Behindertenbetreuung etc.
<i>Arbeitsmarktintegration</i>	Schaffung, Vermittlung und Förderung von Arbeitsplätzen für Langzeitarbeitslose, Menschen mit Behinderung, Menschen mit psychischen Problemen; Integrationsunternehmen in den Bereichen Handwerk, IT-Beratung, Hotellerie und Gastronomie, Hausmeisterdienste etc.
<i>Gesellschaftliche Inklusion und soziale Mobilität (Community Development)</i>	Projekte zur Stärkung und Inklusion aller gesellschaftlicher Gruppen durch Empowerment von benachteiligten Gruppierungen, Barrierefreiheit, Förderung Bildungszugang etc.
<i>Wohnungsangebote</i>	Wohnangebote für Menschen mit Einschränkungen, Mehrgenerationenwohnen etc.
<i>Wirtschaftliche (Regional-) Entwicklung</i>	Regionalentwicklungsagenturen, Regionalwährungen und Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe; Gründungsförderung / Vernetzungsinitiativen in ländlichen Gebieten; Vermittlung Hofnachfolge etc.
<i>Umweltschutz und alternative Energien</i>	Energiegenossenschaften, Energiesparberatungen, Erhaltung der Artenvielfalt, Engagement gegen Generosion, Recycling und Upcycling, Umweltbildung etc.
<i>Sport, Kultur und Erholung</i>	Leseclubs, Tourismusangebote, Zugang zu Kultur über günstige Theatertickets, Sport- und Bewegungsförderung, spirituelle Erfahrungsmöglichkeiten etc.

<i>Gesundheitswesen</i>	Medizinische Versorgung und Weiterentwicklung; Vermittlung neuer Behandlungsangebote; Übersetzungsdienst ärztlicher Befunde etc.
<i>Interessensvertretung und Demokratieförderung</i>	Förderung bürgerschaftlichen Engagements; regionales Jugendparlament; Stärkung Dialog Politik / Bürger; Themenanwaltschaft für Menschenrechte, Minderheitenschutz, Gedächtnisarbeitskriegsverbrechen; Datenschutz, Rassismusbekämpfung, interkulturelles Verständnis und Jugendaustausch etc.
<i>Finanzierung, Vermittlung und Beratung für soziale Organisationen</i>	Mikrokredite, Fundraising / Crowdfunding, Vermittlung von Freiwilligen, Softwareentwicklung; Gründungs- und Wachstumsberatung etc.
<i>Entwicklungshilfe</i>	Projekte im Kontext von Entwicklungshilfe, Technologietransfer etc.
<i>Nachhaltiges Wirtschaften/LOHAS</i>	Angebote in den Bereichen Kleidung, Ernährung, Finanzdienstleistungen, Tourismus, sonstige nachhaltig hergestellte Produkte und Dienstleistungen; Transparenztools und -portale, Zertifizierung

Quelle: Scheuerle et al. 2013: 14, in Anlehnung an MEFOSE 2012

Aufgrund der fehlenden definitorischen Abgrenzung ist eine Einschätzung zur Entwicklung von Sozialunternehmen nur schwer möglich, was im Besonderen für gewerblich erfasste Sozialunternehmen gilt (Unterberg et al. 2016: 5). Als wichtigstes Merkmal gilt die soziale Mission eines Unternehmens (Metzger 2019). Dieses Merkmal ist zentral, da es bei der Betrachtung anderer Merkmale zu Fehlschlüssen kommen kann, etwa wenn einzig auf den steuerlichen Gemeinnützigkeitsstatus geschaut wird (ebd.). Der steuerliche Gemeinnützigkeitsstatus schließt Gewinnabsichten aus, Sozialunternehmen hingegen vereinbaren Gemeinnützigkeit und Gewinnabsichten. Zur Erfassung von Sozialunternehmen hat die KfW deshalb Gründer\*innen der vergangenen fünf Jahre zu ihrem Unternehmenszweck befragt. Demnach gab es im Jahr 2017 rund 154.000 junge Sozialunternehmer\*innen in 108.000 Sozialunternehmen. Das entspricht neun Prozent der aktiven Jungunternehmer\*innen. Die Bezeichnung „Jung“ wird für Unternehmer\*innen verwendet, die sich zum Zeitpunkt der Befragung vor höchstens fünf Jahren mit einem 2017 noch aktiven Projekt selbstständig gemacht haben (ebd.). Die Studie zeigt zudem, dass ein ökologisches oder soziales Anliegen bei Frauen und Älteren häufiger im Vordergrund steht: „So ist der Anteil von Sozialunternehmen an den bis zu 5 Jahre alten Existenzgründungen durch Frauen mit 12 % überdurchschnittlich hoch (Männer: 7 %). Und während bei den bis 50-jährigen Jungunternehmern 8 % Sozialunternehmer sind, steigt der Anteil bei den Ü50-jährigen auf 14 %“ (ebd.). Frauen haben einen Anteil von 53 % an den Sozialunternehmer\*innen, jede/r vierte Jungunternehmer\*in ist über 50 Jahre alt (26 %) (ebd.). Zu erkennen ist zudem, dass die Jungunternehmer\*innen mit 60 % die Gründung als Chance zur Umsetzung einer Geschäftsidee angaben, die Gründungen also weniger aus der Not heraus entstanden (Abbildung 6).

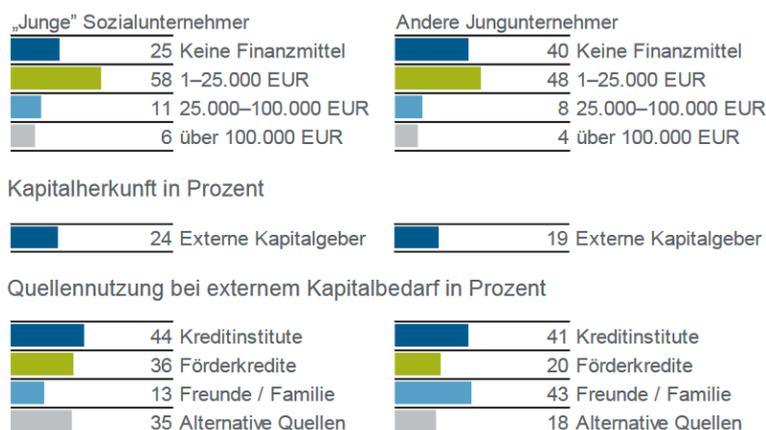
Abbildung 6: Vergleich von Merkmalen junger Sozialunternehmer\*innen und Jungunternehmer\*innen (Merkmale in %)



Quelle: KFW-Gründungsmonitor 2018, zitiert nach Metzger 2019: 3

„Junge“ Sozialunternehmer\*innen weisen im Vergleich zu anderen Jungunternehmer\*innen einen höheren Kapitalbedarf auf, insbesondere in der Größenordnung bis 25.000 Euro (Abbildung 7) (Metzger 2019). Hierfür greifen sie im Vergleich etwas häufiger auf externe Kapitalquellen zurück: auf Kreditinstitute (44 %), Förderkredite (36 %) und alternative Quellen (35 %). Eine im Vergleich zu anderen Jungunternehmer\*innen in Anspruch genommene externe Finanzierungsquelle stellen Freund\*innen und Familie dar (ebd.).

Abbildung 7: Kapitalbedarf von Jungunternehmer\*innen (Kapitalbedarf in %)



Quelle: KFW-Gründungsmonitor 2018, zitiert nach Metzger 2019: 3

Wie die statistische Erfassung von Sozialunternehmen im Allgemeinen, sind auch Untersuchungen im Hinblick auf ihre Organisations- bzw. Geschäftsmodelle bisher selten (Sander, Jahnke, Binder 2018: 167). Sozialunternehmen lassen sich nach Sander et al. durch drei Merkmale kennzeichnen: die innovative Herangehensweise, ein leistungsorientiertes Einkommen sowie die Gemeinwohlorientierung

(ebd.: 168). Dabei stellen die erstgenannten Merkmale Abgrenzungen zur traditionellen Wohlfahrt und zu sozialen Organisationen dar, wohingegen die Gemeinwohlorientierung (nicht zu verwechseln mit Gemeinnützigkeit) das entscheidende Additiv für die Definition eines Geschäftsmodells „Sozialunternehmen“ darstellt (ebd.). Basierend darauf, dass die Lösung eines zentralen Problems als wesentliche Motivation das Handeln von Sozialunternehmen bestimmt und hierbei die Gewinne als Mittel zum Zweck dienen, steht der gesellschaftliche Mehrwert („social impact“) im Vordergrund. Hieraus abgeleitet, stellen Sander, Jahnke und Binder folgende Definition von sozialen Geschäftsmodellen vor: „Ein *soziales* Geschäftsmodell ist eine modellhafte Repräsentation der logischen Zusammenhänge, wie eine Organisation bzw. ein Unternehmen einen Mehrwert für die *Gesellschaft und* Kunden erzeugt und *hierfür* einen Ertrag für die Organisation sichern kann“ (Sander, Jahnke, Binder 2018: 168).

Als Rechtsform für soziale Unternehmen bzw. Organisationen sind der eingetragene Verein (e.V.), die gemeinnützige GmbH (gGmbH), die Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR / BGB-Gesellschaft) sowie die eingetragene Genossenschaft (eG) zu nennen (Engler 2008).

### **Raumunternehmen und Raumpionier\*innen**

Brachflächen, nicht mehr genutzte Fabrik- und Bürogebäude, Infrastrukturbauten, leerstehende Wohnungen und Einzelhandelsflächen zeugen von gesellschaftlichen Umwälzungen und ökonomischen Transformationsprozessen. Eine Gruppe von Akteuren, die sich dies zu Nutze macht, sind die sogenannten Raumunternehmen bzw. Raumpionier\*innen. Dies ist eine neue Generation zivilgesellschaftlicher Akteure, deren Projekte einen konkreten räumlichen Bezug aufweisen. Sie sind an der Schnittstelle von Zivilgesellschaft, Projekt- und Stadtentwicklung positioniert. Unabhängig von Institutionen entwerfen sie als lokale Initiativen Räume, füllen diese mit Leben und lassen so neue Formen öffentlicher Orte entstehen. Für sich selbst, aber auch darüber hinaus, ermöglichen sie mit ihren Konzepten eine direkte Teilhabe an der Stadtentwicklung. Die Ziele von Raumpionier\*innen und Raumunternehmen orientieren sich prioritär an dem sozialen Nutzen, dennoch agieren sie durchaus betriebswirtschaftlich. Die Basis bilden hierfür ungenutzte und nicht in Wert gesetzte räumliche Ressourcen. Sie generieren mit ihrer Tätigkeit einen Nutzen für ihr Umfeld, was wiederum eine Sicherung von Immobilien sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen, die Entwicklung lokaler Ökonomien und das Vorhalten von sozialen / nachbarschaftlichen Dienstleistungen und Nahversorgung nach sich ziehen kann.

### **Unternehmensengagement**

Unter den Begriffen „Corporate-Social-Responsibility (CSR)“ und „Corporate Regional Responsibility (CRR)“ wird die soziale und regionale Verantwortung von Unternehmen für die Gesellschaft und die Region diskutiert (vgl. Faller, Willsmeier, Kleine-König 2017: 3; Brandt et al. 2019). Da die Bandbreite unternehmerischen Engagements sehr hoch ist, ist es schwierig, verlässliche Angaben und Daten hierfür zu erhalten. Allerdings ist bekannt, dass rund 90% der Unternehmen ihr Engagement regional oder lokal ausüben. Neben einmaligen oder langfristigen Sach- oder Geldspenden geht es hierbei um die Bereitstellung von Wissen und Kompetenz. So können Unternehmen Mitarbeiter\*innen für Quartiersaktivitäten freistellen, sei es einmalig für ein Quartiersfest oder auch dauerhaft im Rahmen eines langfristigen Entwicklungsprozesses (Brandt et al. 2019: 31ff.). Auch Pat\*innenschaftsmodelle mit Unter-

nehmen, wie sie beispielsweise in der Stadt Nürnberg im Rahmen des Sozialraummonitorings<sup>10</sup> eingeführt worden sind, bieten eine Möglichkeit, endogene, im Quartier vorhandene Potenziale zu nutzen und Akteure – hier Unternehmen – in die Quartiersentwicklung mit einzubeziehen.

### **3.1.4 Weitere Akteure für die Quartiersentwicklung**

Auch intermediäre Akteure können von großer Relevanz sein. So halten bereits in vielen Städten ansässige Akteure, wie z.B. Sparkassen, Volksbanken oder Kammern, Angebote vor, die einer positiven Quartiersentwicklung zugutekommen. Zu nennen sind hier beispielsweise die Spenden-Verdopplungsaktionen einiger Sparkassen, bei denen Akteure ihre Projektideen und ihren Finanzierungsbedarf einreichen können, welche dann auf einer Plattform sichtbar gemacht werden. Nach einem Aufruf von Spenden durch Bürger\*innen wird die erreichte Summe durch die jeweilige Sparkasse verdoppelt, so dass eine Realisierung der Projekte aus den Bereichen Nachhaltigkeit, Kultur und Soziales wahrscheinlicher wird. Allerdings muss konstatiert werden, dass bei Bankfilialen ein Konzentrationsprozess zu erkennen ist und deren Zahl im Zeitraum von 1990 bis 2015 um 62 % zurückgegangen ist (Gärtner, Flögel 2017: 20). Sparkassen verzeichneten in diesem Zeitraum einen Rückgang um 46 %, Kreditgenossenschaften sogar um 70% (ebd.). Allein zwischen 2014 und 2017 haben die Sparkassen etwa 14% ihrer Filialen geschlossen, die Kreditgenossenschaften ca. 11 % (ebd.).

Auch die Wohnungswirtschaft ist in zahlreichen Quartieren als Partnerin nicht mehr wegzudenken. Die Beteiligung der Wohnungswirtschaft an der Schaffung lebenswerter Quartiere geschieht auf vielfältige Weise: zum einen durch die Vorhaltung eines Wohnungsbestandes, zum anderen aber auch durch Engagement für das Quartier darüber hinaus (vgl. Markus 2020; Grzesiok 2018: 179 ff.). Vielfach handelt es sich dabei um kommunale Wohnungsunternehmen, die sich als Motor der Stadt- und Stadtteilentwicklung verstehen und an stabilen Bewohner\*innenstrukturen und niedrigen Fluktuationsraten interessiert sind, teils aus eigenen finanziellen Motiven. Auch weitere Akteure beteiligen sich vielfach an der Schaffung lebenswerter Quartiere. Durch die Bereitstellung von Gemeinschaftsräumen und sozialen Treffpunkten schaffen sie für ihre Mitglieder, aber auch darüber hinaus, Möglichkeiten der sozialen Interaktion. Ebenso gibt es Beispiele, bei denen Wohnungsgenossenschaften Bürger\*innen mit Ideen für den Stadtteil zu sehr günstigen Konditionen Leerstände zur Zwischennutzung anbieten. Es gibt bereits mehrere gute Beispiele, wie sich Genossenschaften bei den Kernaufgaben der Quartiersentwicklung engagieren, auch wenn das Potenzial noch nicht ausgeschöpft ist. Bei der Stabilisierung der Bewohnerstruktur mittels Bestandsübernahmen, der Schaffung von Gemeinschaftseinrichtungen und der Sicherung sozialer und infrastruktureller Dienstleistungen sowie bei der Aktivierung der Bewohner\*innen sind Genossenschaften engagiert.

Für eine lebendige Quartiersentwicklung ist es wünschenswert, private Immobilieneigentümer\*innen zu aktivieren, da jede einzelne Immobilie u. a. auch zum städtebaulichen Bild der Quartiere beitragen kann. Sanierungsstau, Leerstände und eine Zunahme nicht mehr marktfähiger Immobilien können die Instabilität des Quartiers verstärken. Dabei kann das Aufgabenspektrum der Immobilieneigentümer\*innen in der Quartiersentwicklung unterschiedliche Facetten aufweisen: eher aktiv in Form eines Zusammenschlusses von Immobilieneigentümer\*innen zur gemeinsamen Absprache und Gestaltung

---

<sup>10</sup> <https://www.stadtteilforum.org/ueber-uns/stadtteilpatenschaft.html>

der Hausfassaden oder auch passiv, z.B., indem Leerstand für Zwischennutzungen zur Verfügung gestellt wird. Zwischennutzungen, verstanden als eine befristete Nutzung z.B. leerstehender Gewerbeflächen, bieten Potenziale für Akteure, ihre Modelle und Konzepte ohne lange Vertragslaufzeiten und in der Regel zu günstigen Konditionen auszuprobieren. Zwischennutzungen können ganz unterschiedlich ausgestaltet sein: gemeinsam genutzte Büros, Ausgangspunkte für Start-ups, Ausstellungsflächen für Künstler\*innen oder auch als Verkaufsräume für regional erzeugte Produkte. Brachflächen können beispielsweise als Gemeinschaftsgärten genutzt werden. So bieten Zwischennutzungen auch für die Erprobung gesellschaftlicher Dienste im Quartier Möglichkeiten, flexibel Angebote zu testen und an den jeweiligen Bedarf anzupassen sowie die dahinterliegenden Modelle weiterzuentwickeln. Um dies umzusetzen, bedarf es vor allem der Zusammenarbeit mit privaten (und sofern vor Ort vorhanden gewerblichen) Immobilieneigentümer\*innen. Erfahrungen aus dem Projekt KuDeQua und anderen Kontexten haben aufzeigen können, dass von Seiten der Eigentümer\*innen durchaus Bereitschaft und Interesse besteht, leerstehende Flächen für Zwischennutzungen zur Verfügung zu stellen, es hier jedoch an einer vermittelnden Stelle fehlt, die diese Parteien zueinander bringt. Zudem bestehen Unsicherheiten auf Seiten der Eigentümer\*innen, z.B. in Bezug auf die Fristen, auf Situationen, in denen doch dauerhafte Mieter\*innen gefunden werden oder auf zu erfüllende persönliche Aufgaben im Rahmen von Zwischennutzungen. Diese Unsicherheiten verhindern Zwischennutzungen. Kommunen können durch Beratung, Informationsmaterial und die Bereitstellung von Beispielformularen / -verträgen solche Unsicherheiten abbauen und alternative Modelle fördern.

### 3.2 Organisationsmodelle für (bürgerschaftlich getragene) gesellschaftliche Dienste im Quartier

Neben klassischen gewinnorientierten Unternehmen mit ihren Rechtsformen GmbH, GbR, UG etc., gibt es ausgewählte Organisationsmodelle, die sich auch für bürgerschaftliches und soziales Engagement eignen. Der Dritte Sektor nimmt eine wichtige und in den letzten Jahren stetig wachsende gesellschaftliche, kulturelle und wirtschaftliche Stellung ein (Meyer, Simsa 2013: 5). Als Organisation sind solche Modelle gemeinwohlorientiert und gehören weder zum Sektor Markt noch zum Sektor Staat, sondern befinden sich „dazwischen“ (ebd.). Alle Organisationen unterliegen dem „*non-distribution-constraint*“. Mittel dürfen zwar erwirtschaftet werden, diese dienen jedoch nicht dem Unternehmensgewinn, sondern müssen den Zwecken der Organisation zugutekommen (Zimmer, Vilain 2005: 13). Eine Satzung mit dem gemeinwohlorientierten Zweck der Organisation oder ein Vertrag mit den Zielen sind für diese Institutionen somit verpflichtend. Tabelle 4 zeigt die Anforderungen an typische Organisationen des Dritten Sektors.

Tabelle 4: Überblick ausgewählter Organisationsformen bürgerschaftlich getragener Unternehmungen

ORGANISATION	EINGETRAGENER VEREIN (EV)	EINGETRAGENE GENOSSENSCHAFT (EG)	GEMEINNÜTZIGE GESELLSCHAFT MIT BESCHRÄNKTER HAFTUNG (GGMBH)
<b>MERKMALE</b>			
<b>MINDESTMITGLIEDER-ZAHL</b>	Mind. 7 Personen	Mind. 3 Personen	Mind. 1 Gesellschafter*in
<b>KÖRPERSCHAFT</b>	Juristische Personen	Juristische Person	
<b>HAFTUNG</b>	Vorstand vor vertraglichen Risiken geschützt; Mitglieder haften nicht	Haftung mit ihrem Vermögen / Einzahlungen auf die Genossenschaftsanteile (haftendes Eigenkapital)	Haftung auf das Vermögen der gGmbH begrenzt (beschränkte Haftung)
<b>ORGANISATION</b>	Satzung (schriftlich ausreichend)	Satzung (schriftlich ausreichend)	Gesellschaftsvertrag (notarielle Beglaubigung)
<b>ORGANE</b>	Vorstand, Mitgliederversammlung	Vorstand, Aufsichtsrat, Generalversammlung	
<b>ZWECK</b>	Gemeinnützige Zwecke	Zweck in erster Linie ökonomisch; Ziel ist es, die wirtschaftlichen, sozialen oder kulturellen Belange durch einen gemeinsamen Geschäftsbetrieb zu fördern	Die Gesellschaft muss einen gemeinnützigen, mildtätigen oder kirchlichen Gesellschaftszweck haben
<b>MINDESTKAPITAL</b>	Kein Mindestkapital erforderlich	Kein Mindestkapital erforderlich	Stammkapital in Höhe von mind. 25.000 Euro (kann auch in Form von Sachgründen gewährleistet werden)
<b>STEUERPFLICHT</b>	Steuerpflichtig, wenn Umsatzgrenze und Gewinne Schwellenwert überschreiten	Regelbesteuerung des Umsatzsteuersatzes / in Ausnahmefällen ermäßigte Umsatzsteuer	Von Körperschafts- und Gewerbesteuer befreit; im ideellen Bereich entfällt die Umsatzsteuer, für Leistungen in Zweckbetrieben gilt zumeist die reduzierte Umsatzsteuer von 7%
<b>FINANZIERUNG</b>	Mitgliedsbeiträge	Finanzielle Beteiligung der Mitglieder durch Genossenschaftsanteile, Selbsterwirtschaftete Mittel	Im besonderen Maße Spenden, Subventionen und Fördermaßnahmen
<b>WIRTSCHAFTLICHE GEWINNE</b>	nichtwirtschaftliche Vereinigungsform (wirtschaftliche Tätigkeit darf Angemessenheit nicht überschreiten)	Wird zur wirtschaftlichen Förderung ihrer Mitglieder betrieben, im Vordergrund jedoch nicht Rendite, sondern Förderzweck	Dürfen im Rahmen der sozialen Zielsetzung wirtschaftlich tätig sein; dürfen nicht ausgeschüttet werden und müssen für gemeinnützige Zwecke verwendet werden
<b>GRÜNDUNGSKOSTEN</b>	Ca. 90 -140 Euro	Zwischen 1.500 und 4.000 Euro	Zwischen 500 und 1.500 Euro
<b>BEISPIEL</b>	Kultur, Soziales, Gemeinschaftsprojekte	Wohnprojekte	Kindergärten, Sozialstationen

Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Genossenschaftsverband, Verband der Regionen, online unter: [https://www.genossenschaftsverband.de/site/assets/files/30787/5\\_-\\_rechtsformvergleich.pdf](https://www.genossenschaftsverband.de/site/assets/files/30787/5_-_rechtsformvergleich.pdf) (10.09.1010)

Nachfolgend werden die wichtigsten Organisationsstrukturen bürgerschaftlichen Engagements – Vereine, Genossenschaften, gGmbHs sowie lose Zusammenschlüsse – näher beleuchtet.

### 3.2.1 Vereine

Auch wenn das freiwillige Engagement in **Vereinen** rückläufig ist, bilden freiwillig Engagierte in Vereinen anteilig in Hinblick auf in formellen Organisationen durchgeführtes bürgerschaftliches Engagement noch immer die größte Gruppe (Simonson, Vogel, Tesch-Römer 2017: 523, 532f.). Der Vorteil des e.V. ist darin zu sehen, dass die Anforderungen niedrigschwellig sind und damit für den Start einer

Initiative bürgerschaftlichen Engagements kaum Hürden, wie Mindestkapital, Buchführungen etc. bergen. Der Verein kann dabei sowohl vollständig gemeinwohlorientiert aufgestellt sein als auch gewerbsmäßige Aktivitäten organisieren.

Es gibt laut Angabe des Ziviz-Survey<sup>11</sup> 2017 rund 600.000 Vereine in Deutschland. Die Entwicklung ist in den letzten Jahren positiv verlaufen, allerdings ist ein Sterben traditioneller Vereine in ländlichen Regionen zu beobachten. Vereine verfügen in der Mehrzahl über relativ geringe Einnahmen. In der Mehrzahl der Vereine (53 %) liegt das Volumen der Jahreseinnahmen bei bis zu maximal 10.000 Euro. Die Finanzierung der Vereine erfolgt zum überwiegenden Teil über Mitgliedsbeiträge (44 %); weitere Einnahmequellen von Vereinen sind selbsterwirtschaftete Mittel (24 %), Spendenaufkommen (20 %) und öffentliche Mittel (10 %) (Priemer, Labigne, Krimmer 2015: 14ff.). Ein Beispiel für einen bürgerschaftlich getragenen Verein im Bereich Freizeit und Kultur ist die B-Side in Münster.

### **B-Side Kultur e.V. Münster**

#### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Die Entstehungsgeschichte der B-Side ist eng verbunden mit der städtebaulichen Überplanung des Hafengeländes in Münster ab Ende der 1990er und in den frühen 2000er Jahren. Die Neugestaltung des nördlichen Hafengeländes führte zu einer Gentrifizierung des angrenzenden Hansaviertels und zu steigenden Mieten von Wohnungen und Büroflächen. Das südliche Hafengelände wurde noch nicht vollständig neugestaltet. Ein alter Speicher wurde 2003 privat angemietet und der Öffentlichkeit als Kultur- und Kreativraum zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2015 lief der Erbpachtvertrag und damit auch der Mietvertrag aus. Die Stadtwerke als Grundstückseigentümerin planten zusammen mit der Stadt Münster im Zuge der bereits angestoßenen Neuplanung des Südkais die Privatisierung des Geländes. Die sich dort seit 2003 gebildete kreative Szene formulierte Protest gegen diese Pläne mit dem Ziel, den offenen und kreativen Raum für die Öffentlichkeit zu halten und auch die vorhandene Architektur zu wahren.

#### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Der Verein B-Side Kultur e.V. Münster ist 2016 aus dem jahrelangen Engagement vieler Bürger\*innen hervorgegangen. Aktuell gibt es 70 Mitglieder. Darüber hinaus fördern viele weitere Engagierte Kultur, Bildung und das Kreativsein im Quartier. In Zusammenarbeit mit den Bürger\*innen des umliegenden Quartiers entwickelte der Verein ein eigenes Umbau- und Nutzungskonzept für den Speicher. Sämtliche Arbeiten hierfür wurden ehrenamtlich erledigt. Finanzmittel wurden durch Aktionen wie das „B-Side-Festival“ eingeworben. Inhaltlich sieht die Konzeptentwicklung für den Speicher 70% Gewerbeflächen und 30 % nicht gewerblich genutzte Flächen für kulturelle Aktivitäten vor.

Der Finanzierungsbedarf belief sich in der ersten Kostenschätzung auf 5 Mio. Euro, hat sich aber auf 6 Mio. Euro erhöht. Das Finanzierungskonzept sah einen Mix aus öffentlichen Fördermitteln sowie privaten Mitteln vor (Angaben noch bezogen auf 5 Mio. Euro):

- 500.000 Euro Bürgerkredite (als Eigenkapital)

---

<sup>11</sup> Der Ziviz-Survey (Zivilgesellschaft in Zahlen) ist eine Dauerberichterstattung (repräsentative Befragung) organisierter Zivilgesellschaft in Deutschland. Vgl. <https://www.ziviz.de/>.

- 3.000.000 Euro Landesmittel (Programm „Initiative ergreifen“)
- 1.000.000 Euro Stadt Münster
- 500.000 Euro Kredit

Das Finanzierungsmodell sah Bürgerkredite in Höhe von 500.000 Euro vor, die als Eigenkapital eingestuft wurden. Hierzu lagen Absichtserklärungen von Bürger\*innen vor. Durch die Anlehnung an das Modell „Mietshausyndikat“<sup>12</sup> gab es keine Einwände der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen (BaFin). Des Weiteren wurden 125.000 Euro durch Spenden generiert sowie 100.000 Euro durch Eigenleistung am Bau eingebracht. Das Grundstück sollte von den Stadtwerken an die Stadt Münster übertragen werden, die es im Erbpachtverfahren weiter an die B-Side vermieten sollte.

Das Konzept wurde allerdings nicht umgesetzt. Mittlerweile ist die Wirtschaftsförderung Münster GmbH Eigentümerin des Speichers, die auch den Umbau verantwortet. Mit dem dort ansässigen Ruderverein sowie mit der B-Side GmbH wird ein Nutzungsvertrag abgeschlossen. Die Finanzierung des Umbaus in Höhe von geschätzten rund 7,45 Mio. Euro erfolgt nun komplett aus öffentlichen Mitteln der Städtebauförderung (60 %) sowie der Stadt Münster (40 %). Es wird ein Nutzungsvertrag über 20 Jahre mit einer vereinbarten Zweckbindung zur Förderung der Kultur geschlossen. Zudem erhält die B-Side eine Anschubfinanzierung von 275.000 Euro in den ersten drei Jahren.

#### *Wirkungen / Resümee*

Durch das Engagement der Akteure sowie der gezielten Einbindung der Quartiersbewohner\*innen konnte das Gebäude für die Nutzung eines sozio-kulturellen Zentrums erhalten werden. Das zunächst anvisierte Modell wurde jedoch fallengelassen und es wurde auf öffentliche Fördermittel sowie auf den Erhalt der Immobilie in kommunaler Hand gesetzt. Mit diesem Vorgehen hat die Stadt die federführende Rolle übernommen. Durch das Nutzungskonzept ist eine Zweckbindung sichergestellt, an der die B-Side ihre Angebote im Bildungs- und Kulturbereich anlehnen muss. Das angedachte vorherige Modell hätte der B-Side hier größere Freiheiten erlaubt, allerdings muss konstatiert werden, dass bürgerschaftliches Engagement, trotz des hohen zeitlichen Engagements und des in Münster vorhandenen bildungsbürgerschaftlichen Engagements vieler Professionen (Rechtsanwälte, Architekten, die sich hier engagierten), an Grenzen gestoßen ist.

Online unter: <https://b-side.ms/>

Ein Best-Practice-Beispiel, welches sich des Themas Mobilität angenommen hat, ist der Bürgerbus Meldorf und Umgebung e.V.

---

<sup>12</sup> Das Mietshaus-Syndikat (MHS) ist eine in Deutschland kooperativ und nicht-kommerziell organisierte Beteiligungsgesellschaft zum gemeinschaftlichen Erwerb von Häusern, die selbstorganisiert in Gemeineigentum überführt werden, um langfristig bezahlbare Wohnungen und Raum für Initiativen zu schaffen. Weitere Informationen unter: <https://www.syndikat.org/de/>

## **Bürgerbus Meldorf und Umgebung e.V.**

### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Der Verein Bürgerbus Meldorf e.V. wurde 2015 gegründet. Ziel der zwölf Gründungsmitglieder war es, die Mobilität – unabhängig vom Individualverkehr – für die Bürger\*innen zwischen Meldorf und zwei umliegenden Dörfern zu verbessern, um für Menschen ohne eigenes Auto sowie aus Umweltgesichtspunkten den Busverkehr, der in den Dörfern sehr unregelmäßig ist, auszubauen. Von den zwölf Gründungsmitgliedern ist nur ein Mitglied aus der Region Dithmarschen. Alle anderen sind zugezogen. Dies war eine zentrale Grundlage für die Ausgangslage und Motivation, denn die Zugezogenen haben den bestehenden Fahrplan hinterfragt, da Ihnen andere Fahrtakte bekannt waren, während die „Alteingesessenen“ diese Erfahrung nicht hatten.

### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Der Verein hat das Liniennetz und den Fahrplan mit Unterstützung der Verkehrsgesellschaft erstellt. Ziel war es, das Liniennetz so auszubauen, dass das Gewerbegebiet mit großem Supermarkt sowie das Gesundheitszentrum angefahren werden, um älteren oder immobileren Menschen hier Zugänge zu ermöglichen. Der Fahrplan wurde mit den Abfahrzeiten anderer Busse abgestimmt. Es gibt eine regelmäßige Taktung morgens und nachmittags von Montag bis Freitag. Auf Wochenendfahrten wurde verzichtet, um die Fahrer\*innen nicht zu sehr zu belasten.

Der barrierefreie Bus, der bis zu acht Passagiere befördern kann, wurde durch die Kommune finanziert und dem Verein zu dem Zweck der Fahrgastbeförderung kostenlos zur Verfügung gestellt. Auch die Versicherung und Wartung wird durch die Stadt finanziert. Der Verein selbst stellt die ehrenamtlich tätigen Fahrer\*innen (rund 13 Rentner\*innen), die hierfür qualifiziert werden. Die Ticketpreise liegen unter denen des dortigen ÖPNV. Über die Ticketpreise werden die Benzinkosten finanziert. Über öffentliche LEADER-Mittel wurde ein Carport finanziert sowie die erste Schulung der Fahrer\*innen. Es werden pro Monat rund 350 Gäste befördert. Der Großteil hiervon sind ältere Menschen, aber auch einige Menschen mit Handicaps nutzen den Bus. Der Bus hat 2017 die Beförderung aufgenommen. Aufgrund der Corona-Pandemie ruht die Beförderung seit März 2020.

### *Wirkungen / Resümee*

Durch die Initiative konnte der Busverkehr zwischen den umliegenden Dörfern, in denen es weder Arzt\*innen noch Geschäfte des täglichen Bedarfs gibt, erhöht werden und so die Mobilität und Unabhängigkeit von immobileren Menschen gesteigert werden. Hier wird deutlich, dass nicht immer die Versorgung in den Dörfern sichergestellt werden muss, sondern es auch über individuelle Mobilitätslösungen gelingen kann, gesellschaftliche Dienste in Anspruch nehmen zu können und damit die Versorgung der Bevölkerung zu gewähren. Auslöser waren hier Zugezogene, die den Status-Quo überhaupt erst hinterfragt haben. Als Herausforderung wurde hervorgehoben, ausreichend Fahrer\*innen für eine regelmäßige Taktung zu gewinnen, um die einzelnen Fahrer\*innen nicht zu überfordern. Seit Ausbruch der Corona-Pandemie pausiert der Bus. Hier wird deutlich, wie fragil die ehrenamtlich geführten Strukturen und Organisationsmodelle sind und somit Dienste ggf. auch dauerhaft wegbrechen können.

Neben den Themen „Mobilität“ und „Freizeit und Kultur“ sind auch Projekte untersucht worden, die die Themen Bildung und Integration sowie Hilfen im Alltag aufgreifen.

### **Tausche Bildung für Wohnen e.V.**

#### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Begonnen in der Stadt Duisburg im Stadtteil Marxloh im Jahr 2012 und im Jahr 2018 ausgeweitet auf Gelsenkirchen-Ückendorf, bietet der Verein „Tausche Bildung für Wohnen“ kostenfreies Wohnen in Wohngemeinschaften für Bildungspat\*innen. Im Gegenzug bieten diese ökonomisch, kulturell und strukturell benachteiligten Kindern und ihren Familien als Bildungspat\*innen Betreuung im Bereich der schulischen und persönlichen Entwicklung. Dies geschieht in den sogenannten „Tauschbars“, den Wirkungsstätten des Vereins.

Ziel ist eine ganzheitliche Lernförderung, Persönlichkeitsbildung und die Schaffung von Freizeitangeboten sowie einer aktiven Nachbarschaft durch ein Netzwerk lokaler Akteure. Das Angebot für die Kinder erstreckt sich über eine wöchentliche Lernförderung und Persönlichkeitsentwicklung, feste Bildungspat\*innen, Freizeitaktivitäten sowie jährlich stattfindende Ferienprojekte mit Ausflügen, Lernzeiten und Aktionen. Die Bildungspat\*innen unterstützen vormittags die Kinder in den Schulen, nachmittags betreuen sie die Kinder in einer kleinen Gruppe in der Tauschbar. Die Bildungspat\*innen, engagierte junge Menschen, werden für die Betreuung intensiv qualifiziert. Bildungspat\*innen können sowohl Studierende, Azubis oder Ehrenamtliche sein, die die Pat\*innenschaft in Teilzeit übernehmen (etwa 8 Stunden die Woche) und mietfrei wohnen können. Ebenso sind auch Bildungspat\*innen in Vollzeit beschäftigt, die den Bundesfreiwilligendienst absolvieren. Sie können mietfrei wohnen und erhalten ein gesetzlich festgesetztes Taschengeld.

#### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Der Verein versteht sich als Sozialunternehmen, Gewinne sind dem gesellschaftlichen Mehrwert und seiner positiven Wirkungen untergeordnet. Der Verein wird von einer Reihe Stiftungen und Unternehmen gefördert. Zudem arbeitet der Verein an beiden Standorten eng mit Partner\*innen zusammen, etwa mit Wohlfahrtsverbänden oder kirchlichen Einrichtungen. Die Finanzierung erfolgt neben Spenden auch auf Grundlage der Fördermitgliedschaften.

#### *Wirkungen / Resümee*

An den beiden Standorten wurden mehr als 560 Kinder betreut und 42 Bildungspat\*innen ausgebildet. Seit 2018 bildet der Verein zudem am Standort Marxloh eine Kauffrau / einen Kaufmann für Büromanagement aus. Die Mehrheit der betreuten Kinder zeigt eine höhere Freude am Lernen und verbesserte Schulnoten, ein gesteigertes Selbstwertgefühl und ein wertschätzenderes Sozialverhalten. Zudem konnte die Einstellung gegenüber dem Stadtteil verbessert werden. Positive Wirkungen der Bildungspat\*innen zeigen sich ebenso in einem wertschätzenderen Umgang mit anderen, dem Aufbau einer bewussten Selbstkompetenz, der Reduzierung von Vorurteilen und einem geschärften Blick für gesellschaftliche Ungerechtigkeiten. Die Bildungspat\*innen fungieren gleichermaßen auch als Botschafter für die strukturschwachen Stadtteile.

Mit der Ansiedlung in strukturschwachen Stadtteilen wird zudem Leerstand begegnet, eine Revitalisierung und Aufwertung des Stadtteils angegangen und eine gesellschaftliche Teilhabe durch Gestaltung des Stadtteils mit allen Beteiligten erreicht.

Online unter: <https://tauschbildung.org/>

## **Wohnen für Hilfe e.V. Köln**

### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Wohnen für Hilfe e.V. hat zum Ziel, Wohnpat\*innenschaften zwischen „Jung“ und „Alt“ zusammenzubringen. Hierfür stellen Kölner Bürger\*innen Studierenden freistehenden Wohnraum für Hilfen im Alltag zur Verfügung. Hintergrund war zum einen der angespannte Wohnungsmarkt für z.B. Studierende bei gleichzeitig großen Wohnräumen von älteren Personen. So begann der Verein Wohnraumanbieter\*innen zu vermitteln, die älter als 60 Jahre sind. Dieser Kreis wurde 2009 auf alle Bürger\*innen Kölns, die Wohnraum zur Verfügung haben, erweitert.

Die Hilfe, die die Studierenden im Monat leisten, orientiert sich an der Größe der zur Verfügung gestellten Wohnräume: Pro Quadratmeter leisten sie eine Stunde Hilfe im Monat. Pflegeleistungen jeder Art sind ausdrücklich von den Hilfeleistungen ausgeschlossen. Anfallende Nebenkosten, wie Strom, Heizung und Wasser, tragen die Studierenden.

Das Modell „Wohnen für Hilfe“ soll das Miteinander und den Austausch der Generationen fördern und ein familiennahes und generationenübergreifendes Unterstützungssystem schaffen. Dabei wird bürgerschaftliches Engagement auf innovative Art und Weise aktiviert: Sowohl die Wohnpat\*innen als auch die Studierenden können sich mit ihren Fähigkeiten, Kompetenzen und Erfahrungen in den individuellen Wohnpat\*innenschaften einbringen. Die Vermittlung erfolgt ausschließlich nach persönlichen Gesprächen und Hausbesuchen. Für die Wohnpat\*innenschaft wird ein Vertrag aufgesetzt, der die rechtlichen Dinge des Zusammenlebens regelt (etwa die Anzahl der zu leistenden Stunden und die Art der vereinbarten Hilfeleistungen). Während der Wohnpat\*innenschaft stehen die Koordinator\*innen des Vereins beiden Parteien, z.B. bei Fragen oder Konflikten, zur Verfügung.

### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

In Kooperation der Universität zu Köln (Rehabilitationswissenschaftliche Gerontologie) mit der Stadt Köln (Amt für Wohnungswesen) sowie der Senior\*innenvertretung der Stadt ist das Projekt als Verein organisiert. Von 2005 bis 2008 erhielt das Projekt finanzielle Unterstützung durch das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales in NRW in Kooperation mit dem Zentrum für Heilpädagogische Gerontologie der Universität zu Köln. Seit 2009 wird *Wohnen für Hilfe* durch das Amt für Wohnungswesen der Stadt Köln und durch die Universität zu Köln gefördert und arbeitet in Kooperation mit der Senior\*innenvertretung der Stadt Köln. Für die Koordination wird von der Stadt Köln eine Stelle in Vollzeit gefördert, zudem bezuschusst die Stadt Räumlichkeiten und Materialien.

Die Zielgruppen in den einzelnen Städten, in denen 'Wohnen für Hilfe' praktiziert wird, können unterschiedlich sein. Auch die Träger\*innen, die 'Wohnen für Hilfe' finanzieren, sind verschieden und werden an die jeweilige Situation der Städte angepasst.

### Wirkungen / Resümee

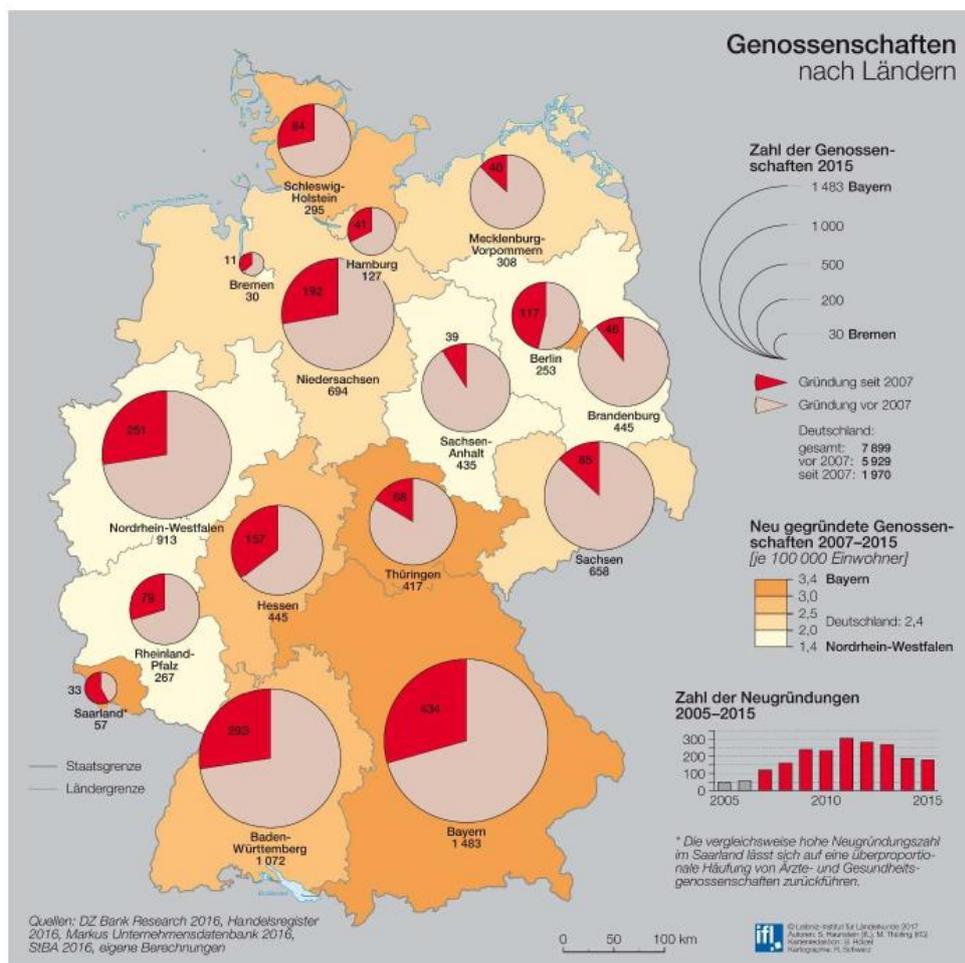
„Wohnen für Hilfe“ ist neben Köln an 34 weiteren Standorten in Deutschland aktiv und bereits mit zahlreichen Preisen ausgezeichnet worden. In Köln konnten mit Stand 2018 insgesamt 681 Wohnraum-pat\*innenschaften geschlossen werden.

Online unter: <https://www.hf.uni-koeln.de/33042>

### 3.2.2 Genossenschaften

Genossenschaften haben als Organisationform für bürgerschaftliches Engagement in den letzten Jahren einen Boom erlebt: Nach der Novellierung des Genossenschaftsgesetzes im Jahr 2006 gab es zwischen 2007 und 2015 etwa 2.000 Genossenschaftsgründungen in Deutschland (vgl. Abbildung 8) (Haunstein, Thürling 2017; Thürling 2014).

Abbildung 8: Genossenschaftsgründungen 2007-2015



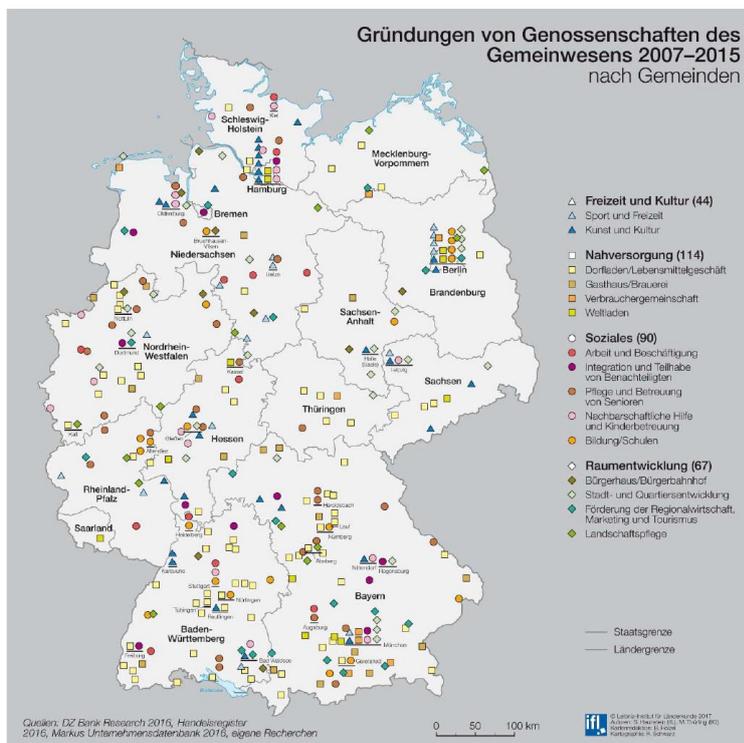
Quelle: Haunstein, Thürling 2017

Mit rund 22 Millionen Mitgliedern in ca. 8.000 Genossenschaften (Stand 2015) (Stappel 2015: 39) bildet die Genossenschaft die mitgliedstärkste wirtschaftliche Organisationsform (Haunstein, Thürling 2017). Genossenschaften zielen nicht in erster Linie auf wirtschaftliche Gewinne ab, sondern sind der Förderung ihrer Mitglieder verpflichtet und basieren auf den Prinzipien Selbsthilfe, Selbstverantwortung und Selbstverwaltung (ebd.). Genossenschaften weisen in Deutschland ein starkes Nordost-Südwest-Gefälle auf: Während in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt nur vereinzelt Genossenschaften gegründet werden, zeigt sich eine Anhäufung im Süden und Westen.

Neben den traditionellen Sektoren, in denen Genossenschaften gegründet werden, u.a. Kreditwesen, Landwirtschaft und Wohnen, zeigen sich vermehrt Gründungen auf neuen Feldern: erneuerbare Energien, Dienstleistungen oder Gesundheitswesen (ebd.). Viele der Genossenschaften weisen eine Zweckbindung im Hinblick auf die Quartiers- oder Dorfentwicklung auf. Haunstein und Thürling (2017) führen auf, dass vor allem dort das Interesse an Genossenschaften besonders groß ist, „wo Handlungsbedarfe bestehen, die weder von marktwirtschaftlicher noch öffentlicher Seite gedeckt werden. So schließen sich vielerorts Bürgerinnen und Bürger – häufig unter Beteiligung kommunalpolitischer Akteure – genossenschaftlich zusammen, um entsprechende Leistungen gemeinschaftlich zu erbringen [...].“

Von zunehmender Bedeutung im Bereich der Genossenschaftsgründungen sind Leistungen, die vor Ort fehlen: Nahversorgung, Soziales, Kultur und Freizeit, Bereiche die von besonderem öffentlichen Interesse sind (Haunstein, Thürling 2017). Die Mehrheit der in den Jahren 2007 bis 2015 gegründeten Genossenschaften ist im Bereich der Nahversorgung, etwa in Dorfläden oder Verbrauchergemeinschaften tätig, gefolgt von Genossenschaften, die sich sozialen Themen, z.B. Arbeit und Beschäftigung, Pflege und Betreuung oder Integration und Teilhabe, widmen.

Abbildung 9: Themenbereiche der Genossenschaften 2007-2015



Quelle: Haunstein, Thürling 2017

Die Jahreseinnahmen von Genossenschaften als wirtschaftlich orientierte Organisationen liegen in der Mehrzahl (52 %) bei über einer Mio. Euro. Rund 25 % haben Jahreseinnahmen von 100.000 – 1.000.000 Euro. Die Finanzen werden durch selbsterwirtschaftete Erträge erzielt (79 %), nur 10 % der Jahreseinnahmen erfolgt über Beiträge (Priemer, Labigne, Krimmer 2015: 14 ff.). Für die Gründung einer Genossenschaft ist kein Mindestkapital notwendig. Allerdings müssen für die Mitgliedschaft Genossenschaftsanteile gezeichnet werden. Zudem unterliegt die Genossenschaft dem Handelsrecht. Buchführung und Jahresabschlüsse sind damit verpflichtend und erfordern notwendige Ressourcen und Kompetenzen.

Ein Beispiel aus dem Bereich „sozialer Treffpunkt und Freizeit“ ist die Gaststätte Jäger eG.

### **Kneipe Dorfgemeinschaft Hülsenbusch - Gaststätte Jäger eG**

#### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Hülsenbusch ist ein Ortsteil von Gummersbach im Oberbergischen Kreis im südlichen Nordrhein-Westfalen mit rund 850 Einwohner\*innen. Im Jahr 2013 zeichnete sich ab, dass die letzte im Familienbetrieb nebenerwerblich geführte Kneipe im Ort, bedingt durch das Alter der Betreiber\*innen, schließen wird. Nachdem der Zeitpunkt der Schließung für Juni 2014 festgelegt worden war, wurden vom Immobilieneigentümer Pläne entwickelt, die Räumlichkeiten in Wohnraum umzubauen. Um dies zu verhindern und die Kneipe als sozialen Treffpunkt zu erhalten, entstand die Idee, die Kneipe in Form einer Genossenschaft weiter zu betreiben und somit die „letzte“ Begegnungsmöglichkeit – auch ohne Vereinsanbindung – vor Ort zu bewahren.

#### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Unterstützt wurden die Gründer\*innen der Genossenschaft vom Westfälischen Genossenschaftsverband. Die Genossenschaftsanteile liegen bei jeweils 100 Euro, es besteht keine Möglichkeit der „Nachschüttung“. Das Ziel war hierbei, möglichst vielen Personen die Chance zu bieten, sich ohne großes finanzielles Risiko zu beteiligen. Unabhängig von den gezeichneten Anteilen verfügt jeder / jede Genoss\*in über nur eine Stimme zur Sicherung eines basisdemokratischen Entscheidungsgremiums. Inzwischen hat die Genossenschaft etwa 200 Mitglieder, von denen rund 150 Personen aus Hülsenbusch selbst kommen. Das Thekenpersonal setzt sich aus etwa 40 Genossenschaftsmitgliedern zusammen, die einmal im Monat ehrenamtlich den Thekendienst (zu zweit) übernehmen. Die Kneipe ist an fünf Tagen der Woche geöffnet, Speisen werden – bis auf kleine Snacks – nicht angeboten. Unterstützung erhielten die Initiatoren auch durch den Immobilieneigentümer, der das Vorhaben begrüßte. Eine Besonderheit ist in der Satzung der Genossenschaft zu sehen. Diese sieht vor, die Gewinne aus der Kneipe für sozio-kulturelle Zwecke zu nutzen. Auch der zeitliche Ablauf ist hervorzuheben, denn die Kneipe wurde von den alten Besitzern im Juni 2014 geschlossen; bereits im September 2014 wurde die Kneipe wiedereröffnet.

#### *Wirkungen / Resümee*

Durch das entwickelte Genossenschaftsmodell und das ehrenamtliche Engagement konnte der soziale Treffpunkt gesichert werden. Die erzielten Erlöse wurden für weitere Aktivitäten in der Dorfentwicklung genutzt, u.a. zur Etablierung eines Marktes im Dorf sowie für die Entwicklung eines Waldpfades.

Zudem konnte die bereits sehr gute Dorfgemeinschaft hierdurch weiter gestärkt werden. Als Resümee ist festzuhalten, dass durch hohes Engagement einzelner (kompetenter) Akteure zur Etablierung der Genossenschaft sowie durch die Einbindung und das Engagement einer breiten, gewachsenen Dorfgemeinschaft der langfristige Betrieb sichergestellt werden kann.

### **3.2.3 Gemeinnützige GmbH (gGmbH)**

Im Gegensatz zur Genossenschaft bedarf es für die Gründung einer gemeinnützigen GmbH eines Vertrages. Gemeinnützigen GmbHs kommt im Bereich des zivilgesellschaftlichen Engagements eine wachsende Bedeutung zu.

Beispiele, wie gesellschaftliche Dienste durch neuartige Akteurskonstellationen vorgehalten werden, lassen sich – nicht zuletzt aufgrund von hohem Handlungsdruck und zahlreichen Förderprogrammen von Bund und Ländern – vor allem in ländlichen Regionen finden. Insbesondere aus dem Bereich der Nahversorgung sind zahlreiche Beispiele bekannt: Ein Beispiel stellen die DORV-Zentren dar, unter deren Dach die Nahversorgung sichergestellt und mit Dienstleistungen und bürgernahen sozialen Bereichen gekoppelt wird. Diese DORV-Zentren sind in der Rechtsform der gemeinnützigen Gesellschaft mit beschränkter Haftung organisiert.

#### **DORV-Zentrum gGmbH**

##### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Im Jülicher Stadtteil Barnim, im Kreis Düren in Nordrhein-Westfalen mit rund 1.300 Einwohner\*innen, wurde zu Beginn des neuen Jahrtausends der letzte Supermarkt geschlossen. Um die Versorgung und die Lebensqualität im Stadtteil zu sichern bzw. wiederherzustellen und nachhaltig zu wirtschaften, entwickelte Heinz Frey das DORV-Konzept ab 2002. DORV steht für „Dienstleistung und Ortsnahe Rundum Versorgung“. Basierend auf einem Fünf-Säulen-Modell – Dienstleistungen, sozialmedizinische Versorgung, Kulturangebote, Kommunikation und Lebensmittel – sieht es den Aufbau eines Zentrums mit Lebensmitteln des täglichen Bedarfs vor (als zentralem Ankerpunkt), die mit Dienstleistungen sowie Begegnungsmöglichkeiten unter einem Dach angeboten werden. Im Sortiment des Lebensmittelgeschäfts wird darauf geachtet, regionale Waren anzubieten, und so die regionale Wertschöpfungskette zu stärken und nachhaltig zu agieren. Das erste Zentrum wurde 2004 in Jülich-Barnim in einem ehemaligen Sparkassengebäude eröffnet. Eine Besonderheit ist, dass das Konzept für die Übertragung auf städtische Quartiere unter dem Namen quartVier in Kooperation mit der "Gemeinnützigen Wohnungsbaugenossenschaft" (für Stadt und Kreis Düren), dem Dürener Bauverein sowie den Bürger\*innen 2011 in Düren-Grüngürtel weiterentwickelt wurde.

##### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Das Modell besteht aus zwei Organisationen. Zum einen aus einer gemeinnützigen Gesellschaft, welche für die Verbreitung und Weiterentwicklung der Idee und den Betrieb integrativer DORV-, bzw. quartVier-Zentren zuständig ist. Zum anderen aus einer nicht gemeinnützigen Gesellschaft, welche für die Beratung der Kommunen und Bürger\*innengruppen zuständig ist und beim Aufbau von DORV- und quartVier-Zentren unterstützt. Zudem ist sie Franchisegeberin (vgl. Schwyer 2015). Der Gründer der DORV-Läden, Heinz Frey, wurde von der Finanzierungsagentur für Social Entrepreneurship (FASE) bei

der Entwicklung des hybriden Geschäftsmodells sowie einer maßgeschneiderten Finanzierung unterstützt (vgl. ebd.). Der Aufbau des ersten DORV-Zentrums wurde ohne öffentliche Fördermittel nur durch ehrenamtliches Engagement, Spenden und Eigenleistungen finanziert.

#### *Wirkungen / Resümee*

Zwischenzeitlich gab es über 14 DORV bzw. quartier-Zentren und mehr als 10.000 Bürger\*innen konnten hiervon profitieren, so dass die Lebensverhältnisse vor Ort im Hinblick auf Nahversorgung, soziale Dienste und Begegnungsmöglichkeiten verbessert werden konnten. Einige der Zentren sind mittlerweile von anderen Anbieter\*innen übernommen worden. Das hohe Engagement einzelner Akteure sowie eine breite und etablierte Dorfgemeinschaft konnten das Konzept langfristig etablieren.

Online unter: <http://www.dorv.de/index.php>; <https://www.quartier.de/>

Die Jahreseinnahmen von gGmbHs fallen im Durchschnitt nochmals höher aus als die der Genossenschaften. 54 % der gGmbHs verfügen über jährliche Einnahmen von mehr als 1 Mio. Euro und 35 % weisen Einnahmen von 100.000 Euro bis zu 1 Mio. Euro auf. Die Mittel werden dabei von der Hälfte selbst erwirtschaftet (50 %). Ein Drittel des Volumens stammt aus öffentlichen Mitteln. Die Ursache ist darin zu sehen, dass viele der gGmbHs öffentliche Aufgaben wahrnehmen (Betreiben eines Kindergartens etc.).

Im Unterschied zur Gründung eines Vereins oder einer Genossenschaft ist für die Gründung einer gGmbH eine nicht unerhebliche Summe an Stammkapital Voraussetzung, die die Gesellschafter\*innen einbringen müssen (Stand 2020: 25.000 Euro). Hinzu kommt, dass diese Rechtsform vollständig dem Handelsrecht unterworfen ist, also reguläre Buchführung und Jahresabschlüsse erforderlich sind. Entsprechende Ressourcen und Kompetenzen sind vorzuhalten.

### **3.2.4 Lose Netzwerke**

Engagement tritt häufig auch in Form loser, geringfügig organisierter Strukturen auf. Die quantitative Erfassung dieser Form des Engagements gestaltet sich dadurch schwierig. Simonson, Vogel und Tesch-Römer geben in ihrer Studie an, dass anteilig mehr Frauen in individuell organisierten Gruppen engagiert sind (2017: 530) und sich Höhergebildete zu etwas höheren Anteilen in individuell organisierten Gruppen engagieren (ebd.).

Ein Beispiel für bürgerschaftliches Engagement in einem losen, nicht institutionalisierten Netzwerk für und in Quartieren ist die Ka!sern Initiative in Dortmund.

#### **Ka!sern Nachbarschaftsinitiative Dortmund**

##### *Ausgangslage, Motivation und Ziel*

Die Nachbarschaftsinitiative KA!SERN hat das Ziel, Aktivitäten im Dortmunder Kaiserviertel – gelegen in der östlichen Innenstadt – zu fördern. Seit 2018 wird ein Ladenlokal angemietet, in dem informelle Treffen im Rahmen nachbarschaftlicher, kultureller oder auch wissenschaftlicher Aktivitäten stattfinden können. Der Raum steht jedem offen und es finden auch regelmäßige Aktivitäten – auch außerhalb des Raumes – im Quartier statt. Hierzu zählen die Verschönerung eines Platzes oder auch regelmäßiges

Boule spielen. Ausgehend von einem langjährigen engen Freundeskreis hat sich die Initiative gegründet, um sich nicht nur zu Hause zu treffen, sondern den Kreis zu erweitern und Gemeinschaft vor Ort zu fördern. Es werden Quartiersspaziergänge organisiert, Informationsabende z.B. zu Gesundheitsthemen durchgeführt, Repair- und Näh-Cafés veranstaltet, Quartiersfeste organisiert etc. Die Initiative wurde für die Organisation eines Straßenfestes u.a. durch das Land NRW mit dem Heimatcheck über 2.000 Euro für das Engagement ausgezeichnet.

#### *Organisations- und Finanzierungsmodell*

Die Finanzierung des Raumes (Miete und Nebenkosten) erfolgt zum einen über den Kern der Akteure sowie durch die Unterstützung einiger Unternehmen in der unmittelbaren Nachbarschaft. Von einer Institutionalisierung wurde bisher abgesehen, es soll ein loser Verbund sein, der offen ist für alle Bürger\*innen.

#### *Wirkungen / Resümee*

Mit dem offenen Raum sowie den Aktivitäten im Quartier konnten Akteure gewonnen und die Gemeinschaft vor Ort gestärkt werden, auch wenn eine breitere Wirkung eher bei einzelnen Aktionen zu verzeichnen ist. Die Kernakteure haben bei ihrem Engagement so große Freude, dass sie bereit sind, den Raum weiterhin (zunächst wieder für ein Jahr) anzumieten und nach Anmeldung anderen zur Verfügung zu stellen. Das Engagement ist hier stark intrinsisch motiviert.

### 3.3 Chancen und Herausforderung für die Entwicklung von Organisationen gesellschaftlicher Dienste im Quartier

Die Best-Practice-Analyse sowie die Interviews mit ausgewählten Unternehmer\*innen und engagierten Bürger\*innen haben die Vielfalt der Themen und Organisationsformen aufzeigen können. Viele der Initiativen entstanden aufgrund eines Problemdrucks, z.B. des (drohenden) Verlusts einer Dienstleistung, wie in Hülsenbusch oder in Jülich. Die Motivation des Engagements besteht in der konkreten Versorgungslücke. Eine weitere zentrale Ausgangslage bildet vermehrter Leerstand bzw. drohender Verfall oder aber der Verkauf einer besonderen Immobilie. Dies kann, wie in Münster, auch mit einem aktiven Engagement gegen die Stadtentwicklungspolitik gekoppelt sein. Eine weitere Motivation liegt im Wunsch nach einer stärkeren Nachbarschaft und einer Gemeinschaft, wie im Fall Dortmund im Kaiserviertel. Bei der Motivation liegen häufig Eigeninteressen und Gemeinwohlorientierung nahe beieinander (vgl. Faller et al. 2019; Langguth et al. 2015).

Auch die Akteurskonstellation unterscheidet sich zwischen den verschiedenen Initiativen. Häufig gibt es jedoch einen kleinen Kern an Bürger\*innen, die die Initiativen anstoßen und federführend koordinieren und bearbeiten. Diese Akteure bringen überdurchschnittlich viele zeitliche und auch fachliche Ressourcen ein. Zum Teil suchen sich die Bürger\*innen fachliche Unterstützung, häufig ist es jedoch ein „Learning by Doing“: Viele lesen sich notwendiges Fachwissen an. Dies bedeutet aber auch, dass diese qualifikatorischen und sozialen Kompetenzen bei den Akteuren grundsätzlich vorhanden sein müssen. Je größer das Vorhaben wird, desto mehr sind die Akteure auf professionelle Strukturen und Qualifikationen angewiesen. Neben dem hauptverantwortlichen Kernteam, ist für den langfristigen

Betrieb der Dienstleistungen eine breitere Basis an Engagierten notwendig, um dauerhafte Belastungen Einzelner zu vermeiden und eine optimierte Arbeitsteilung mit breitem Angebot, wie ausreichend lange Öffnungszeiten eines Geschäfts, einer Kneipe etc., zu ermöglichen. Hierzu sind weitere zeitliche Ressourcen, etwa für Öffentlichkeitsarbeit und die Akquise weiterer Mitglieder notwendig. Neben den Bürger\*innen spielen die Kommune sowie Wohnungsgesellschaften immer wieder eine wichtige Rolle. Zudem unterstützen auch lokale Unternehmen die Initiativen u.a. durch die Bereitstellung von Fachwissen und Personal, Sach- oder Geldspenden.

Die Best-Practice-Analyse hat weiterhin aufzeigen können, dass es keine einheitliche Organisationsform bei der Umsetzung von Vorhaben zur Quartiersentwicklung gibt. In der Mehrheit werden diese sehr pragmatisch an die bestehenden Anforderungen und Rahmenbedingungen angepasst. Oftmals entwickelt sich ein Finanzierungs- und Organisationsmix aus öffentlichen Förderungen, Spenden sowie betriebswirtschaftlich rentierlichen Diensten. Dementsprechend werden die Organisationsformen gewählt: eingetragene Vereine für die gemeinwohlorientierten Dienste, Genossenschaften oder gGmbH für die eher marktwirtschaftlich rentierlichen Dienste. In einem der Unternehmer\*inneninterviews wurde angemerkt, dass die Gründung einer Genossenschaft mit viel Aufwand verbunden ist und ohne kommunale Unterstützung für die Gründer\*innen aus zeitlichen Ressourcen kaum möglich gewesen wäre. Laut einer Sonderauswertung des ZiviZ-Surveys (Primer et al. 2015) verfügen die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen über wenig finanzielle Ressourcen, wobei es hier deutliche Unterschiede zwischen den gewählten Rechtsformen gibt: So verfügt über die Hälfte der eingetragenen Vereine über jährliche Einnahmen von bis zu 10.000 Euro, die zumeist durch Mitgliedsbeiträge oder Spenden erworben werden. Genossenschaftsmodelle erwirtschaften mehrheitlich jährliche Einnahmen in Höhe von 100.000 bis zu 1 Millionen Euro und auch gGmbHs erwirtschaften in mehr als der Hälfte der Fälle mehr als 1 Millionen Euro jährlich. Hier spielen selbsterwirtschaftete Mittel die größte Rolle. Die im Rahmen des Projektes KuDeQua untersuchten Vereine haben mehrheitlich auf kleinere Förderpöfpe, z.B. Quartiers- oder Stadtteifonds, zurückgegriffen, um einzelne Projekte zu realisieren. Für die Beantragung wird Expertise benötigt, die sich die Engagierten zunächst aneignen müssen. Netzwerke sowie zeitliche und personelle Ressourcen sind hierfür unabdingbar. Der Balanceakt zwischen ehrenamtlichen Engagement in zunächst losen Zusammenschlüssen und dem Aufbau professioneller Strukturen bei größeren Vorhaben kann sich für die Betroffenen sowohl zeitlich, personell, finanziell als auch im Hinblick auf die notwendige Expertise herausfordernd darstellen.

Viele der Beispiele für bürgerschaftlich getragene Dienstleistungsmodelle finden sich in ländlichen, oftmals dünnbesiedelten Regionen, wo der Handlungsdruck aufgrund fehlender Infrastruktur besonders hoch ist. In den städtischen Räumen sind es mehrheitlich leerstehende Immobilien bzw. fehlende kulturelle Angebote, an denen sich das Engagement ausrichtet. Auch wenn in städtischen, struktur- und sozial schwachen Quartieren Versorgungslücken entstehen, ist dies nicht automatisch ein Auslöser für bürgerschaftliches Engagement: Zum einen ist aufgrund der Nähe zu anderen Diensten die Sorge einer Versorgungslücke nicht so hoch wie in ländlichen, dünn besiedelten Räumen. Zum anderen fehlen engagierte Kümmernde, die die Initiative ergreifen und über ausreichende Kompetenzen verfügen. Zudem fehlt oftmals auch eine breite Bürgerschaft, die die Modelle mittragen kann. Eine höhere Fluktuation in der Nachbarschaft mit durchmischten Milieus führt zu geringerem Gemeinschaftsgefühl und einem Mangel an nachbarschaftlichen Aktivitäten. In verschiedenen Studien konnte bereits der Zusammenhang zwischen strukturschwachen Räumen und bürgerschaftlichem Engagement gezeigt werden (Simonson, Labigne, Krimmer 2017 Prognos, Generali Deutschland 2009). Die Aktivierung der Bür-

gerschaft ist hier nur sehr schwer möglich. Vor dem Hintergrund, dass gemeinwohlorientierten Initiativen in der Quartiersentwicklung eine zunehmende Rolle als „Neue Partner für die Quartiersentwicklung“ zugeschrieben wird (BMI 2019), muss das Handeln der Kommune hier sehr viel stärker initiiierend, koordinierend und dauerhaft begleitend ausgerichtet sein.

## 4 Finanzierungsmodelle gesellschaftlicher Dienste im Quartier

Gesellschaftliche Dienste im Quartier weisen sehr unterschiedliche Organisationsmodelle auf: klassische auf Rekapitalisierung ausgerichtete Unternehmen, Sozialunternehmen oder bürgerschaftlich getragene Modelle. Sie unterscheiden sich in ihrem Entstehungskontext, der sozialen Werteorientierung und der Marktfähigkeit des Vorhabens, die den Zugang zu ggf. erforderlichem Kapital definiert. Auch die Finanzierungsmodelle gesellschaftlicher Dienste variieren in Abhängigkeit von der gewählten Organisationsstruktur und dem Grad der Rentierlichkeit des Vorhabens, der zu einem großen Teil den möglichen Finanzierungszugang und die damit verknüpften Anforderungen an das Vorhaben und die Antragstellenden bestimmt. Marktwirtschaftlich rentierliche (z.B. Supermärkte der Nahversorgung) oder schwach rentierliche (z.B. ein Quartierscafé mit Nachbarschaftsladen) sowie nicht rentierliche (z.B. Multifunktionshäuser oder Begegnungsstätten) gesellschaftliche Dienste haben nicht nur unterschiedliche Finanzierungszugänge und Anforderungen an das Vorhaben. Sie unterscheiden sich auch insbesondere dadurch, dass Beratung und Finanzierung rentierlicher Vorhaben objektbezogen auf das Unternehmen, vorhabenbezogene Zuschussförderung aus der Städtebauförderung bzw. Dorferneuerung dagegen immer kontextual raumbezogen erfolgt.

### 4.1 Finanzierungszugänge und -angebote

Das klassische Unterstützungs- und Förderregime für Unternehmensgründungen bei Fragen der Finanzierung und Förderung bezieht sich i.d.R. auf marktwirtschaftlich rentierliche Vorhaben. Schwach rentierliche Vorhaben haben in Abhängigkeit von Bonität und Sicherheiten einen schwierigeren Zugang zu Finanzierungsmitteln (Fremdkapital, Eigenkapital). Auch fehlen Förderprogramme für diese Art der Vorhaben. Für Vorhaben, für die aufgrund der Unrentierlichkeit keine Darlehen gewährt werden, gibt es Förderprogramme mit Zuschüssen, bei denen die Unrentierlichkeit und ein nicht vorhandener Förderzugang zu anderen Förderprogrammen Voraussetzung sind. In Nordrhein-Westfalen wie auch in allen anderen Bundesländern wurde in den letzten Jahren eine Förderkulisse etabliert, die es auch Stiftungen und im Ehrenamt engagierten Personen ermöglicht, Zuschüsse zu beantragen. Auch in anderen Bundesländern wie z.B. in Baden-Württemberg gibt es ein Förderangebot vom Land zur Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements und der Zivilgesellschaft.

#### 4.1.1 Finanzierungsangebote für rentierliche Vorhaben

Sofern Gründer\*innen auf externes Kapital angewiesen sind, stehen diesen drei mögliche Zugänge zur Verfügung:

1. Klassische Bankprodukte
2. Finanzierungsangebote ohne Geschäftsbank: Mikrofinanzierung, NRW.BANK.Mikrodarlehen, spenden- oder gegenleistungsbasiertes Crowdfunding,

### 3. Unterstützung aus sozialen Sicherungssystemen: Gründungszuschuss (SGB III; Bundesagentur für Arbeit), Einstiegsgeld (SGB II; Jobcenter).

(1) Bei den klassischen Bankprodukten ist die Geschäftsidee und deren Marktperspektive in einem Businessplan darzulegen. Zudem müssen die Kreditnehmenden Sicherheiten, ein werthaltiges Äquivalent für die Kreditschulden, hinterlegen. Die Beantragung klassischer Bankprodukte erfolgt i.d.R. über die örtlichen Finanzinstitute im Hausbankenverfahren.

(2) Kleinstunternehmen sowie Klein- und Mittelunternehmen benötigen häufig nur kleinere Kreditsummen unter 25.000 Euro deren Beantragung im Hausbankenverfahren häufig schwierig ist (Meißner et al. 2009). Im Jahr 2010 wurde hierfür der Mikrokreditfonds Deutschland vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) aufgesetzt, um einen Kapitalzugang bei Summen unter 25.000 Euro zu ermöglichen. Bundesweit ermöglichen 21 Mikrofinanzinstitute (Stand 06/2020) Gründer\*innen einen Kapitalzugang ohne Bank. Eine andere Möglichkeit, den Kleinstunternehmen einen Zugang zur Mikrofinanzierung zu ermöglichen, besteht in der Ausstattung eines regional tätigen Mikrofinanzierungsinstituts mit zusätzlichem Eigenkapital, um hiermit Firmengründer\*innen aus der Region einen exklusiven Zugang zur Mikrofinanzierung zu ermöglichen (Sparkasse Vest 2017). Auch die Inanspruchnahme von Mikrofinanzierungskrediten bedarf eines schlüssigen Kosten- und Finanzierungskonzeptes und die Bereitstellung von Sicherheiten. Das NRW.BANK.Mikrodarlehen vergibt die Kredite ausschließlich auf der Grundlage des Geschäftskonzeptes, um insbesondere Antragsteller\*innen mit einem schwierigen Kapitalmarktzugang zu fördern. Die Landesförderbanken aus Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg bieten als neues Förderprodukt die Mikrocrowd an, bei denen sie Existenzgründer\*innen beim Sammeln von Startkapital über die Crowdfunding-Plattform StartNext unterstützen und gleichzeitig ein zusätzliches Darlehen anbieten.

(3) Antragsteller\*innen für das Einstiegsgeld nach § 16, Absatz 3, SGB II (Leistungsbeziehende des SGB II) bzw. für den Gründungszuschuss (Bezieher\*innen von Arbeitslosengeld nach SGB III) müssen zwar keine Sicherheiten hinterlegen, aber auch hier ist die Vorlage eines schlüssigen Geschäftskonzeptes Grundlage für die Bewilligung der Leistungen.

Das Unterstützungsangebot von Kommunen und beratenden Institutionen für rentierliche Vorhaben ist auf das Unternehmen bzw. die Unternehmensgründung ausgerichtet. Bei der Bewertung der Marktfähigkeit können meistens keine räumlichen Aspekte, wie bestimmte Bedarfslagen im Quartier, berücksichtigt werden. Kommunale Finanzierungsinstitute mit einem Filialnetz in den Stadtteilen können hierbei aufgrund der kleinräumigen Kenntnisse vor Ort andere Bewertungsmaßstäbe einfließen lassen.

#### **4.1.2 Finanzierungsangebote für schwach rentierliche Vorhaben**

Wie in Kapitel 2.3 dargestellt wurde, gibt es Bedarfe an Angeboten im Quartier, die auf dem freien Markt kaum bestehen können oder nur einen geringen Ertrag erzielen, die jedoch eine wichtige Integrationsrolle im Quartier einnehmen können. Schwach rentierliche Unternehmungen haben häufig einen schwierigen Kapitalmarktzugang, insbesondere dann, wenn Sicherheiten und Bonitätsnachweise fehlen. Mit dem Instrument des Stadtentwicklungsfonds (SEF) sollen mit der Einbindung von privaten Geldern kreditbasierte und auf unternehmerisches Engagement setzende Projekte gefördert werden

(vgl. Nischwitz 2019). Der Fondscharakter des Finanzinstruments generiert Kapitalrückflüsse aus Garantiegebühren, Darlehenszinsen und -tilgung und sichert damit einen Kapitalstock und eine dauerhafte Finanzquelle. Die Finanzierung von Vorhaben und Unternehmungen kann in Form von Darlehen, Garantien / Bürgschaften und Eigenkapitalbeteiligungen erfolgen (BMVBS 2011). Dabei müssen *„die geförderten Projekte [...] zur nachhaltigen Entwicklung beitragen, d.h. positive externe Effekte („Stadternditen“) erzielen.“* (BMVBS 2011: 11)

In Deutschland wurde die JESSICA-Initiative (Joint European Support for Sustainable Investment in City Areas – Gemeinsame europäische Unterstützung für Investitionen zur nachhaltigen Stadtentwicklung)<sup>13</sup> über ein ExWoSt-Forschungsfeld mit fünf Modellvorhaben unterstützt, wovon vier Länder in der Förderperiode 2007 bis 2013 einen SEF umgesetzt haben. Nordrhein-Westfalen hat auf der Grundlage einer Bedarfsanalyse (NRW.URBAN et al. 2014) auch in der anschließenden Förderperiode (2014-2020) mit dem EU / NRW.BANK.Stadtentwicklungskredit als einziges Bundesland einen landesweiten Fonds aufgesetzt. Auf der Ebene der Kommunen gilt die Umsetzung von revolving Fonds als schwierig: *„Die eigenständige Implementierung eines revolving Finanzinstruments auf der kommunalen Ebene erscheint mit kaum überbrückbaren Hemmnissen verknüpft zu sein.“* (Nischwitz 2019: 101). Kommunale Fonds bieten die Möglichkeit, kleinräumige Bedarfslagen zu berücksichtigen und gezielt Vorhaben in ausgewählten Quartieren zu unterstützen.

### **Beispiel Nordhand eG**

Durch die Teilnahme am Modellversuch Mikrofinanzierung hat sich in Dortmund mit der Nordhand eG ein genossenschaftliches Modell zur Unterstützung der lokalen Ökonomie etabliert. Die Gründung erfolgte im Jahr 2006 im Rahmen eines durch URBAN II finanzierten Modellprojektes in der Dortmunder Nordstadt. Eine Mitgliedschaft ist in Abhängigkeit von den privaten und wirtschaftlichen Verhältnissen des Unternehmers möglich. Die Finanzierung erfolgt über die Zeichnung von Genossenschaftsanteilen, einem monatlichen Mitgliedsbetrag und dem Ansparen von Kreditansprüchen, ähnlich dem Modell der Bausparkassen. Mitglieder dieser Genossenschaft erhalten kostenlose Beratung in allen betriebswirtschaftlichen Basisfragen. Dazu zählen die Gründungs- und Unternehmensberatung sowie die Beratung zu Förderprodukten. Als akkreditiertes Mikrofinanzinstitut können so für Mitglieder der Genossenschaft Mikrokredite des Mikrokreditfonds Deutschland beantragt werden, der flexibler und zeitnaher kleine Kreditsummen zur Verfügung stellen kann. Da die Mitglieder der Genossenschaft wirtschaftlich eher schwach aufgestellt sind, ist die Ansammlung von hohem Stammkapital schwierig. Dadurch gefährdet jeder Kreditausfall die Funktionsfähigkeit des Modells.

Die Gründung der Nordhand eG als Mikrofinanzierungsinstitut für Dortmunder Gründer\*innen profitierte davon, dass durch die Teilnahme am ExWoSt-Modellversuch Gründungskapital zur Verfügung gestellt wurde. Auch die kontinuierliche Teilnahme und Begleitung der Nordhand eG durch Mitarbeiter\*innen der Wirtschaftsförderung der Stadt Dortmund hat dazu beigetragen, dass sich dieser innovative Beratungs- und Unterstützungsansatz über die räumliche Keimzelle der Nordstadt hinaus in Dortmund etablieren konnte.

---

<sup>13</sup> <https://www.eib.org/de/products/blending/jessica/index.htm> (05.08.2020)

### 4.1.3 Finanzierungsangebote für unrentierliche Vorhaben

Einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung von Quartieren und dessen positiver (Weiter-)Entwicklung leisten Vorhaben aus dem unrentierlichen Bereich, z.B. gemeinwohlorientierte Ansätze. Wachsende sozioökonomische Disparitäten innerhalb von Städten (vgl. Neu 2007), zunehmende Unterstützungsbedarfe im Quartier und unzureichende investive Ressourcen der Kommunen auf der einen Seite sowie eine hohe intrinsische Motivation (Visionen, Ideen, Selbstverwirklichung, alternative Lebenskultur) von Privatpersonen auf der anderen Seite, führen zu einer wachsenden Bedeutung gemeinwohlorientierter Ansätze im Hinblick auf die Vorhaltung gesellschaftlicher Dienstleistungen im Quartier. Klassische Finanzierungszugänge sind diesen Vorhaben i.d.R. verschlossen. Eine Möglichkeit, insbesondere im Hinblick auf die Anschubfinanzierung, bilden hier Förderprogramme und / oder eine Finanzierungsübernahme durch die Kommunen. Bei der Einwerbung von zuschussbasierten Fördergeldern hat die Kommune häufig eine rahmengebende Rolle. Bei maßgeblichen Förderprogrammen, wie der Städtebauförderung oder Dorferneuerung, bei denen Fördermittel für unrentierliche Vorhaben beantragt werden können, erstellt die Kommune die notwendigen, teils umfangreichen Unterlagen für den Förderantrag. Mit dem Bund- / Land-Programm der Städtebauförderung können Gemeinbedarfs- und Folgeeinrichtungen (MBV NRW 2008) gefördert werden. Sie bieten mit den Fördertatbeständen, wie dem Umbau für Zwischennutzungen, Erstausrüstung von Geschäftsräumen, Förderung von Mieten und Pachten, u.a. Ansatzpunkte, eine Möglichkeit, die lokale Wirtschaftsentwicklung und / oder den lokalen Arbeitsmarkt zu unterstützen (vgl. Hahne 2019). Auch die Förderbestimmungen der Dorferneuerung eröffnen die Möglichkeit der Sicherung der Grundversorgung, z.B. über dorfgemäße Gemeinschaftseinrichtungen, Einrichtungen für Basisdienstleistungen und Mehrfunktionshäuser (vgl. MHKGB 2020).

Da sich bei vielen geförderten Projekten große Herausforderungen bei der Verstetigung nach Ablauf der Projektzeit ergeben, legt die Zuschussförderung großen Wert auf die Entwicklung von tragfähigen Geschäftsmodellen. So sind z.B. im Förderprogramm der Dorferneuerung bei der Förderung von Einrichtungen für lokale Basisdienstleistungen eine Markt- und Standortanalyse sowie eine Bedarfs- und Wirtschaftlichkeitsbetrachtung darzulegen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat, wie die meisten anderen Bundesländer auch, verschiedene Förderprogramme entwickelt, mit denen insbesondere auch zivilgesellschaftliche Vorhaben gefördert werden sollen. Mit dem Programm „Initiative ergreifen“ (länderspezifisches Ergänzungsprogramm zur Städtebauförderung) wird die Zusammenarbeit von Kommunen und Initiativen gestärkt, indem bürgerschaftlich getragene Vorhaben in einem Stadterneuerungsgebiet mit dem Ziel gefördert werden, wirtschaftlich tragfähige Strukturen zu schaffen (MHKGB.NRW 2020). Auch mit dem Förderprogramm „Heimat.Zukunft.Nordrhein-Westfalen“, das die fünf Elemente Heimat-Scheck, Heimat-Preis, Heimat-Werkstatt, Heimat-Fonds und Heimat-Zeugnis enthält, fördert die Landesregierung ehrenamtliches Engagement und Unterstützungsstrukturen vor Ort (MHKGB.NRW 2020). Das Förderprogramm „Dritte Orte - Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“ eröffnet in der definierten Gebietskulisse des ländlichen Raums einen Zugang zu Kunst, Kultur und kultureller Bildung, indem bestehende oder neue Kultureinrichtungen als Orte der Begegnung und des Zusammenhalts entwickelt werden. Das durch Mittel des Europäischen Sozialfonds und Bundesbauministerium finanzierte Bundesprogramm „BIWAQ – Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier“ fördert Projekte zur Integration in Arbeit und zur

Stärkung der lokalen Ökonomie und verbessert somit die Teilhabechancen der Bewohner\*innen in strukturschwachen Quartieren.<sup>14</sup>

Damit wird deutlich, dass Kommunen im Fördergeflecht der Zuschusslandschaft eine hohe Bedeutung bei der Einwerbung eigener kommunaler Gelder und für an Bürgervereine, Stiftungen u.a. weitergeleitete Gelder haben. Das Engagement und das Geschick des kommunalen Handelns bestimmen den Erfolg der Fördermittelakquise auch für Dritte. Durch Förderzuschüsse finanzierte Vorhaben haben durch die definierten räumlichen Gebietskulissen einen unmittelbaren Bezug zu den besonderen Bedarfslagen im Untersuchungsraum. Zudem wird die Erstellung von Tragfähigkeits- und Organisationskonzepten immer bedeutsamer, für die geeignete Governance-Strukturen und Finanzierungsmodelle gefunden werden müssen.

#### **4.1.4 Alternative Finanzierungszugänge**

Die Finanzierung von Unternehmen im Kontext der lokalen Ökonomie ist, etwa aufgrund fehlender Bonität oder ungewöhnlicher Geschäftsideen, vielfach schwierig. Insbesondere für klein- und mittelständische Existenzgründungen, aber auch für neuartige und damit risikoreichere Gründungsideen, kann über alternative Finanzierungszugänge notwendiges Kapital eingeworben werden. Dies trifft auch auf gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier zu, für die es einen Bedarf gibt, die jedoch aufgrund vielfältiger Faktoren (Gemeinwohlorientierung, soziale Ausrichtung etc.) keine oder kaum Rentierlichkeit aufweisen. Vor allem für gemeinwohlorientierte Ansätze in der Quartiersentwicklung durch Initiativen (z.B. lose zivilgesellschaftliche Verbände, weder staatliche noch nicht staatliche Institutionen, die eine Liegenschaft oder Immobilie zu gemeinwohlorientierten Zwecken und / oder Absichten und/ oder Wirkungen bewirtschaften) oder zivilgesellschaftliche Organisationsformen (Vereine, Verbände, Stiftungen, Netzwerke etc.) werden alternative Finanzierungszugänge immer wichtiger. So verschränken sich im Kontext sozialer Dienstleistungen im Bildungs- und Kulturbereich zunehmend staatliche, marktwirtschaftliche und zivilgesellschaftliche Komponenten, für die neue Lösungen zur Finanzierung und Organisation gefunden werden müssen (Faller et al. 2019).

Wichtige Ansätze alternativer Finanzierungszugänge sind

- das Einwerben von Spenden, z.B. über Stiftungen,
- das Einwerben von kredit-, gegenleistungsbasierten oder spendenbasierten Geldern aus dem Crowdfunding,
- die Bürgeraktie zusammen mit der Sparkasse und die
- Gründung einer Sozialgenossenschaft.

Stiftungen sind private Geldgeber mit unterschiedlichen Unterstützungsansätzen, die zum Großteil (80 %) fördernd tätig sind, aber auch fördernd und / oder operativ und / oder als Träger\*innenstiftung tätig sein können (vgl. Nelle et al. 2019). Die Stiftungen definieren Stiftungszwecke, die eine große Bandbreite von Kunst, Kultur, sozialem Wohnen, Umwelt u.v.m. aufweisen. Sie engagieren sich zu 74%

---

<sup>14</sup> [https://www.biwaq.de/BIWAQ/DE/Home/home\\_node.html](https://www.biwaq.de/BIWAQ/DE/Home/home_node.html)

ausschließlich lokal oder regional. Drei von vier Stiftungen geben unter 100.000 Euro p.a. aus, der Median der Stiftungsausgaben liegt bei 26.600 Euro pro Jahr (ebd.: 21).

Eine weitere Möglichkeit der Finanzierung ist das Crowdfunding. Die meisten Crowdfunding-Projekte werden ohne aktive Beteiligung einer Kommune durchgeführt. Projektinitiator\*innen sind zumeist Bürger\*innen, Vereine und Stiftungen. Jedoch kann die Kommune in Bezug auf Crowdfunding verschiedene Rollen einnehmen: Schirmherrin, Wegbereiterin, Plattform oder Gestalterin für Projekte Dritter (vgl. Fraunhofer Zentrum IMW 2019). Angesichts eines niedrigen Zinsniveaus und der Notwendigkeit, eine Bank einzubinden, ist ein kreditbasiertes kommunales Crowdfunding unrealistisch. Zudem bedarf es der Einbindung einer Bank, da nach dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG) für die Durchführung von Finanzdienstleistungen eine Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) notwendig ist, die Kommunen per se nicht erhalten. Es existieren viele verschiedene Plattformen auch für gegenleistungs- oder spendenbasiertes Crowdfunding. Ein Beispiel dafür ist die Plattform „Kommunales Crowdfunding“<sup>15</sup>, die vom Verband Kommunaler Unternehmen (VKU) bereitgestellt wird.

Die Bürgeraktie ist eine niederschwellige Form der direkten Bürgerbeteiligung und verfolgt mit den Prinzipien der Partizipation und Nachhaltigkeit gemeinwohlorientierte Ziele. Allerdings gibt es nur wenige kommunale Beispiele der Finanzierung eines gemeinwohlorientierten Quartiersprojekts mittels Bürgeraktie, etwa die Stiftung Bürgerengagement Saar (SBS), die mit zwei Partnern aus der Finanzwirtschaft – der Sparkassen-Finanzgruppe und der Bank 1 Saar – die „Bürgeraktie für Kunst und Gemeinwohl“ aufgesetzt hat. Wesentlich häufiger finden sich Genossenschaftsgründungen als „Schwarmfinanzierung“ vieler Akteur\*innen, um quartiersrelevante Infrastruktur, wie einen Dorfladen, ein Dorfgemeinschaftshaus oder Unterstützungsangebote für ältere Menschen, als Dienstleistung zu etablieren. Die Entwicklung solcher Sozialgenossenschaften hat in den vergangenen Jahren an Bedeutung gewonnen (vgl. Klemisch, Vogt 2012: 19). Neugründungen entstehen *„gerade durch bürgerschaftliches Engagement und aus Gemeinwohlmotiven heraus“* und sie können *„ihre Stärken gerade in solchen Bereichen beweisen, in denen lokale gesellschaftliche Akteure ihre Kräfte bündeln und gemeinsam auf ein Ziel hinarbeiten möchten“* (ebd.: 8).

Der Überblick zu den verschiedenen Förder- und Finanzierungszugängen für Vorhaben gesellschaftlicher Dienstleistungen im Quartier verdeutlicht, dass es für rentierliche, schwach rentierliche und unrentierliche Vorhaben Möglichkeiten gibt, im Bedarfsfall Kapital zu akquirieren. Die mit alternativen Finanzierungen entwickelten Vorhaben haben häufig einen Quartiersbezug wie z.B. Dorfläden, Orte der Begegnung oder Multifunktionshäuser. Auch die alternativen Finanzierungsangebote können einen räumlichen Bezug aufweisen, wenn z.B. Spender\*innen direkt aus dem Quartier kommen. Die Beantragung der verschiedenen Förder- und Finanzierungszugänge unterscheidet sich hinsichtlich der Anforderungen an das Vorhaben und der Gründer\*in.

## 4.2 Finanzierungsmöglichkeiten: Anforderungen an Vorhaben und Gründer\*innen

Die Umsetzung von Vorhaben zur Sicherung der Daseinsvorsorge kann durch privatwirtschaftlich agierende Unternehmensgründer\*innen oder durch zivilgesellschaftliche Akteure erfolgen, an die bei der

---

<sup>15</sup> <https://www.kommunales-crowdfunding.de/>

Inanspruchnahme von Förder- oder Finanzierungsinstrumenten dieselben Anforderungen gestellt werden. Die Wahl eines Finanzierungszugangs für Vorhaben gesellschaftlicher Dienste im Quartier hängt neben den wirtschaftlichen (Grad der Rentierlichkeit) auch von den formalen (Unterlagen, Nachweise, Qualifizierungen) Anforderungen des Finanzprodukts an das Vorhaben bzw. den Antragsteller\*innen ab. Die Finanzierungsangebote unterscheiden sich zudem hinsichtlich der Zielgruppe (Antragsberechtigte), der Flexibilität, der Einbindung Dritter, der Zeitdauer und der Komplexität sowie des Unterstützungsangebotes.

#### **4.2.1 Anforderungen an rentierliche Vorhaben**

Rentierlichen Vorhaben stehen verschiedene Möglichkeiten der Kapitalbeschaffung in Form von (Förder-)Krediten zur Verfügung, die sich hinsichtlich Geldgeber, der Art der Beantragung und der Fördermodalitäten (Höhe der Kreditsumme, Zinsen, Laufzeiten, tilgungsfreie Zeit) unterscheiden. Das ERP-Startgeld (KfW) wird als zinsgünstiges Finanzierungsangebot bei der Unternehmensgründung im Hausbankenverfahren angeboten. Neben einem schlüssigen Businessplan ist insbesondere der Eindruck von der Gründerperson mit Blick auf deren Bonität, Sicherheiten und familiären Hintergrund als auch den Beweggrund der Gründung ausschlaggebend. Der von der KfW selbst formulierte Hinweis möglicher restriktiver Haltung von Finanzinstituten bei der Vermittlung dieses Förderproduktes konnte für Dortmund nicht bestätigt werden. Die befragten Finanzinstitute sehen in der Vermittlung eines eher kleinen Kredits mit geringen Margen die Möglichkeit, eine längerfristige Geschäftsbeziehung aufzubauen.

Die Beratung und Antragstellung für Mikrokredite erfolgt über Mikrofinanzierungsinstitute, von denen es bundesweit 21 und drei in Nordrhein-Westfalen gibt, davon eines in Dortmund (Nordhand eG). Auch beim Mikrokredit sind Businessplan und Sicherheiten wichtig, ebenso wie die beantragende Gründerpersonlichkeit. Neben einer unkomplizierten Online-Beantragung (dnt Duisburg) erfolgt ein persönliches Gespräch. Businesspläne dürfen eine persönliche Handschrift haben, es gibt keine festgelegte formale Vorlage. Trotz des höheren Zinssatzes wird der Mikrokredit wegen des weniger komplizierten Antragsverfahrens und der schnelleren Bearbeitung von vielen Nachfragenden lieber benutzt als das ERP-Startgeld oder das NRW.BANK.Mikrodarlehen.

Letzteres wird bei zweistufigem Verfahren in einem ersten Schritt bei den Startercentern beantragt. Die durch die Startercenter als förderfähig eingestuften Anträge prüft die Landesförderbank (NRW.BANK) und erteilt bei positiver Votierung eine Bewilligung. Das NRW.BANK.Mikrodarlehen ist ein wichtiger Baustein in der Förderlandschaft, da keine Darlegung von Sicherheiten notwendig ist und somit eine Zielgruppe erreicht wird, die ansonsten keinen Zugang zum Kapitalmarkt hat.

Die erfolgreiche Inanspruchnahme von Förderprogrammen hängt somit von folgenden formalen Anforderungen ab:

- Beschreibung des Vorhabens und dessen Marktfähigkeit in einem Businessplan. Hier werden die Zielgruppen, eine Marktanalyse, die Wettbewerbssituation, Standort, Gründerperson, Partner\*innen, Vertriebswege und Kund\*innenbindung sowie Umsätze, Kosten, Kapitalbedarf und Finanzierung, Rentabilität, Liquidität und Rechtsform dargestellt.

- Gründerperson: Der Aspekt der Gründerpersönlichkeit spielt vor allem in Direktgeschäften eine wichtige Rolle und damit insbesondere bei kommunalen Finanzinstituten, die teils mit Filialen in den Stadtteilen vertreten sind.
- Kaufmännische Kompetenz: Qualifikationen, z.B. über Fortbildungen bei der IHK oder Wirtschaftsförderung, Führungserfahrung, Erfahrung im Vertrieb.
- Fachliche Kompetenz: Ausbildung, Branchenkenntnis und Berufserfahrung.
- Nachweis von Sicherheiten und Bonitäten. Nur beim NRW.BANK.Mikrodarlehen entfällt diese Anforderung.

Die Finanzierung über Mikrokredite, die bei akkreditierten Mikrofinanzinstituten beantragt werden, weist die größte Flexibilität bei der Beantragung von Kleinstkrediten auf, da eigene und nicht standardisierte (Risiko-)Bewertungen des Vorhabens und des Antragstellers („Nasenprinzip“) zugrunde gelegt werden können. Das in Nordrhein-Westfalen über die Startercenter zu beantragende und von der Landesförderbank (NRW.BANK) zu bewilligende Mikrodarlehen verzichtet ganz auf den Nachweis von Sicherheiten und Bonitäten, der Zugang basiert allein auf der Bewertung des einzureichenden Businessplans. Antragsberechtigt sind Unternehmer\*innen und Existenzgründer\*innen.

Auch der Gründungszuschuss und das Einstiegsgeld von der Bundesagentur für Arbeit und dem Jobcenter benötigen zur Bewilligung ein schlüssiges Konzept. Beide Leistungen werden als Zuschuss ohne Rückerstattungsanspruch an Gründer\*innen gezahlt. Die Gründerperson und deren fachliche und kaufmännische Qualifikationen werden bei der Bewilligung berücksichtigt.

Dass es für Unternehmensgründungen rentierlicher Vorhaben mit dem KfW-Startgeld, dem NRW.BANK.Mikrodarlehen und der Mikrofinanzierung eine Vielzahl von Finanzierungsansätzen gibt, wurde in den Expert\*innengesprächen mit institutionellen Multiplikator\*innen aus der Beratungsszene bestätigt. Hierfür müssen die Voraussetzungen des jeweiligen Programms erfüllt werden. Das Mikrodarlehen in NRW wird von den befragten Startercentern teils als wenig flexibel und in der Beantragung als sehr formal beschrieben. Der Nachweis beruflicher Qualifikation gemäß Förderrichtlinie sei nicht immer zielführend und die geforderten Bankennachweise nicht immer beizubringen. Für Unternehmer\*innen und / oder Gründer\*innen sind – insbesondere bei geringeren Kreditsummen – geringere formale Anforderungen, Flexibilität und Ermessensspielräume wichtiger als das Zinsniveau. Hohe formale Anforderungen erschweren Personen mit Migrationshintergrund häufig die Antragstellung.

Im Experten-Workshop zur Betrachtung der Finanzlandschaft und Finanzierungsmöglichkeiten von Seiten der Anbieter\*innen haben die Teilnehmenden angemerkt, dass die derzeitigen Förderprogramme zu wenig die Gründerperson und -persönlichkeit berücksichtigen und zu sehr Cash-Flow-Berechnungen und Liquiditätskreisläufe bewerten. Hier sollten Förderprogramme stärker persönliche Kriterien berücksichtigen: „Mehr Beratung, weniger Businessplan, mehr Ich-glaube-Dir“.

In den Expert\*innengesprächen wurden auch die Hürden bei einer Unternehmensgründung sowie bei der Inanspruchnahme von Förder- und Finanzierungsinstrumenten thematisiert. Im Rahmen eines weiteren Expert\*innen-Workshops, welcher insbesondere die Herausforderungen auf der Nachfragerseite beleuchten sollte, wurde dieser Aspekt noch einmal aufgenommen und diskutiert, warum Gründungen im quartiersorientierten Dienstleistungsbereich, durch z.B. die lokale Wirtschaft, Einzelhandel, Sozialunternehmen, Non-Profit-Organisation, scheitern. Hier wurden folgende Aspekte genannt:

- Voraussetzung für eine erfolgreiche Gründung ist der Businessplan, mit dem die Marktfähigkeit der Geschäftsidee dargestellt wird: „Ohne einen auf dem Papier aussagekräftigen Businessplan wird es keinen Kapitalmarktzugang geben.“ (Expert\*innen-Workshop KuDeQua). Der Businessplan zeigt auf, wie und in welcher Form sich Gründer\*innen mit ihrer Idee beschäftigt haben. Darüber hinaus ist er Voraussetzung für eine mögliche Kreditvergabe und damit eine Sicherheit für die Bank. Die Anforderungen an den Businessplan sind auch wichtig, um Unternehmensgründer\*innen „vor einer zu leichten“ Verschuldung zu schützen. „Man muss manche Antragsteller auch vor sich selbst schützen“ war eine der zentralen Aussagen.
- Die Finanzierung kann zum Hemmnis werden, ist jedoch nicht der Hauptgrund des Scheiterns bzw. des Nichtgründens. Geringe Kenntnisse über die Selbstständigkeit an sich und die verschiedenen Institutionen und deren Aufgaben bilden Hürden in der Gründung. Auch fehlende Qualifikationen sind oftmals ein Problem, z.B. solche kaufmännischer Art.
- Im Vorfeld der Gründung erweist sich ein nicht vorausschauendes Denken in Bezug auf den Zeitplan als wesentliche Hürde. Während und nach der Gründung sind eine realistische (langfristige) finanzielle Ausstattung sowie die formalen Hürden wichtige Erfolgsfaktoren.
- Sprachliche Barrieren bei Menschen mit Migrationshintergrund und zum Teil fehlendes Verständnis migrantischer Ökonomie seitens der Beratung / Finanzinstitute bilden hier oftmals Barrieren bei einer möglichen Kreditvergabe.

#### **4.2.2 Anforderungen an schwach rentierliche Vorhaben**

Stadtentwicklungsfonds, kommunale Fonds oder Förderprogramme für schwachrentierliche Vorhaben existieren derzeit in NRW nicht. Die formalen Anforderungen bei der Beantragung entsprechen denen anderer Förderprogramme. Die Ausgestaltung dieses Finanzierungsinstruments obliegt den Initiator\*innen bzw. Anbieter\*innen dieses Förderansatzes, wozu neben den Finanzierungsmodalitäten auch die Festlegung von Antragsteller\*innen und Verwendungszweck zählen. Der NRW / EU-Stadtentwicklungskredit als Kredit für Träger\*innen von Stadtentwicklungsprojekten war als Finanzierungsinstrument in den Projektauftrag „Starke Menschen – Starke Quartiere“ des Landes NRW eingebunden, wodurch hohe formale Auflagen entstanden (vgl. Nischwitz 2019: 98 f.).

#### **4.2.3 Anforderungen an unrentierliche Vorhaben**

Bei unrentierlichen Vorhaben und Projekten, für die keine anderen Förderprogramme mit Investitionshilfen vorhanden sind, setzt die Städtebauförderung oder auch die Dorferneuerung in einem begrenzten Zeitraum, mit begrenzten Ressourcen, in einem begrenzten Gebiet wichtige Impulse zur Quartiersentwicklung. Eine Limitierung besteht darin, dass das geplante Quartiersprojekt innerhalb der Gebietskulisse liegen und eine inhaltliche Übereinstimmung zum Quartierskonzept vorhanden sein muss; die Zuschussförderung ist zudem befristet. Die Kommune fungiert als Antragstellerin und kann die Finanzmittel an Dritte weiterleiten. Das geplante Vorhaben muss im Rahmen einer Maßnahmenbeschreibung dargestellt und bei der Inanspruchnahme von Zuschüssen müssen regelmäßig Kosten- und Finanzierungsnachweise durch die Kommune erbracht werden, die die Bewilligungsbehörde prüft. Aus Sicht der Kommune beinhaltet die Weiterleitung von Städtebaufördermitteln auch immer ein gewisses Risiko, zum einen bzgl. der Umsetzung der eingereichten Vorhaben und der Abrufung der Mittel. Zum anderen muss sichergestellt sein, dass die Nachweise und Abrechnungen der Vorhabensträger\*innen

richtlinienkonform erbracht werden<sup>16</sup>. Bei Nichteinhaltung werden an die Kommune als Zuwendungsempfängerin Rückforderungen gestellt. Aus diesen Gründen findet seitens der Kommune i.d.R. eine genaue Prüfung von Vorhaben und Vorhabensträger\*in statt.

Bei der inhaltlichen und konzeptionellen Ausgestaltung der beantragten Vorhaben wird der Aspekt der nachhaltigen Tragfähigkeit der geförderten Projekte immer wichtiger. Im Rahmen der Diskussion um die Verstetigung der mit Fördermitteln angestoßenen Projekte wird auf die Bedeutung verwiesen, über den Förderzeitraum hinaus Strukturen zu entwickeln, um Prozesse und Projekte zu etablieren (vgl. Kamp-Murböck 2006; MWEBWV NRW 2011). Förderzuschüsse bieten große Potenziale für die Initiierung neuer Strukturen und Kooperationen im Quartier, jedoch brechen nach Beendigung der Förderlaufzeit oftmals die aufgebauten Strukturen weg, sofern es nicht gelingt, alternative Finanzierungswege aufzubauen.

Die großen Möglichkeiten für Impulse der Quartiersentwicklung, die mit Fördermaßnahmen aus der Städtebauförderung möglich sind, werden auch von den Bürger\*innen wahrgenommen. Positiv wahrgenommene Effekte aus Quartieren, in denen mit Fördermitteln städtebauliche und / oder soziale bzw. prozessuale Maßnahmen umgesetzt wurden, wecken teilweise Begehrlichkeiten von Bürger\*innen anderer Stadtteile. Auch in der Workshopreihe des Reallabors Marten (Kap. 5.2.1.) haben Teilnehmer\*innen vorgeschlagen, den Stadtteil Dortmund-Marten in die Städtebauförderkulisse aufzunehmen, u.a. mit dem Ziel, Gelder für einen Quartiersmanager\*in einzustellen. Die Vertreter\*innen der Stadtverwaltung verwiesen darauf, dass es in Dortmund bereits mehrere Gebietskulissen der Städtebauförderung für solche Quartiere gibt, die durch gravierende städtebauliche und soziale Missstände gekennzeichnet sind. Im Stadtteil Marten liegen keine entsprechenden Indikationen vor.

#### **4.2.4 Anforderungen bei alternativen Finanzierungszugängen**

Die Nutzung alternativer Finanzierungszugänge wie Crowdfunding, Stiftungsgelder oder die Gründung einer Sozialgenossenschaft erfolgt häufig dann, wenn der Zugang zu klassischen Krediten und Förderprogrammen nicht möglich ist, z.B. wenn die Rechtsform nicht zum Antrag berechtigt oder keine banküblichen Sicherheiten gestellt werden können. Stiftungen, Vereine und Genossenschaften (Klemisch, Vogt 2012: 62 ff.) bzw. Unternehmen der lokalen Ökonomie (Gärtner, Flögel 2011) haben daher einen erschwerten Zugang zu Förderkrediten. Die Nutzung alternativer Finanzierungsformen erfordert zwar keinen formalisierten Businessplan. Die Darstellung des geplanten Vorhabens in einem Konzept ist jedoch notwendig, um Geldgeber\*innen von der Investition zu überzeugen. Die bei Bankkrediten üblichen Anforderungen wie der Nachweis von Sicherheiten / Bonitäten, kaufmännische und / oder fachliche Qualifikationen sind bei alternativen Finanzierungen weniger relevant. Auch die Gründerpersönlichkeit spielt vor allen beim Einwerben von Stiftungsgeldern eine Rolle; bei personenunabhängigen digitalen Crowdfunding-Plattformen oder bei der Genossenschaftsgründung hingegen nicht. Die Nutzung alternativer Finanzierungsinstrumente für Vorhaben gesellschaftlicher Dienste im Quartier ist ungleich zeitintensiver und komplexer als die Beantragung von Förderkrediten, auch weil zum Teil weitere Institutionen, wie die Crowdfunding-Plattform oder das genossenschaftliche Zertifizierungsverfahren, eingebunden werden müssen. Alternative Finanzierungsmodelle werden zu großen Teilen für

---

<sup>16</sup> Vgl. Nr. 12 VVG NRW zu § 44 LHO NRW. Download unter: [https://www.bezreg-muenster.de/zentralablage/dokumente/foerderung/uebergreifend/landshaushaltsordnung\\_44.pdf](https://www.bezreg-muenster.de/zentralablage/dokumente/foerderung/uebergreifend/landshaushaltsordnung_44.pdf)

schwach oder unrentierliche Vorhaben eingesetzt, die überwiegend von Vereinen, Ehrenamtlichen, Initiativen, Unternehmen der lokalen Ökonomie etc. initiiert, koordiniert und begleitet werden müssen. Häufig besteht bei der Finanzierung, z.B. bei Initiativen *„ein Mix aus öffentlichen Förderprogrammen, Spenden, Sponsorengeldern und Eigenleistungen (...)“*. Der konkrete Finanzbedarf und das Finanzierungskonzept hängen dabei vom Vorhaben und der Phase ab, in der man sich befindet“ (Langguth et al. 2015: 17). Die Auswertung der Beispiele hat zudem deutlich gemacht, dass bei Kapitalbedarf häufig unterschiedliche Finanzierungsquellen genutzt werden.

#### 4.3 Fazit - Anforderungen an Gründer\*innen und Vorhaben

Die dargestellten unterschiedlichen Anforderungen bei der Inanspruchnahme von Förder- und Finanzierungsinstrumenten zur Umsetzung von Vorhaben gesellschaftlicher Dienstleistungen verdeutlichen, dass

- zur Einwerbung von Kapital immer ein Businessplan bzw. ein qualifiziertes Konzept notwendig sind, um die Kapitalgeber\*innen von der Unterstützung zu überzeugen,
- bei klassischen Bankprodukten zusätzliche Anforderungen zu erfüllen sind,
- bei Förderprogrammen für Gründer\*innen nur diese Zielgruppe antragsberechtigt ist,
- gemeinnützige Organisationen, Verbände und Vereine bei öffentlichen Förderprogrammen nicht grundsätzlich antragsberechtigt sind,
- Zuschussprogramme wie die Städtebauförderung oder die Dorferneuerung in Einzelfällen geeignet sind, um Angebote von gesellschaftlichen Diensten im Quartier zu initiieren; sie sind jedoch kein dauerhaftes und flächendeckendes Finanzierungsinstrument,
- aufgrund der Zugangsberechtigung zu und der formalen Anforderungen von Förderprogrammen die gemeinnützigen Organisationen, Verbände und Vereine sich häufig nur über alternative Finanzierungsmodelle Kapital beschaffen können,
- die Entwicklung von Organisations- und Finanzierungsmodellen sowohl in vielen Zuschussprogrammen als auch bei alternativen Finanzierungsmodellen von großer Bedeutung ist.

Damit ist die Entwicklung und die Umsetzung von schwach bis unrentierlichen Vorhaben zur Sicherung von gesellschaftlichen Diensten im Quartier durch die Klärung von Träger\*innenschaftsstrukturen und des Finanzierungsmodells ein komplexer und zeitintensiver Prozess, der insbesondere von den (ehrenamtlichen) Akteuren ein hohes Engagement und entsprechende Kenntnisse erfordert. Bei großen und / oder größer werdenden Vorhaben können die ehrenamtlichen Akteure an ihre Grenzen kommen. Die Akquise von Kapital ist bei vorhandenen Sicherheiten und Bonitäten aufgrund der mit der Beantragung verknüpften Anforderungen, wie der Erstellung eines schlüssigen und tragfähigen Businessplans, für viele Gründer\*innen bereits eine anspruchsvolle Formalie, bei der diese Unterstützung suchen. Ohne vorhandene Sicherheiten oder Bonitäten, wie dies i.d.R. bei Vereinen oder Initiativen der Fall ist, gestaltet sich die Akquise von Kapital noch schwieriger und langwieriger. Die Anforderungen der Finanzierungszugänge an Vorhaben und / oder Vorhabensträger\*innen sind daher insbesondere für alternative Finanzierungsmodelle häufig nur mit hohem Aufwand umzusetzen und bedürfen einer (kommunalen) Unterstützung.

Es gibt viele **Unterstützungsangebote** durch institutionelle Angebote, z.B. durch die Wirtschaftsförderung, IHK und Handwerkskammer, zu formalen Fragen der Unternehmensgründung sowie zu möglichen Förder- und Finanzierungsansätzen. Daneben werden umfassende Qualifizierungsmaßnahmen im Hinblick auf die kaufmännische Qualifikation und Erstellung eines Businessplans angeboten. In Dortmund selbst gibt es ein umfangreiches und gut vernetztes Beratungsangebot, das durch viele Akteure – institutionelle wie private – geprägt ist, die mit sehr unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten (Technologietransfer, Frauenförderung, Internationale Beziehung, Fokus Nordstadt u.a.) in einem regelmäßigen Austausch stehen. Die Vernetzung der beratenden und finanzierenden Akteure spiegelt die Größe und die Vielschichtigkeit des kommunalen Verwaltungsaufbaus und der öffentlichen Unterstützungsangebote einer Großstadt wider. Aus dem Blickwinkel von Unternehmensgründer\*innen bzw. der Nachfrager\*innen nach Unterstützung kann der Eindruck eines „Beratungsdschungels“ entstehen.

Das derzeitige Beratungssystem bietet Unternehmensgründer\*innen vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten an, um die kaufmännischen Befähigungen zu verbessern und dazu beizutragen, dass Gründer\*innen einen Businessplan selbst erstellen können. Vielfach ist dennoch die Einbindung einer Unternehmensberatung notwendig. Die hieraus entstehenden Kosten von 2.000 bis 3.000 Euro entsprechen bei einem Darlehensvolumen von max. 25.000 Euro ca. 10 % der Darlehenssumme. Dies ist Vielen zu teuer, weshalb sie auf professionelle Unterstützung verzichten.

Für alternative Finanzierungszugänge gibt es im kommunalen Portfolio trotz ihrer Bedeutung für die Quartiersentwicklung, die Sicherung gesellschaftlicher Dienstleistungen vor Ort, die damit einhergehenden Integrations- und Teilhabechancen sowie die soziale Stabilität i.d.R. keine umfassende Unterstützungsstruktur in organisatorischen oder finanziellen Fragen. Sie bilden daher noch immer einen „weißen Fleck“ in der Beratungslandschaft. Die folgende Tabelle 5 fasst die zentralen Parameter der Finanzierungszugänge überblicksartig zusammen.

Tabelle 5: Parameter der Finanzierungszugänge

	Antragsberechtigte/ Zielgruppe	Businessplan/Konzept	ründer*innenpersönlichkeit	Fachl./kfm. Kompetenz	Bonität/Sicherheiten	Einbindung Dritter	Komplexität	Zeitdauer
		<b>Bedeutung</b>						
Darlehen Geschäftsbanken	In Abhängigkeit vom Förderziel, i.d.R. Unternehmen, Existenzgründer, teils Öffnung für Verbände und Vereine	X	XX	x	X	X	o	o
ERP-Startgeld		X	XX	x	X	X	o	o
Mikrofinanzierung		o	XX	x	X	X	o	o
Mikrodarlehen		X	-	x	-	XX	XX	XX
Stadtentwicklungsfonds	In Abhängigkeit vom Förderziel, z.B. private Investoren, öffentliche Unternehmen, Verbände, Vereine, Stiftungen.	X	XX	x	X	XX	X	X
BfA Gründungszuschuss	Leistungsbezieher SGB III	X	XX	x	-	X	o	o
Jobcenter Einstiegsgeld	Leistungsbezieher SGB II	X	XX	x	-	X	o	o
Städtebauförderung	Sog. „Dritte“	X	XX	o	-	XX	XX	XX
Dorferneuerung	Sog. „Dritte“	X	XX	o	-	XX	XX	XX
Crowdfunding	Unternehmen, Existenzgründer*innen, Verbände, Vereine, Stiftungen, Privatpersonen	X	-	o	-	XX	XX	x
Stiftungsgelder		X	XX	o	-	X	XX	XX
Genossenschaftsgründung	Privatpersonen	X	o	o	-	XX	XX	XX

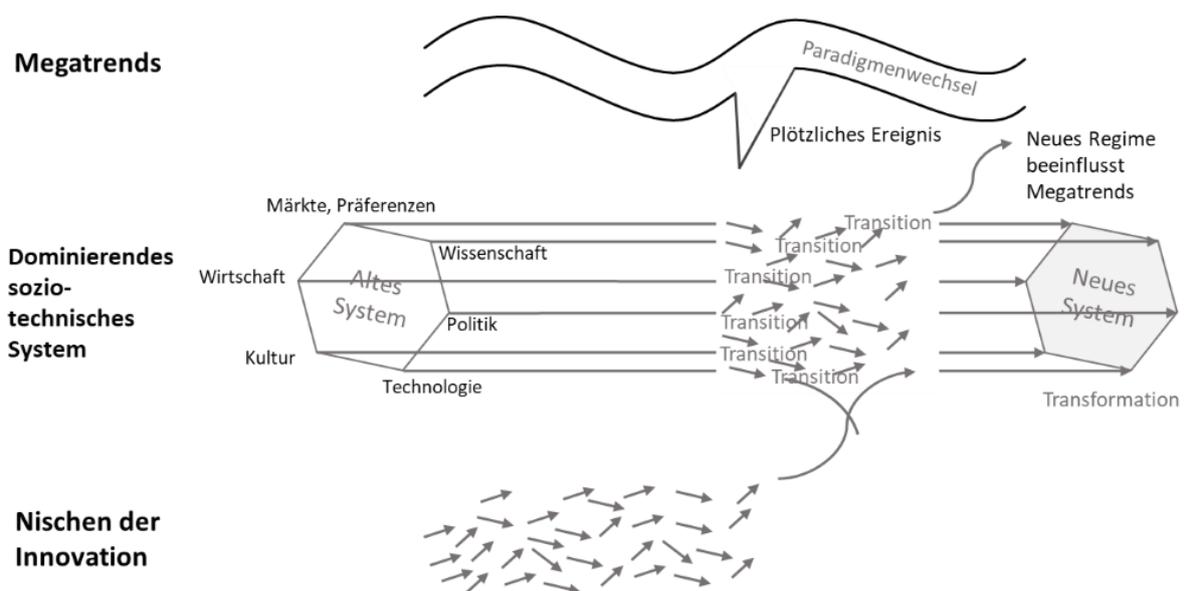
Quelle: eigene Darstellung nach Expertengespräche im Rahmen von KuDeQua: XX sehr hoch, X 0 hoch, o = mittel, - = niedrig

# 5 Quartierslabor: Ein Instrument zum Aufbau gesellschaftlicher Dienste im Quartier?

## 5.1 Reallabore als Ansatz transformativer und transdisziplinärer Forschung

Reallabore sind ein Instrument, Transformationen mit dem Fokus nachhaltiger Entwicklungen transdisziplinär – unter Einbezug von Wissenschaft und Praxisakteuren – anzustoßen. Dabei hat der Ansatz in den letzten Jahren einen enormen Zuspruch erfahren (Schneidewind 2014), ist jedoch noch immer als ein neuer Ansatz zu verstehen, dessen Weiterentwicklung andauert. Reallabore stellen „einen gesellschaftlichen Kontext, in dem Forscherinnen und Forscher Interventionen im Sinne von „Realexperimenten“ durchführen, um über soziale Dynamiken und Prozesse zu lernen“ (Schneidewind 2014: 3) dar. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass aufgrund der Komplexität gesellschaftlicher Transformationsprozesse klassische Methoden der Modellierung und Beobachtung nicht mehr ausreichen. Transformative Forschung orientiert sich an konkreten gesellschaftlichen Herausforderungen und ist durch einen expliziten Interventionsanspruch gekennzeichnet (Wuppertal Institut o.J.). Transformationen selbst stehen für einen umfassenden Wandel ökonomischer, ökologischer, kultureller und gesellschaftlicher Teilsysteme, der zu einer umfassenden Änderung gesellschaftlicher Systeme führt. Der Wandel gesellschaftlicher Systeme ist ein langfristiger Prozess. Unterscheiden lassen sich Transitionen und Transformationen. Unter Transformation wird die Fähigkeit von Akteur\*innen verstanden, Systeme von innen zu gestalten, sofern diese aufgrund geänderter Rahmenbedingungen nicht mehr tragbar sind (Walker et al. 2004). Transitionen hingegen beschreiben die Übergänge von einem Teilsystem in ein anderes, die durch Nischen-Innovationen, Megatrends oder natürliche Phänomene (z.B. Umweltkatastrophen) hervorgerufen werden (Abbildung 10) (Grießhammer, Brohmann 2015).

Abbildung 10: Mehrebenen-Perspektive von Transformationsprozessen



Quelle: Eigene Darstellung, modifiziert nach Schöpke et al. 2017, Blum et al. 2016

Im Kontext von Reallaboren auf lokaler Ebene bedeutet Transformation, auf Veränderungen von Alltagskulturen und täglichen Routinen in Nischen hinzuarbeiten (Parodi et al. 2020: 284). Im Rahmen

von Reallaboren soll „action knowledge“ als handlungsleitendes Wissen erzeugt werden (WBGU 2011), welches der konkreten Gestaltung von Wandel dient. Untergliedern lässt sich das zu erzeugende Wissen in *Systemwissen*, also Wissen darüber, was ist, *Orientierungswissen*, welches Erkenntnisse über das, was sein oder nicht sein soll beinhaltet und *Transformationswissen*, also Wissen darüber, wie der Ist- in den Soll-Zustand überführt werden kann (Schäpke et al. 2017: 9). Nach Wagner und Grundwald sollen Reallabore zum einen robustes, gesellschaftlich akzeptiertes Wissen zur Lösung gesellschaftlicher und realweltlicher Probleme erarbeiten, dieses anwenden und erproben und eine Übertragbarkeit auf andere Kontexte ermöglichen (Wagner, Grundwald 2015 zitiert nach Schäpke et al. 2017: 1). Zum anderen sollen mithilfe von Realexperimenten innerhalb der Reallabore Lösungen für die adressierten Herausforderungen entwickelt, getestet und somit Transformationen angestoßen werden (Schäpke et al. 2017: 3). Der Wissenschaft kommt in Reallaboren neben den traditionellen Aufgaben des Forschens, Anstoßens und Moderierens von Prozessen, dem Einbringen von Expertise sowie der Analyse und Reflexion von Ergebnissen, weitere Aufgaben zu, z.B. als Promotor\*in oder „Brückenbauer\*in“, bei der Öffentlichkeitsarbeit oder der Aktivierung von Zielgruppen (Beercroft et al. 2018: 90). Praxisakteuren kommt traditionell die Aufgabe zu, lebensweltliche Problemlagen zu identifizieren sowie implizites und lokales (Praxis-)Wissen einzubringen. In Reallaboren können sich diese Aufgaben um eine Multiplikatoraufgabe sowie eine mögliche langfristige Träger\*innenschaft der zu entwickelnden Strukturen und Lösungswege erweitern, indem sie als Co-Forschende und als Co-Designer\*innen an der Planung, Durchführung und Auswertung von Projekten beteiligt sind (ebd.). Die Zusammenarbeit und Kooperation zwischen Kommunen, Zivilgesellschaft und Wissenschaft wird damit zu einer herausfordernden Aufgabe. Reallabore überwinden die Grenzen klassischer Methoden, indem sie sich an bestimmten Charakteristika orientieren. Nachfolgend aufgeführt sind die Charakteristika von Reallaboren (Schäpke et al. 2017; Wanner et al. 2019), die auch den „Quartierslaboren“ von KuDeQua zugrunde gelegt worden sind:

- **Transformative Forschung:** Reallabore sind als Ansatz transformativer Forschung zu verstehen, indem sie einen direkten Beitrag zur Nachhaltigkeitstransformation in Bezug auf eine gesellschaftliche Herausforderung leisten. Durch die Generierung von Evidenz im Hinblick auf sozial robuste Lösungsstrategien, soll ein Verständnis über Prozesse des Wandels erreicht und Aussagen über Interventionsmöglichkeiten in Bezug auf Nachhaltigkeitstransformationen getroffen werden. Der transformative Anspruch in KuDeQua ergibt sich aus den veränderten Bedarfen an gesellschaftlichen Dienstleistungen im Quartier sowie Dienstleistungen, die aufgrund einer Vielzahl an Faktoren nicht (mehr) aufrechterhalten werden können. Die Frage ist, wie diese mit neuen Modellen in Bezug auf Träger\*innenschaft, Organisation und Finanzierung neu aufgebaut werden und somit dazu beitragen können, Quartiere als lebenswerte und lebendige Orte zu erhalten.
- **Transdisziplinarität:** Die Zusammenarbeit in Reallaboren erfolgt transdisziplinär zwischen Wissenschaft und Praxis. In Prozessen der Co-Produktion und des Co-Designs werden Projekte und Ergebnisse durch die Integration unterschiedlicher Wissensbestände gemeinsam gestaltet. Im Projekt KuDeQua haben sich das Institut Arbeit und Technik der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, die Stadt Dortmund mit "nordwärts" und die NRW.BANK engagiert. Weitere und im Verlauf des Projektes hingezogene Akteure sind die Bewohner\*innen der Modellquartiere sowie die dort ansässigen Unternehmen und Institutionen.

- **Realexperimente:** Zentrales Element in Reallaboren bilden die Realexperimente, welche eine Brücke zwischen Wissen und Handeln schlagen sollen. Reallabore bieten diesen Realexperimenten einen befristeten und geografisch begrenzten Raum. In KuDeQua ist die geografische Eingrenzung des Reallabors das jeweils untersuchte Quartier. Die Intervention und Umsetzungserprobung – initiiert, begleitet und moderiert durch das Projektteam – zum (Wieder-)Aufbau und / oder Erhalt gesellschaftlicher Dienstleistungen stellen hier die Realexperimente dar.
- **Langfristigkeit und Übertragbarkeit:** Reallabore sind langfristig angelegt und entwickeln übertragbare Lösungen, um gesellschaftlichen Wandlungsprozessen Rechnung zu tragen. Dieser Anspruch wird auch in den Reallaboren im Projekt KuDeQua verfolgt. Ziel ist es, Kommunen und zivilgesellschaftliche Akteure zu befähigen, gesellschaftliche Dienstleistungen mithilfe alternativer Finanzierungs- und Organisationsmodelle aufzubauen. Initiierung und Aufbau von Strukturen und Netzwerken sind für dieses Ziel ebenso relevant wie die Verbreitung der Erkenntnisse mittels Veröffentlichungen oder Veranstaltungen.
- **Reflexionsprozess:** Reallabore sind gekennzeichnet durch einen Lern- und einen kontinuierlichen Reflexionsprozess. Dieses Charakteristikum war durch einen regelmäßigen Austausch innerhalb des Projektkonsortiums sowie darüber hinaus gegeben.

Im Rahmen von KuDeQua wurde ein nachfrageorientierter und offener Zugang gewählt. Ziel war dabei, die Bedarfe von Bürger\*innen in den beiden Quartieren sowie bestehende Angebote von gesellschaftlichen Diensten in den Bereichen Gesundheit und Pflege, Bildung, Erziehung, Integration, Mobilität, Nahversorgung sowie haushaltsnahe Dienste zu ermitteln, um hieraus Versorgungslücken zu identifizieren und möglichst zu schließen. In beiden Modellquartieren, Marten und Eving, begannen die Reallabore aus diesem Grund mit einer umfangreichen Bestandsanalyse. Darüber hinaus wurden eine Leerstandserhebung sowie eine Akteurs- und Netzwerkanalyse durchgeführt, um endogene Potenziale aufzudecken. Hierfür wurden in beiden Quartieren Quartiersbegehungen, Expert\*inneninterviews mit Bürger\*innen, Unternehmer\*innen, ansässigen Institutionen und Initiativen durchgeführt, Treffen, Vereinssitzungen, Feste und Aktionen, Workshops etc. besucht und teilweise mitgestaltet. Die sich anschließenden Prozesse in den Laboren wurden aufgrund der unterschiedlichen Lage vor Ort individuell angepasst. Im Folgenden werden die wichtigsten Ergebnisse der Labore dargestellt.

## 5.2 Quartierslabore

### 5.2.1 Dortmund-Marten

#### Bestandsanalyse

Der Ortsteil Marten liegt westlich des Dortmunder Zentrums im Stadtbezirk Lütgendortmund und ist untergliedert in die zwei statistischen Unterbezirke Marten und Germania (Abbildung 11). Das Projekt KuDeQua konzentrierte sich auf Alt-Marten im Unterbezirk Marten und hier insbesondere auf das Quartier rund um die Straße „In der Meile“. Marten ist geprägt durch eine facettenreiche Nutzungsmischung von Wohnen und Gewerbe. Der Ortsteil weist eine besondere Lage auf, da er zwischen der stark frequentierten Ost-West-Bahnverbindung sowie den Autobahnen A 40 und A 45 liegt (Abbildung 11). Die Zu- und Ausfahrten für Auto-, Rad- und Fußverkehr sind aufgrund dieser „Einkreisung“ durch einzelne Unterführungen „abgeschnitten“, sodass auch naheliegende Grüngürtel nicht einfach zu erreichen sind. Von großem Vorteil hingegen ist die gute infrastrukturelle Anbindung.

Der Kern des Untersuchungsraums – die Straße „In der Meile“ – ist rund 200 Meter lang mit einem innenliegenden Platz mit altem, hohem Baumbestand. Die Straße gestaltet sich als Allee, die als Einbahnstraße auf jeder Seite der Straße entlangführt. Dennoch lädt der Platz nicht zum Verweilen ein. Es besteht hoher Leerstand und es wird deutlich, dass die kleinen, leerstehenden Räume einen hohen Investitionsstau aufweisen.

Abbildung 11: Ortsteil Marten



Quelle: Aktionsraum Dortmund Marten, Datenblatt 2016, Stadt Dortmund

Mit rund 5.700 Einwohner\*innen (Stand 2018) gehört der Unterbezirk Marten (ohne Germania) zu den kleineren Bezirken Dortmunds. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung liegt mit 41,5 Jahren in Marten und 40,6 Jahren in Germania unter dem stadtweiten Durchschnitt von 43,3 Jahren. Dies ist zum einen zurückzuführen auf einen höheren Anteil der jungen Erwachsenen von 18,8 % in Marten und 17,2 % in Germania (Dortmund 16,2 %) (Tabelle 6). Die Nähe zur Technischen Universität ist für den höheren Anteil vermutlich ein relevanter Faktor. Zum anderen liegt der Anteil der älteren Menschen im Alter von 65 bis unter 80 Jahren mit 12,0 % in Marten und 10,8 % in Germania rund 2 Prozentpunkte unterhalb des gesamtstädtischen Niveaus. Eine mögliche Erklärung ist darin zu sehen, dass es weder in Marten noch in Germania stationäre Pflegeeinrichtungen gibt.

Tabelle 6: Ausgewählte Indikatoren zur Bevölkerung in den Unterbezirken Marten und Germania, dem Statistischen Bezirk Lütgendortmund und Dortmund insgesamt 2018

Indikatoren	Unterbezirk Marten	Unterbezirk Germania	Stadtbezirk Lütgendortmund	Dortmund
<b>Bevölkerung</b>	<b>5.707</b>	<b>3.983</b>	<b>48.840</b>	<b>602.566</b>
<i>...davon anteilig in Prozent</i>				
...unter 6 Jahren	5,4%	6,1%	5,4%	5,6%
...6 bis unter 18-Jahren	11,3%	12,1%	10,4%	10,6%
...18 bis unter 30 Jahren	18,8%	17,2%	15,8%	16,2%
...30 bis unter 50 Jahren	25,7%	28,5%	25,2%	26,3%
...50 bis unter 65 Jahren	22,6%	21,1%	23,4%	21,3%
...65 bis unter 80 Jahren	12,0%	10,8%	13,9%	13,9%
...80 Jahre und älter	4,3%	4,2%	5,9%	6,3%
... mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Migrationshintergrund	68,1%	62,2%	71,6%	64,4%
... mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund	14,5%	20,3%	14,8%	17,4%
... mit keiner deutschen Staatsangehörigkeit	17,4%	17,4%	13,6%	18,2%
Durchschnittsalter	41,5	40,6	43,7	43,3
Bevölkerungsentwicklung 2013-2018	2,3%	2,2%	1,5%	3,2%

Quelle: Stadt Dortmund, Statistikstelle.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist in Marten unterhalb des entsprechenden Wertes in Dortmund insgesamt; in Germania liegt der Vergleichswert leicht darüber. In Marten haben 14,5 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund mit deutscher Staatsangehörigkeit (Germania 20,4 %, Dortmund 17,4 %) und 17,4 % (Germania 17,4 %, Dortmund 18,2 %) sind Staatsbürger\*innen andere Nationen.

Die Bevölkerungsentwicklung zwischen 2013 und 2018 verläuft mit einer Zunahme von 2,3 % in Marten und Germania positiv, aber unter dem Niveau von Dortmund mit 3,2 %.

Tabelle 7: Ausgewählte Indikatoren in den Unterbezirken Marten und Germania, dem Statistischen Bezirk Lütgendortmund und Dortmund insgesamt 2018

Indikatoren	Marten	Germania	Lütgendortmund	Dortmund
Anteil der über 18-Jährigen, die länger als 10 Jahre in der Wohnung wohnen, an der Bevölkerung ab 18 Jahren	44,5%	42,9%	49,0%	46,5%
Anteil Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	48,3%	50,4%	45,9%	48,8%
Anteil Alleinerziehender an allen Haushalten mit Kindern	24,5%	31,2%	26,1%	24,6%
Anteil Älterer Menschen ab 65 Jahren in Ein-Personen-Haushalten	11,1%	11,9%	12,5%	13,3%
Arbeitslosenquote	11,8%	16,1%	10,3%	9,8%
Kinder im SGB II-Bezug (Sozialgeldquote)	36,1%	33,4%	30,7%	29,1%
SGB II-Quote	17,7%	23,5%	15,3%	15,0%
SGB XII-Quote (Grundsicherung im Alter)	7,4%	11,4%	5,2%	6,6%

Quelle: Stadt Dortmund 2019.

In Marten wohnt im Vergleich zu Dortmund insgesamt ein größerer Anteil an Leistungsempfänger\*innen aus dem SGB II, SGB III sowie dem SGB XII. Besonders die Kinderarmut – gemessen an den Kindern im SGB II-Leistungsbezug – liegt mit 36,1 % in Marten und 33,4 % in Germania oberhalb des entsprechenden Wertes für Dortmund insgesamt von 29,1 %. Zu erwähnen ist auch das hohe Aufkommen von

Altersarmut gemessen an den Leistungsbezieher\*innen der Grundsicherung im Alter. Diese liegt mit 7,4 % in Marten und 11,4 % in Germania deutlich über dem gesamtstädtischen Wert von 6,6 %.

Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt mit 48,3 % etwa auf dem gesamtstädtischen Niveau von 48,8 %. Der Anteil der älteren Menschen ab 65 Jahren, die allein wohnen, liegt mit 11,1 % in Marten bzw. 11,9 % in Germania unterhalb des gesamtstädtischen Werts von 13,3 %.

Der Indikator „Anteil der über 18-Jährigen, die länger als 10 Jahre in ihrer Wohnung leben“ gibt Hinweise auf den Bestand bzw. die Fluktuation im Stadtteil. Eine hohe Fluktuation hat oftmals zur Folge, dass sich weniger Gemeinschaften bilden und sich die Menschen nicht so sehr mit ihrem Stadtteil identifizieren. Es ist bekannt, dass dort das Engagementpotenzial geringer ist als in Regionen mit einer niedrigen Fluktuation. Der Anteil liegt in Marten bei 44,5 % und in Germania bei 42,9 %. In Dortmund insgesamt liegt der Anteil bei 46,5 %. Der Minimalwert aller Unterbezirke liegt bei 17,5 %, allerdings in den Bezirken, die direkt an der Universität liegen und durch einen hohen Anteil an Studierendenwohnheimen geprägt sind. Der höchste Wert derjenigen, die länger als 10 Jahre in ihrer Wohnung leben, liegt bei 75 % in den eher von Einfamilienhäusern geprägten Bezirken Dortmunds.

Auch wenn die multiplen sozialen Herausforderungen in anderen Stadtteilen Dortmunds, z.B. in der Nordstadt, weitaus ausgeprägter sind, ist festzuhalten, dass in Marten soziale Herausforderungen durch Armut sichtbar werden, die sich in einem im Vergleich zum Dortmunder Durchschnitt geringeren verfügbaren Einkommen und somit geringerer Kaufkraft und derzeit noch relativ günstigen Angebotsmieten widerspiegeln.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Dortmund-Marten ein Stadtteil mit einigen sozialen Problemlagen ist. Diese haben dazu geführt, dass Marten im Jahr 2008 zu einem von 13 Aktionsräumen Dortmunds erklärt wurde. Jedoch weist Marten auch erhebliche Potenziale auf: So ist der Stadtteil geprägt von einer verhältnismäßig jungen Bevölkerungsstruktur und einen im Vergleich zum Durchschnitt Dortmunds günstigeren Mietspiegel. Durch die Nähe zur Universität mit direkter Busanbindung kann der Stadtteil auch für Studierende, attraktiver und damit wieder belebter werden, insbesondere mit Blick auf die steigenden Mieten im Innenstadtbereich.

### **Akteure und Netzwerke**

In Marten gibt es eine Reihe von Institutionen, Einrichtungen und Initiativen. Zu nennen sind hier unter anderem das Schulmuseum, welches eine der größten schulgeschichtlichen Sammlungen Deutschlands beherbergt; die ehrenamtlich getragene Bücherei, welche im Gebäude des Schulmuseums beheimatet ist; die städtische Jugendfreizeitstätte, die über ein großes Angebot (u.a. ein Tonstudio) verfügt, die ZWAR-Zentralstelle NRW<sup>17</sup> mit ihren Angeboten für Senior\*innen sowie die Familienhilfe und das Familienzentrum (Lütgendortmund).

---

<sup>17</sup> ZWAR – Zwischen Arbeit und Ruhestand ist ein Zusammenschluss von Personen ab 50 Jahren, die berufstätig oder im (Vor-) Ruhestand sind und ihre Freizeit in Zukunft mit anderen aktiv gestalten wollen. Organisiert werden die ZWAR-Gruppen ortsteilorientiert in Basisgruppen, die Hauptzentrale des ZWAR e.V. befindet sich in Dortmund-Marten.  
<https://www.zwar-ev.de/>

Auch die verschiedenen religiösen Gemeinden bieten zahlreiche Angebote u.a. für Kinder und Senior\*innen, Treffs und Aktionstage; ausgewählte Aktionen werden auch von den Gemeinden gemeinsam initiiert. Mit der Aktionsplattform Martener Forum gibt es einen offenen Bürgertreff, der sich für die Belange Martens einsetzt und den Stadtteil lebendig halten möchte. Initiiert wird das offene Forum durch den Förderverein Dortmund-Martener und Germania e.V. als institutionalisierte Struktur des bürgerschaftlichen Engagements zur Belebung von Dortmund-Martener. Viele der Mitglieder des Vereins sind auch Teilnehmer\*innen des Martener Forums, sowohl als Funktionsträger\*innen als auch als Aktive. Damit sind auch die Grenzen des großen Engagements sichtbar: Trotz der beachtlichen Zahl von rund 25-35 (zumeist eher älteren) Engagierten sind es häufig dieselben Personen, die an den Veranstaltungen teilnehmen, die Funktionen und Aufgaben übernehmen und verantworten. Die Grenzen zwischen Verein und Forum sind von außen kaum sichtbar und das Martener Forum wird von Außenstehenden oftmals als „Closed Shop“ wahrgenommen, auch wenn sich dieses explizit als offener Treff versteht und immer wieder den Versuch unternimmt, weitere Akteure einzubinden. 2017 wurde dem Martener Forum mit der Anmietung einer leerstehenden Immobilie (eine ehemalige Volksbank-Filiale) durch die Wirtschaftsförderung eine Räumlichkeit zur Verfügung gestellt, die sich zentral auf der Straße „In der Meile“ befindet. Die Räumlichkeit, der sogenannte „Meilenstein“, steht dem Verein sowie auch weiteren Interessierten im Quartier zur Verfügung und dient als Treffpunkt, aber auch als Ort zur Initiierung von Aktionen, welche das Quartier beleben sollen. Das Martener Forum ist gemeinsam mit vielen weiteren Engagierten, wie den verschiedenen Religionsgemeinden, dem örtlichen Schützenverein etc. Initiator verschiedener Aktionen und Feste, etwa dem jährlich stattfindenden Sommerfest „Unter den Linden“, Martener im Advent, dem Kinderfest etc. Durch verschiedene Beschlüsse zur Stadtentwicklung positioniert sich das Forum auch in Richtung Bezirksverwaltung und Lokalpolitik und fordert z.B. die Schaffung von mehr Wohnraum für eine positive Bevölkerungsentwicklung und erzeugt damit stadtweit Aufmerksamkeit. Ein wichtiger Punkt des Martener Forums ist auch das „Bekenntnis zu Demokratie“ für Freiheit und Gleichheit aller Menschen. Finanziert wird der Verein durch Mitgliedsbeiträge sowie Spenden. Einige der durch das Forum oder den Verein initiierten Aktionen werden unter anderem durch Förderung der Bezirksvertretung Lütgendortmund finanziert. Das Martener Forum wurde in seinen Aktivitäten durch das KuDeQua-Team während der drei Jahre begleitet und unterstützt.

Ein großes Problem für die Stadt und den Stadtteil Martener ist die zunehmende Anwesenheit von Mitgliedern der rechtsextremen Szene. Diese versuchen durch Demonstrationen, Schmierereien sowie „einfache Anwesenheit“ (zum Teil von bundesweit bekannten Rechtsextremist\*innen) die Bürgerschaft zu verunsichern, für sich Raum einzunehmen und Anhänger\*innen zu gewinnen. Das Martener Forum hat sich zur Unterstützung Hilfe durch die städtische Koordinierungsstelle für Vielfalt, Toleranz und Demokratie gesichert und setzt sich mit vielen Aktionen für Demokratie und gegen Rechtsextremismus ein. Viele der Aktivitäten im Quartier werden daher durch die Polizei besonders stark beobachtet, begleitet und geschützt.

Neben den Akteuren vor Ort ist auf zwei weitere geförderte Projekte im selben Ortsteil hinzuweisen: auf das Projekt ZUKUR – Zukunft Stadt-Region-Ruhr<sup>18</sup> der TU Dortmund mit dem Schwerpunkt auf Um-

---

<sup>18</sup> <https://www.rvr.ruhr/themen/regionalplanung-regionalentwicklung/projekt-zukur/>

welt und Grünraum (Themenfelder: Klimaresilienz und Klimagerechtigkeit) und auf das Projekt „Demografiewerkstatt“<sup>19</sup> mit einem Schwerpunkt zur Verbesserung der Situation für ältere Menschen des Referats für Senioren der Stadt Dortmund. Bereits zu Beginn des Projektes KuDeQua gab es regelmäßigen Austausch mit Akteuren anderer Projekte mit dem Ziel, Informationen auszutauschen und geplante Erhebungen, Aktionen, Treffen etc. miteinander abzustimmen. Dies ist nicht nur relevant, um Doppelarbeiten zu vermeiden, sondern insbesondere auch, um eine „Überforschung“ der Bürger\*innen zu vermeiden und Synergien zu nutzen.

### **Versorgungsengpässe und mögliche Anknüpfungspunkte für KuDeQua**

Zur Identifizierung von Lücken in der Versorgung in den beiden Modellquartieren ist eine ausführliche Bestandserhebung durchgeführt worden. Neben der Auswertung von Daten und bereits durchgeführten Studien sind zahlreiche Gespräche mit Bewohner\*innen, Unternehmer\*innen und mit weiteren Institutionen geführt worden. Zudem fanden Gespräche mit städtischen Akteuren und eine Ortsbegehung statt. Im Rahmen der Bestandsanalyse wurde in Bezug auf die verschiedenen Teilbereiche gesellschaftlicher Dienste Folgendes festgestellt:

**Mobilität:** Marten ist verkehrstechnisch sehr gut angebunden. Dies gilt für den Individualverkehr wie den ÖPNV. Es gibt eine U-Bahn mit Anbindung an die Innenstadt, einen Bus mit Anbindung an die TU Dortmund sowie eine S-Bahn und eine Regionalbahnanbindung. Bemängelt wird die Anbindung zur Universität in den Abendstunden. Ab 18.00 Uhr gestaltet es sich schwieriger, mit öffentlichen Verkehrsmitteln sowohl zur Universität hin als auch von dieser zurückzukommen. Unter der Woche sei zudem die Anbindung an die Innenstadt in den Abend- und Nachtstunden nicht ausreichend. Die Prüfung der Fahrpläne zeigte hier, dass die U-Bahn bis nach 23.00 Uhr fährt. Die Wünsche in Bezug auf einen Ausbau des ÖPNV-Angebots wurden an die Stadt weitergetragen. Zum Thema „Mobilität“ wurde von den Befragten die fehlende Barrierefreiheit im Quartier angesprochen. Insbesondere der Ortskern sei durch hohe Bürgersteige und Stufen vor Einzelhandelsgeschäften charakterisiert. Auch fehle die Barrierefreiheit in vielen Wohnungen und Ladenlokalen.

In Bezug auf das Thema **Gesundheit und Pflege** äußerten sich die Interviewten zum großen Teil positiv. Sowohl Hausärzte als auch ein Augenarzt, ein Zahnarzt und eine Ärztin für Psychotherapie befinden sich vor Ort. Ebenfalls vor Ort ist ein Kinderarzt, das Klinikum Westfalen in Lütgendortmund hält eine geriatrische Abteilung vor. Auch die ambulanten Pflegedienste werden positiv wahrgenommen. Angemerkt wird jedoch, dass es keine stationäre Pflegeeinrichtung in Marten gibt. Viele ältere Bürger\*innen können aufgrund dessen ihren Lebensabend nicht in der ihnen bekannten Umgebung verbringen. Laut der kommunalen Pflegeplanung ist das gesamtstädtische stationäre Pflegeangebot jedoch ausreichend und im östlichen Nachbarstadtteil Dorstfeld als auch im westlich gelegenen Lütgendortmunder Zentrum gibt es ausreichend Angebote. Angesprochen wurde auch das Thema Kindergesundheit. Hier gibt es bereits ehrenamtliche Aktivitäten, u.a. finanziert durch die Krankenkassen. So wird in einem Kindergarten ein „gesundes Frühstück“ angeboten, um Kindern gesundes Essen und regelmäßiges Frühstück näherzubringen. Der andere Kindergarten in Marten ist ein Bewegungskindergarten und „singender“ Kindergarten. Beide Einrichtungen fördern damit die Gesundheit der Kinder.

---

<sup>19</sup> <https://www.demografiewerkstatt-kommunen.de/>

Im Bereich **Bildung, Erziehung und Freizeit** sind vor allem fehlende Kindergartenplätze angemerkt worden. Zum Zeitpunkt der Erhebung (2017) entstehen jedoch mit dem Bau eines Kindergartens etwa 90 neue Plätze. Die schulische Bildung ist mit den zwei vorhandenen Grundschulen gesichert, weiterführende Schulen sind gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln zu erreichen. Die Schulen bieten zudem für Kinder viele Aktivitäten, wie z.B. Leichtathletik und Fußball, an. Es fehle jedoch inzwischen an weiteren (Sport-)Vereinen im Stadtteil. So sind die Kapazitäten der Turnhallen für Vereine aufgrund des Ausbaus der Ganztagschule beschränkt. Problematisch sei zudem das Fehlen offener Bewegungsangebote für Kinder, die vorhandenen Spielplätze seien häufig dreckig. Allerdings plant die Stadt bereits konkret und unter Einbezug der Jugendlichen den Ausbau von Trendsportbewegungsangeboten zur Aufwertung des Steinhammer Parks in Marten. Verwiesen wurde zudem auf den Sportplatz des Fußballvereins Arminia Marten sowie die Jugendfreizeitstätte Martens mit vielfältigen Angeboten. Während Angebote für Kinder vorhanden sind, würden diese für junge Erwachsene und Student\*innen fehlen. So seien zwar Angebote in der Gastronomie vorhanden, diese sind jedoch wenig auf die Wünsche und Ansprüche junger Erwachsener ausgerichtet. Der Ausbau von Angeboten für junge Erwachsene und Studierende stellte eines der zentralen Anliegen der befragten Bürger\*innen dar, insbesondere auch, um den Stadtteil über das reine Wohnen für die Zielgruppe attraktiver zu gestalten und den Stadtteil zu beleben. Als wichtiges Thema wurde die Integration von Geflüchteten genannt. Hier fehle es an Sprachkursen, einem Café etc. für die Herstellung sozialer Kontakte. Es gibt erste Ansätze durch das ehrenamtlich geführte Sprachcafé für Eltern von Kindern des katholischen Kindergartens. Als gut wird das Angebot für Senioren\*innen wahrgenommen, genannt wurden zahlreiche Aktivitäten, z.B. durch ZWAR oder die Gemeindearbeiten der Kirchengemeinden sowie Aktivitäten des städtischen Seniorenbüros.

Die **Nahversorgung** mit Angeboten des täglichen Bedarfs stellt sich in Marten sehr gut dar und wird positiv wahrgenommen. Es gibt drei Discounter in Alt-Marten und einen Vollsortimenter in der Germania-Siedlung, der mit dem Bus an Alt-Marten angebunden ist. Ein Bäcker ist im unteren Teil der Straße „In der Meile“ vorhanden und wird sehr gut angenommen. Es existiert ein Wochenmarkt, der von Bürger\*innen selbst organisiert wird, allerdings über ein relativ bescheidenes Angebot verfügt und wenig belebt ist. Wünschenswert wäre laut der Bürger\*innen, den Markt auf dem Platz „In der Meile“ zu verorten, um hier eine Belebung des nicht genutzten Platzes zu erreichen. Die Nahversorgung im Quartier sei aufgrund vieler Geschäftsaufgaben stark geschrumpft, vor allem Bekleidungsgeschäfte, Schuhläden und Blumenläden würden fehlen. Sowohl die Sparkasse als auch die Volksbank haben ihre Filialen vor Ort geschlossen, was insbesondere vielen älteren Menschen Sorge bereitet. Stattdessen gibt es viele Angebote für Glücksspiele (Spielautomaten), die einen eher „zweifelhaften Eindruck“ machen (vgl. unten) sowie Schnellimbisse, die wenig zum Verweilen einladen. Im Hinblick auf die Versorgung ist die Nähe zum Gewerbepark „Indupark“ (rund 3,5 km) angemerkt worden. Dieser sei, soweit man mobil ist, gut erreichbar.

Im Bereich **haushaltsnahe Dienstleistungen** wurden verhältnismäßig wenig Angaben durch die befragten Personen gemacht. Angemerkt wurde, dass es an Angeboten mit Hausbesuchen, z.B. durch Friseur\*innen, Podolog\*innen, Maniküre/Pediküre aber auch ambulante Pflegedienste, für ältere, oftmals mobilitätseingeschränkte alleinstehende Personen fehle.

Ein weiteres zentrales Thema für Marten ist das **Wegbrechen ehemaliger Gemeinschaften**. So sei vor dem Hintergrund zahlreicher Privatisierungen, insbesondere ehemaliger Zechenhäuser, das zuvor herrschende soziale Gefüge aufgrund neuer Bewohner\*innen „zusammengebrochen“. Die Bestände

seien aufgekauft worden, hier sei – auch aufgrund unterschiedlicher Erwartungen – eine neue Distanz in der Nachbarschaft entstanden. Ein weiteres Thema, welches angesprochen wurde, ist das **äußere Erscheinungsbild Martens**. Die Immobilien seien teils in einem schlechten Zustand und von Sanierungsstau gekennzeichnet. Viele Immobilienbesitzer\*innen wohnen nach einem Generationswechsel, der auch zum Teil mit langen Erbstreitigkeiten verbunden war, nicht mehr selbst in Marten. Der Kontakt zu ihnen durch die Kommune oder Bürger\*innen gestalte sich schwierig. Auch öffentliche Plätze seien nicht mehr ansprechend gestaltet und wirkten „runtergekommen“, vor allem Spielplätze sind hiervon betroffen. Zudem wurde angemerkt, es gäbe kaum noch Begegnungsräume: Die Discounter haben ihre Eingänge nicht (mehr) zur Straße hin ausgerichtet, sondern zu den nach hinten liegenden Parkplätzen, in der „Meile“ gibt es keine Sitzgelegenheiten und es besteht ein hoher Leerstand, sodass zufällige sowie auch geplante Begegnungen im Quartier seltener geworden sind. Dies bildet einen von den Bewohner\*innen geäußerten Ansatzpunkt, um den Ortskern attraktiver zu gestalten und zum Verweilen einzuladen. Wünschenswert sei, dass Marten bzw. die „Meile“ ein Alleinstellungsmerkmal bzw. eine Besonderheit aufweist, welche Menschen anzieht. Hierfür eignet sich die Meile mit der Lindenallee, die, um als Anziehungspunkt wirken zu können, aufgewertet werden müsste. Hierzu sei es erforderlich, vor allem Umfeld und Gewerbe zusammenzudenken. Eine Möglichkeit ist es eine Zentralisierung des Gewerbes einzuleiten und die umliegenden Gewerbeeinheiten zu Wohneinheiten umzubauen, wie es die Stadt Dortmund derzeit plant. Dies ist jedoch ein längerer Prozess, da bestehende Unternehmen Bestandsschutz haben.

### **Etablierung und Umsetzung der Quartierslabore**

Die Ergebnisse der geführten Expert\*inneninterviews konnten bereits einige Ansatzpunkte aufzeigen. Zugleich wurde sichtbar, dass viele der gewünschten Angebote im Quartier bereits vorhanden, den Bürger\*innen jedoch nicht bekannt waren. Hier ging es zunächst darum, Transparenz über die Angebote herzustellen. Grundsätzlich eignet sich hierfür ein klassisches Quartiersmanagement als „neutrale“ Ansprechperson und Lotse oder Lotsin. Es wurde jedoch auch deutlich, dass Marten bereits über viele Angebote gesellschaftlicher Dienste verfügt und Versorgungsengpässe eher im Bereich niedrigschwelliger Zugänge (Hausbesuche) oder Begegnungsmöglichkeiten liegen. Auch der sehr häufig gewünschte Drogeriemarkt war als Ansatzpunkt wenig vielversprechend, da es – auch nach Rücksprache mit der Wirtschaftsförderung – keine geeigneten Räumlichkeiten für klassische Drogeriemarktanbieter gibt. Zudem wurde in einem ersten Workshop vor Ort mit dem Thema „KuDeQua stellt sich vor“ (siehe nächster Abschnitt) auch durch die Bürgerschaft selbst erklärt, dass viele Produkte bereits in den Discountern zu erwerben sind. Lediglich Kosmetikartikel und Windeln würden fehlen. Im Rahmen der Gespräche wurde deutlich, dass sich vor allem die langansässigen Bewohner\*innen die Angebotsvielfalt von früher (bis Anfang der 90er Jahre) zurückwünschen, auch wenn sie selbst ansprachen, dass sich das Konsumverhalten der Bevölkerung verändert hat.

Im Rahmen eines ersten Workshops wurden die Erkenntnisse aus der Bestandserhebung und -analyse mit den Martener Bürger\*innen diskutiert und mithilfe der World-Café-Methode weiter vertieft. Hierbei ging es zum einen darum, durch eine Konkretisierung weitere offene Versorgungslücken aufzudecken zum anderen aber auch, Lösungen in Form konkreter Angebote und Produkte für die bestehenden Versorgungslücken zu identifizieren. Es wurden zahlreiche Ideen entwickelt, wie z.B. ein Café für junge Erwachsene mit Repair-Café und Buchleihe, Annahme und Abholdienste für Schneiderein und Pakete, Stärkung der Außengastronomie inkl. Belegung der „Meile“, Vermittlung von Hausbesuchen

(z.B. Friseur) etc. Ein Lösungsansatz, die gewünschten Dienstleistungsangebote im Quartier (wieder) aufzubauen, welcher im Workshop thematisiert wurde und großen Anklang fand, war die Bündelung von Angeboten in einer Räumlichkeit.

Aufbauend auf den zahlreichen isolierten Ideen, wurde ein erstes Konzept für einen multifunktionalen Raum für Dortmund-Martens entwickelt, der die gewünschten Dienstleistungsangebote unter einem Dach bündelt. Hierzu wurden die Ideen der Bürger\*innen sowie die Erkenntnisse aus der Bestandserhebung verschriftlicht und das Business-Canvas-Modell angewendet. Das Business-Canvas-Modell bietet eine Möglichkeit, Geschäftsideen und -modelle zu strukturieren und zu visualisieren. Ziel ist es, aus abstrakten Ideen einen konkreten Ordnungsrahmen zu entwickeln, Abhängigkeiten und Lücken des Geschäftsmodells zu erkennen und ein einheitliches Verständnis über die einzelnen Teilbereiche des Geschäftsmodells zu erreichen. Zunächst durch die wissenschaftlichen Akteure des Projektes durchgeführt, wurde das Modell dem Gesamtteam präsentiert und weitere Punkte mit aufgenommen.

Abbildung 12: Illustration „Multifunktionaler Raum“ Martens



Quelle: Eigener Entwurf, Sophia Schambelon (IAT)

Das Konzept ist auf Grundlage der in der Erhebung geäußerten Bedarfe der Bürger\*innen sowie der Erkenntnisse aus der Best-Practice-Analyse entwickelt worden. Nachfolgend ist das Konzept tabellarisch dargestellt.

<b>Konzeption eines Multifunktionalen Raumes</b>	
Problemstellung	<p>Bereits seit vielen Jahren lässt sich der Rückzug von Einzelhandel und Dienstleistungen im ländlichen Raum beobachten. Zahlreiche Projekte und Konzepte sind für die sich ergebenden Herausforderungen auf den Weg gebracht worden. Nicht nur in ländlichen Räumen, sondern auch in städtischen Nebenzentren und Innenstädten sind Herausforderungen erkennbar: Insbesondere brechen Dienstleistungen aufgrund verschiedener Einflüsse weg. Der demografische Wandel, das veränderte Konsumverhalten, der Onlinehandel sowie der Bau zahlreicher Einkaufszentren sind nur einige Faktoren, die dazu führen, dass ehemals bestehende Dienstleistungsangebote im Quartier marktwirtschaftlich nicht mehr tragbar sind und wegfallen. Die Folge sind Leerstände, Sanierungstau und weite Wege für zum Teil immobile Personenkreise.</p> <p>So auch in Dortmund-Martens. Das „Zentrum“ des Quartiers, die Straße „In der Meile“ weist im Mai 2018 sechs Leerstände auf, allein im Dezember 2017 haben vier Läden geschlossen. Aufgrund der dargestellten Problemlage wird das Quartier unattraktiv für in Martens willkommene Zuzüge z.B. von Studierenden der nahen TU Dortmund.</p>
Zielsetzung	<p>Ziel ist es, die von den Bürger*innen des Quartiers gewünschten Dienstleistungen, welche im Rahmen zahlreicher Gespräche und Workshops identifiziert worden sind, im Quartier im Rahmen eines Reallabors aufzubauen. Leerstand soll genutzt und der negative Kreislauf durchbrochen werden.</p>
Kurzbeschreibung	<p>Um ein langfristiges und nachhaltiges Konzept zu entwickeln, ist es notwendig, die Bedarfe der Bürger*innen zu identifizieren und das Konzept auf diese zuzuschneiden. Durch Interviews und Workshops ist die Idee eines multifunktional genutzten Raumes entstanden, welcher Angebote für alle Altersklassen, insbesondere aber junge Erwachsene und Studierende beinhaltet. Auch wenn konkret gesellschaftliche Dienstleistungen innerhalb der Befragungen von den Bürger*innen Martens aufgeführt worden sind, kristallisierte sich heraus, dass Angebote für ein soziales Miteinander und die Attraktivitätssteigerung des Quartiers im Vordergrund stehen.</p> <p>Der multifunktionale Raum sieht folgende Angebote vor:</p> <p><b>Café / Gaststätte</b></p> <p>Insbesondere vor dem Hintergrund, dass ein Café in Dortmund-Martens im Jahr 2018 schloss und der Wunsch nach Treffpunkten für junge Erwachsene geäußert wurde, ist ein Ort für ein geselliges Zusammensein vorgesehen. Insbesondere im Hinblick auf eine wirtschaftliche Tragfähigkeit des multifunktionalen Raumes sollte versucht werden, mögliche Gründer*innen für die Etablierung eines Cafés bzw. einer Gaststätte zu identifizieren.</p> <p><b>LeiLa Martens – Leih- und Tauschort</b></p>

Als Stützpfiler des multifunktionalen Raumes soll ein Leihladen eingerichtet werden, in dem Bewohner\*innen Gegenstände unterschiedlicher Art, die sie nicht täglich benötigen, unterbringen und anderen zur Verfügung stellen können. Mithilfe eines Erfassungssystems lassen sich vorhandene und ausleihbare Gegenstände bereits von zuhause aus einsehen und reservieren. Die Ausleihe erfolgt gegen einen Mitgliedsbeitrag, welcher eine Einnahmequelle des multifunktionalen Raums darstellt. Erste Gespräche mit Akteuren, die einen Leihladen betreiben, wurden geführt. Thematisiert wurden hier vor allem die einzelnen Schritte für einen Aufbau sowie Möglichkeiten einer bereits bestehenden Plattform zur Erfassung der Gegenstände und des Ausleihsystems.

#### **Co-Working, Hausaufgabenbetreuung und Nachhilfe**

Marten weist im Vergleich zur Gesamtstadt eine relativ junge Altersstruktur auf. Die Nähe zur Technischen Universität sowie verhältnismäßig günstiger Wohnraum lassen das Quartier für diese Personengruppe potenziell attraktiv werden. Jedoch fehlen Angebote im nahen Wohnumfeld zum gemeinsamen Lernen und Austauschen. Vorgesehen ist, in Kooperation mit der Universität, zu prüfen, ob die Räumlichkeit für Seminare, Workshops etc. genutzt werden kann. Zudem soll sie einen Treffpunkt für gemeinsames Arbeiten im Sinne von Co-Working / Co-Learning vorhalten.

#### **Vermittlung von Hausbesuchen / einfachen Handwerks- oder Hausmeister-tätigkeiten**

Viele Dienstleister im Quartier haben aufgrund unterschiedlicher Faktoren ihren Betrieb eingestellt. Die zum Teil weiten Wege sind insbesondere für immobile, ältere Personen kaum zu bewerkstelligen und Hausbesuche werden kaum angeboten. Eine zentrale Vermittlungsstelle, welche z.B. Hausbesuche von Friseur\*innen, Podolog\*innen oder Physiotherapeut\*innen koordiniert, könnte hier Abhilfe schaffen. Zudem könnte ein „Schwarzes Brett“ dafür sorgen, dass einfache Hausmeister- und Handwerkstätigkeiten innerhalb der Nachbarschaft übernommen und zielgerichtet gesucht werden können. Als eine Möglichkeit ist auch das Projekt ANTI ROST (Senioren helfen Senioren), welches bereits in einigen Städten etabliert ist, genannt worden. Hier ist mit den verantwortlichen Akteuren zu sprechen und zu prüfen, ob dieses Projekt auch in Marten umsetzbar ist.

#### **Repair-Café / Fahrradwerkstatt**

Das Repair-Café soll integriert aufgebaut werden, indem Tische einfach zu Werkbänken umfunktioniert werden. Die Leihgegenstände, die der Erfahrung anderer Leihläden nach häufig Bestandteil sind, können für das Repair-Café genutzt werden. Eine Fahrradwerkstatt ist, wenn die Räumlichkeiten dies zulassen, in enger Abstimmung mit z.B. dem Christlichen Jugendwerkdorf aufzubauen.

	<p><b>Einzelevents</b></p> <p>Einzelevents, wie z.B. Auftritte lokaler Bands / Künstler, Poetry Slams, Filmvorstellungen u.ä. könnten weitere Angebote darstellen, um den Wohnort attraktiver zu gestalten. Neben dem eigenen Ladenlokal können hierfür auch weitere Leerstände „In der Meile“ genutzt werden. Vor allem im eigenen Ladenlokal ist darauf zu achten, dass es sich um ein Wohngebäude handelt, so dass bestimmte Events von vornherein ausgeschlossen werden müssen.</p>
Reflexion und Anpassung	Die Angebote des multifunktionalen Raumes sind an die jeweiligen Bedarfe anzupassen. Hierzu können Feedbackrunden eingerichtet werden, in der die Besucher*innen und Nutzer*innen die Angebote und Veranstaltungen bewerten.
Beteiligte	<p>Im Rahmen des Projektes KuDeQua können Unterstützungsstrukturen und Begleitung geboten werden; beteiligt sind die Stadt Dortmund, die NRW.BANK sowie das IAT.</p> <p>Für die Umsetzung des geplanten Konzepts sind weitere hauptverantwortliche Beteiligte und gegebenenfalls weitere ehrenamtliche Beteiligte zu involvieren.</p>
Raumanspruch	Aufgrund des Cafés und der Möglichkeit zum Co-Working / Repair-Café muss die Räumlichkeit Platz für einen kleinen Tresen sowie eine Werkbank bieten. Des Weiteren wären eine kleine Küche sowie ein kleines Büro notwendig. Benötigt werden ebenfalls WCs. Die Raumgröße des Hauptraumes sollte ~50 m <sup>2</sup> nicht unterschreiten.
Rechtsform	Als Rechtsform ist eine gemeinnützige gGmbH oder ein Verein ebenso denkbar wie eine Genossenschaft oder eine klassische GmbH.
Zeitraum	Das Geschäftsmodell ist unbefristet geplant. Die Begleitung durch das Projekt KuDeQua kann im Zeitraum vom 04.2018 bis zum 12.2019 im Rahmen des Reallabors erfolgen.
Kosten und Finanzierung	s.u.
Finanzierungshilfen	Mögliche Förderprogramme müssen situationspezifisch geprüft werden.
Beispiel ähnlicher Projekte	<p>Syntopia Duisburg (<a href="https://www.syntopia.info/">https://www.syntopia.info/</a>)</p> <p>Stadtteilladen Bochum (<a href="https://stadtteilweb.de/stadtteilladen/">https://stadtteilweb.de/stadtteilladen/</a>)</p> <p>Knut's Witten (<a href="http://knuts-witten.de/">http://knuts-witten.de/</a>)</p> <p>[...] raum Witten (<a href="http://arbeitundcafe.de/">http://arbeitundcafe.de/</a>)</p> <p>Kulturküche Mönchengladbach (<a href="http://kulturkueche.com/uber/konzept/">http://kulturkueche.com/uber/konzept/</a>)</p>

Die Ausgestaltung der konkreten Angebote muss in Absprache mit den jeweiligen Akteuren erfolgen. Der Raum soll derart gestaltet werden, dass er unterschiedliche Zielgruppen anspricht. Auch wenn im Quartier Marten insbesondere Angebote für junge Erwachsene und Studierende fehlen, ist es das Ziel, alle interessierten Bürger\*innen miteinzubeziehen. Der Aufbau des multifunktionalen Raumes sollte als konkretes physisches Reallabor aufgebaut werden, in dem Geschäftsmodelle von Unternehmer\*innen und Bürger\*innen erprobt werden können, ohne zu Beginn hohe finanzielle Risiken eingehen zu müssen. Weiterhin vorgesehen war, auf Basis von Versorgungslücken, weitere Angebote zu entwickeln und mögliche Modelle zum Erhalt zu testen. Damit ist der Raum nicht zu Beginn als „fertig“ anzusehen, sondern als stetiger Prozess, in dem durch Feedback der Besucher\*innen und Konsument\*innen sowie durch Begleitung und Beratung durch das Projektteam eine Nachjustierung stattfindet. Ein Überblick über erste Maßnahmen ist im Anhang zu finden.

Im Rahmen des Sommerfestes „Unter den Linden“ in der Straße „in der Meile“ wurde die Idee im Rahmen eines Mitmachspiels den Bürger\*innen vorgestellt (Abbildung 13).

Abbildung 13: Spielerischer Einbezug von Akteuren auf dem Sommerfest Marten 2018



Quelle: KuDeQua

Ziel des Spiels war es, die Dienstleistungsangebote weiter zu fokussieren, Interesse und Neugier zu wecken und Akteure für die Umsetzung zu gewinnen, denn es wurde deutlich, dass zwar viele die Idee begrüßten und auch unterstützten, jedoch niemand gefunden werden konnte, die / der (Mit-)Verantwortung für den Aufbau und die Ausgestaltung des Konzeptes zu übernehmen bereit war. Trotz intensiver Gespräche mit verschiedenen Akteuren (insbesondere Wirtschaftsförderung, aber auch Jobcenter, Social-Startup Day etc.) konnte kein hauptverantwortlicher Akteur gefunden werden. Aus diesem Grund wurde der Versuch unternommen, mit Hilfe einer durch das Projekt KuDeQua bereitzustellenden Räumlichkeit Aktivitäten anzustoßen und den Raum mit verschiedenen Akteuren zu entwickeln. Gesucht wurden hierfür Leerstände im Quartier, die für die Realisierung des Konzeptes geeignet waren. Da keine städtische Immobilie zur Verfügung stand und es einen Ratsbeschluss gab, nach dem die Stadt Dortmund keine weiteren Flächen anmieten darf, sondern zunächst bestehende Flächen nutzen

soll, wurde für die Gewinnung eines Ladenlokals ein/e Kooperationspartner\*in gesucht. Die Suche gestaltete sich aus mehreren Gründen schwierig: So befindet sich der Großteil der Immobilien in zentraler Lage in Alt-Martens in Privatbesitz. Die Identifizierung der Immobilieneigentümer\*innen sowie die Kontaktaufnahme wird damit deutlich erschwert. Zudem beinhaltet das Konzept als Ankerangebot ein Café / Bistro / Kneipe. Durch die notwendigen Anforderungen an die Räumlichkeit dezimierte sich die Anzahl potenziell in Frage kommender Immobilien. Erschwerend kam die Notwendigkeit eines zeitnahen Bezuges vor dem Hintergrund der Projektlaufzeit sowie eine kostengünstige Anmietung zur Realisierung des Vorhabens hinzu.<sup>20</sup> Als Partner konnte ein Wohnungsunternehmen gefunden werden, welches sich bereit erklärte, eine leerstehende Lokalität im Rahmen einer Kooperation kostengünstig zur Verfügung zu stellen. Die Gespräche für die Anmietung und die Aushandlung der Rahmenbedingungen haben sich als sehr langwierig und zeitintensiv herausgestellt. Zum einen aufgrund der Vielzahl an Ansprechpartner\*innen bei der Stadt Dortmund, da hier verschiedene Fachbereiche mit einbezogen werden mussten. Zum anderen aufgrund der zahlreichen Entscheidungsebenen im Wohnungsunternehmen. Letztlich konnte das Ladenlokal nicht angemietet werden, da der Ist-Zustand aufgrund diverser baulicher Mängel eine Nutzung zum entsprechenden Zeitpunkt nicht möglich machte und das Wohnungsunternehmen vor dem Hintergrund der kostengünstig vereinbarten Nutzung nicht bereit war, zusätzlich die Kosten für die anfallenden Renovierungsarbeiten zu übernehmen. Der Zeitfaktor spielte hier eine entscheidende Rolle, unterschieden sich doch die zeitlichen Vorstellungen der Kommune, des Wohnungsunternehmens und des Forschungsprojekts erheblich. Deutlich wurde, dass eine angestrebte Zwischennutzung nur dann gelingen kann, wenn ausreichend Zeit für bürokratische Angelegenheiten (etwa die Beantragung einer Nutzungsänderung, welche einen Zeitraum von bis zu neun Monaten beanspruchen kann) und Verhandlungsprozesse angesetzt werden.

Aus diesem Grund wurde das weitere Vorgehen in Martens angepasst. Zum einen wurde zur Information und Qualifizierung der Akteure im Quartier (Verwaltung, Bürger\*innen u.a.) eine Veranstaltungsreihe auf den Weg gebracht. Zum anderen wurde das Konzept des multifunktionalen Raums nach Rücksprache mit der interessierten Wirtschaftsförderung hinsichtlich einer möglichen Umsetzung in der durch die Wirtschaftsförderung angemieteten Immobilie, dem Martener „Meilenstein“, weiterentwickelt und angepasst, um dieses auch nach Ende der Projektlaufzeit in Teilen umzusetzen.

Ziel der Veranstaltungsreihe war es, über Möglichkeiten der Quartiersentwicklung anhand ausgewählter Beispiele zu informieren, um vor allem den Bürger\*innen neue Ideen mit auf den Weg zu geben und diese damit zu motivieren sich zu qualifizieren und zu aktivieren. Die Veranstaltungen fanden in unterschiedlichen Räumlichkeiten Martens statt. Dies hatte den Hintergrund bereits vorhandene Angebote in Martens für die Bewohnerschaft sichtbar zu machen, Neutralität gegenüber den Dienstleistungsanbieter\*innen zu wahren und Möglichkeitsräume in Martens aufzuzeigen. So wurde etwa eine Veranstaltung in einer leerstehenden Metzgerei durchgeführt, eine weitere in der Hauptzentrale des ZWAR e.V.

---

<sup>20</sup> In dem Projekt „KuDeQua“ waren keine finanziellen Mittel für konkrete Umsetzungsmaßnahmen, wie bspw. Mieten, vorgesehen.

Abbildung 14: Veranstaltungsorte Dortmund-Marten



Quelle: KuDeQua

Die Reihe bestand aus sechs Veranstaltungen zu unterschiedlichen Themen (Abbildung 15), beginnend mit einer Auftaktveranstaltung, in der die bisherigen Ergebnisse des Projekts sowie die Veranstaltungsreihe vorgestellt wurden.

Abbildung 15: Veranstaltungsreihe Dortmund-Marten



Quelle: KuDeQua

Zwei inhaltliche Vorträge stießen auf besonderes Interesse: In einem ersten Vortrag wurde über die Entwicklungen in der Dortmunder Nordstadt berichtet, u.a. die langjährige Förderung eines Quartiersmanagements. Hintergrund ist, dass die Nordstadt mit multiplen Herausforderungen konfrontiert ist und seit sehr langer Zeit Gelder u.a. aus der Städtebauförderung erhält. Auch wenn immer wieder betont wurde, dass die Herausforderungen in der Nordstadt nicht mit denen in Marten zu vergleichen seien, wurde im Zuge der Veranstaltung der Wunsch nach verstärkten Förderungen durch öffentliche Mittel deutlich. Im Rahmen der Diskussion wurde auch der Wunsch geäußert, ein durch öffentliche Mittel gefördertes Quartiersmanagement für Marten und somit eine feste Ansprechperson zu etablieren, die vor Ort „den Hut aufhat“ und die verschiedenen Entwicklungsstränge im Quartier zusammenführt.

In einem weiteren Vortrag wurde das Konzept „Tausche Bildung für Wohnen“<sup>21</sup> (vgl. Kapitel 2.2) aufgegriffen. Der Verein Tausche Bildung für Wohnen e.V. hat verschiedene Ziele: Durch die Bereitstellung einer Immobilie in einem strukturschwachen Quartier (häufig durch eine Wohnungsgesellschaft, wie

<sup>21</sup> <https://tauschebildung.org/>

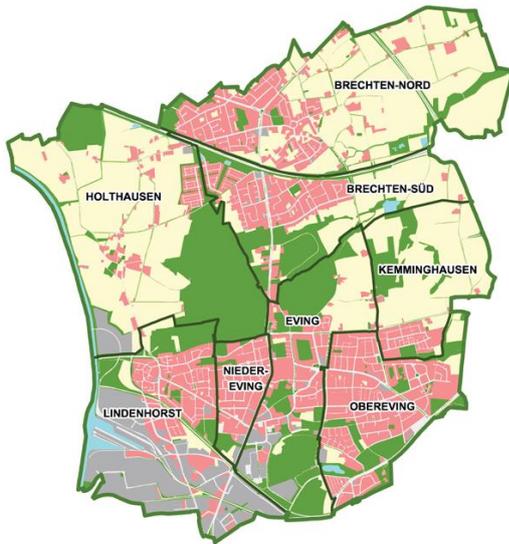
z.B. in Gelsenkirchen-Ückendorf) kann grundmietfreies Wohnen angeboten werden. Als Gegenleistung werden die Bewohner\*innen zu Pat\*innen für Kinder, um diesen in strukturschwachen Quartieren ein Lernförderungsangebot zu machen. Der Verein übernimmt die hierfür notwendigen Qualifizierungen und die Koordination. Ziel ist es, Kinder aus bildungsfernen Haushalten in einer ruhigen und freundlichen Umgebung zu fördern. Dabei geht es nicht nur um schulische Lehrinhalte, sondern auch um individuelles Coaching sowie das „gesellige Beisammensein“, das Vernetzen im Quartier und gemeinsames Spielen etc. So werden auch Ferienangebote vorgehalten. Für Marten ist dieses Projekt deshalb interessant, weil im Quartier viele kinderreiche Familien wohnen und die Anzahl der SGB-II-Empfänger relativ hoch ist. Zudem wurde in der Bestandserhebung angemerkt, dass Angebote für Kinder, z.B. im Bereich der Hausaufgabenbetreuung, fehlen. Hinzu kommt, dass die Pat\*innen häufig Auszubildende und Studierende sind. Wie bereits beschrieben, ist Marten u.a. aufgrund der Nähe zur Universität, potenziell interessant für Studierende. Ein solches Projekt könnte dazu beitragen den Standort über die Nähe zur Universität hinaus für Studierende attraktiver zu gestalten. Das Modell erhielt in der Veranstaltung großen Zuspruch durch die Teilnehmenden. Weitere Veranstaltungen erfolgten zu Finanzierungsinstrumenten für quartiersbezogene Unternehmungen und Einrichtungen sowie zu Chancen und Herausforderungen von Zwischennutzungen.

### **5.2.2 Dortmund Eving**

#### **Bestandsanalyse**

Der Stadtbezirk Eving liegt im Norden Dortmunds und zählt rund 38.000 Einwohner\*innen (2017). Während die nördlichen Unterbezirke Brechten, Holthausen und teilweise Kemminghausen von einer geringeren Siedlungsdichte, höherem Freiflächenanteil und landwirtschaftlichen Flächen geprägt sind, präsentiert sich der Süden mit den Unterbezirken Eving, Obereving, Untereving, Lindenhorst und teilweise Kemminghausen urbaner und industrieller. Der Bezirk gilt entsprechend als zweigeteilt und von Gegensätzen geprägt, wobei sich die wahrgenommenen Herausforderungen – u.a. das Thema Sauberkeit und Sicherheit – im Süden konzentrieren. KuDeQua konzentrierte sich in Eving im Projekt, auf Vorschlag der Stadt Dortmund, auf den Bereich Eving/Lindenhorst. Insbesondere die Unterbezirke Niedereving und Lindenhorst – der Bereich rund um die Bergstraße – wurde als Untersuchungsraum betrachtet.

Abbildung 16: Stadtbezirk Eving



Quelle: Stadt Dortmund 2015

Die Bergstraße ist rund 1,2 km lang und diente als ehemalige Verbindungsstraße der zwei Zechen Minister Stein und Fürst Hardenberg. Nach Schließung der Zechen in den 60er Jahren bzw. Minister Stein Ende der 80er Jahre ist die Bedeutung der Straße deutlich zurückgegangen. Die sinkende Nachfrage geht einher mit einer Konzentration der Nahversorgungsangebote an der Kreuzung Evinger Straße / Bergstraße, sodass Wohnen und Gewerbe heute stärker getrennt sind. Laut Einzelhandelskonzept der Stadt Dortmund ist eine Konzentration der Nahversorger an dieser Kreuzung erwünscht. Im Umfeld gibt es zahlreiche Angebote. Die Bergstraße selbst zeichnet sich dagegen durch einen hohen Leerstand aus, nur wenige kleine Geschäfte (Lotto, Metzgerei, Bäckerei) sind verblieben. Während eine Straßenseite zum großen Teil von Wohnbebauung geprägt ist, befinden sich auf der anderen Seite viele Gewerbeleerstände. Einige der Gebäude weisen einen hohen Sanierungs- und Investitionsstau auf, ebenso wie viele der leerstehenden kleinen Ladenlokale. Es gibt kaum barrierefreie Zugänge, es fehlt Platz zum Verweilen und für mögliche Begegnungen. Nördlich hinter der Bergstraße erstreckt sich eine alte Bergbaukolonie mit ansprechenden Häusern und schönem Baumbestand. Auch der südliche Bereich ist durch Wohngebiete gekennzeichnet, welche derzeit erweitert werden. Im südlichen Teil rund um die Bergstraße gibt es einen Sportplatz und der Grünzug beginnt.

Tabelle 8: Ausgewählte Indikatoren zur Bevölkerung in dem Unterbezirk Lindenhorst, dem Statistischen Bezirk Eving und Dortmund Insgesamt 2018

Indikatoren	Unterbezirk Lindenhorst	Stadtbezirk Eving	Dortmund
<b>Bevölkerungangaben</b>	<b>6.104</b>	<b>38.237</b>	<b>602.566</b>
<i>...davon anteilig in Prozent</i>			
...unter 6 Jahren	6,8%	5,9%	5,6%
...6 bis unter 18-Jahren	13,8%	11,6%	10,6%
...18 bis unter 30 Jahren	18,1%	15,6%	16,2%
...30 bis unter 50 Jahren	27,3%	26,6%	26,3%
...50 bis unter 65 Jahren	20,1%	21,0%	21,3%
...65 bis unter 80 Jahren	10,8%	13,4%	13,9%
...80 Jahre und älter	3,1%	5,9%	6,3%
... mit deutscher Staatsangehörigkeit ohne Migrationshintergrund	50,2%	58,1%	64,4%
... mit deutscher Staatsangehörigkeit mit Migrationshintergrund	18,4%	18,0%	17,4%
... mit keiner deutschen Staatsangehörigkeit	31,4%	23,9%	18,2%
Durchschnittsalter	39	42,7	43,3
Bevölkerungsentwicklung 2013-2018	7,7%	4,0%	3,2%

Quelle: Stadt Dortmund, Stabstelle Dortmunder Statistik, Statistikatlas 2019

Im Unterbezirk Lindenhorst leben rund 6.100 Bürger\*innen, im großen Stadtbezirk Eving rund 38.200 Menschen. Lindenhorst ist mit einem Durchschnittsalter von 39 Jahren sehr jung – auch im Vergleich zu Eving mit 42,7 Jahren und Dortmund von 43,3 Jahren (Tabelle 8). Auch die Anteilswerte der Kinder unter 6 Jahren sind mit 6,8 % höher als die entsprechenden Werte in Eving (5,9 %) oder Dortmund (5,6 %). Die Anteile der älteren Bevölkerung sowie der hochaltrigen Menschen liegen unterhalb derer von Eving und Dortmund: So beträgt der Anteil der älteren Menschen ab 80 Jahren in Lindenhorst 3,1 %, in Eving 5,9 % und in Dortmund gesamt 6,3 %. Die niedrigen Werte sind hier nicht dadurch zu erklären, dass es keine stationären Pflegeeinrichtungen gibt.

Der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt in Lindenhorst bei rund 50 %, in Eving liegt der Anteil mit rund 40 % unterhalb von Lindenhorst. Mit rund 31 % hat die Mehrheit der Personen mit Migrationshintergrund in Lindenhorst keine deutsche Staatsangehörigkeit, nur rund 20 % besitzen diese. Auch in Eving und Dortmund haben rund 18 % eine deutsche Staatsangehörigkeit, der Anteil der Menschen ohne deutschen Pass liegt mit 24 % in Eving und 18 % in Dortmund jedoch deutlich unterhalb der Vergleichswerte von Lindenhorst.

Der überdurchschnittliche Bevölkerungszuwachs von 7,7 % zwischen 2013 und 2018 (Eving 4 %, Dortmund 3,2 %) ist auf die Erschließung und Bebauung von ehemaligen Industrie- und Brachflächen zu Wohngebieten südlich der Bergstraße zurückzuführen. Die Dortmunder Gesellschaft für Wohnen mbH hat hier im „Sonnenhof“ barrierefreie und energiearme Wohnungen für die Zielgruppe Senior\*innen gebaut. Auch Einfamilienhäuser wurden hier gebaut. Zudem gibt es mit dem Haus Bethel vor Ort ein stationäres Angebot an inklusivem Wohnen. Der Vorteil des Wohngebiets ist darin zu sehen, dass auf ebener Fläche – ohne große Steigungen – ein naher Zugang zu dem zentralen Einkaufszentrum in Eving sowie zur Bahnhofstetelle mit direkter Anbindung an die Innenstadt vorliegt.

Tabelle 9: Ausgewählte Indikatoren in dem Unterbezirk Lindenhorst, dem Statistischen Bezirk Eving und Dortmund Insgesamt 2018

Indikatoren	Unterbezirk Lindenhorst	Stadtbezirk Eving	Dortmund
Anteil der über 18-Jährigen, die länger als 10 Jahre in der Wohnung wohnen, an der Bevölkerung ab 18 Jahren	45,7%	48,6%	46,5%
Anteil Ein-Personen-Haushalte an allen Haushalten	42,3%	44,1%	48,8%
Anteil Alleinerziehender an allen Haushalten mit Kindern	24,0%	23,0%	24,6%
Anteil Älterer Menschen ab 65 Jahren in Ein-Personen-Haushalten	9,6%	13,1%	13,3%
Arbeitslosenquote	14,2%	11,0%	9,8%
Kinder im SGB II-Bezug (Sozialgeldquote)	45,7%	33,6%	29,1%
SGB II-Quote	23,4%	17,7%	15,0%
SGB XII-Quote (Grundsicherung im Alter)	6,8%	5,4%	6,6%

Quelle: Stadt Dortmund, Stabstelle Dortmunder Statistik, Statistikatlas 2019

Lindenhorst ist durch Armut geprägt. Fast ein Viertel der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist Leistungsbezieher des SGB II und mit einer Sozialgeldquote von 45 % wächst fast jedes zweite Kind in Lindenhorst in Armut auf (Tabelle 9). Damit steht Lindenhorst vor großen Herausforderungen. Der Anteil der Einpersonenhaushalte liegt mit 24 % etwa auf gesamtstädtischem Niveau. Insgesamt präsentiert sich das Quartier als ein „junger“ und migrantisch geprägter Teil Dortmunds mit problematischen Sozialdaten. Auf der anderen Seite bietet der Stadtteil günstige Mieten und profitiert von der guten Verkehrsanbindung an das Dortmunder Zentrum. Die Wohndauer über 10 Jahre von Menschen ab zehn Jahren liegt in Lindenhorst mit 45,7 % in etwa auf dem Niveau von Dortmund (46,5 %) und leicht unterhalb von Eving 48,6 %.

### Akteure und Netzwerke

Im Gegensatz zu dem eher dörflich strukturierten Marten ist das Quartier rund um die Bergstraße städtisch geprägt. Zwar gibt es zahlreiche Aktivitäten und Initiativen, diese sind jedoch sehr isoliert und untereinander nicht vernetzt. Als Vereine sind der Evinger Geschichtsverein e.V., der sich für die Geschichtspflege und Kulturförderung in Eving einsetzt und das Archiv für populäre Musik im Ruhrgebiet e.V. mit Sitz im „Evinger Schloss“, dem alten Wohlfahrtsgebäude der Zeche Minister Stein zu nennen, welches zwar wenige Berührungspunkte mit dem Quartier aufweist, jedoch Gäste aus aller Welt empfängt. Im Jahr 2017 ist die Initiative BergAuf gegründet worden. Ziel dieser Initiative ist es, das Quartier rund um die Bergstraße zu beleben. Die Anzahl der Engagierten ist jedoch mit rund fünf Personen sehr gering, so dass „eine kritische Masse“ fehlt, die etwas bewegen kann. Allerdings möchte die Initiative – unterstützt durch die Wirtschaftsförderung Dortmund u.a. mit der Bereitstellung einer Räumlichkeit als Treffpunkt – durch Aktionen (Straßenfest etc.) die Anzahl der Engagierten weiter ausbauen. Wichtiges Thema der Initiative ist die Sauberkeit und Ordnung im Quartier, die häufig kritisiert wurden. So setzt sich die Initiative insbesondere dafür ein, dass das Gebäude einer ehemaligen Brotfabrik nicht weiter verfällt. Zudem ist auch das unrechtmäßige Parken von Besucher\*innen eines größeren Veranstaltungsraums zentrales Thema.

Eine weitere quartiersweite Initiative ist der Gewerbeverein Eving. Dieser initiiert jährlich das Sommerfest für bestehende Initiativen und Unternehmen, welches großen Zuspruch erhält. Darüber hinaus

gibt es die verschiedenen Gemeinden, neben der katholischen und evangelischen Gemeinde u.a. verschiedene türkische Gemeinden sowie eine bosnische Gemeinde. Die Gemeindevertreter\*innen kennen sich gut, gemeinsame Aktivitäten oder Feste gibt es nicht. Ein kultureller Austausch – wie in der Nordstadt – wäre hier möglich.

### **Versorgungsengpässe und mögliche Anknüpfungspunkte für KuDeQua**

**Mobilität:** Angesichts zweier U-Bahn-Linien (U 41 und U 42), die den Bezirk in Nord-Süd-Richtung durchqueren, ist die Anbindung mit öffentlichem Nahverkehr, insbesondere an die Dortmunder Innenstadt, als gut zu bezeichnen. Dies wirkt sich auch auf die wahrgenommene Infrastruktur in anderen Bereichen positiv aus, da z.B. Arztpraxen, Bildungs- und Kultureinrichtungen im Zentrum in wenigen Minuten zu erreichen sind. Angemerkt wird allerdings auch, dass diese beiden Bahnlinien die Quartiere „zerschneiden“. Weitere Angebote des öffentlichen Nahverkehrs – u.a. ein Bus mit Linienführung entlang der Bergstraße – bewirken eine weitgehend positive Einschätzung des Angebots.

In dem Bereich **Gesundheit und Pflege** sei Eving insgesamt gut aufgestellt, ärztliche Praxen und Apotheken ausreichend vorhanden, auch ambulante und stationäre Pflegeangebote. Mit Bethel gibt es zudem ein inklusives Wohnprojekt. Lediglich das Fehlen einer Kinderarztpraxis wird erwähnt, die aber in der Innenstadt verfügbar sei.

**Bildung, Erziehung und Freizeit:** Für den Bezirk Eving werden diverse Projekte, Initiativen, Kooperationen und Netzwerke genannt. Es gibt Grundschulen, weiterführende Schulen sowie eine Außenstelle der Volkshochschule mit diversen Angeboten. Zudem ist eine Jugendfreizeitstätte, ein Schwimmbad, ein Sportplatz, diverse Spielplätze (teils mit Bürgerpat\*innenschaften) in überwiegend „normalem“ Zustand vorhanden. Ein lokaler Sportverein wird als sehr aktiv beschrieben. Allerdings seien die Sportangebote auf solche für Jungen und auf Fußball fokussiert. Auch nehme die Akzeptanz von Vereinsangeboten eher ab und sowohl Vereine als auch kirchliche Angebote litten unter schwindendem Engagement Ehrenamtlicher, sodass vor allem letztere wegbrechen. Angebote von freien Träger\*innen fehlen in Eving. Bemängelt wird das dünne Angebot an Freizeitaktivitäten und Treffpunkten für Jugendliche. Auch fehlt es an Hausaufgabenhilfe und Angeboten zum Spielen und Basteln. Insbesondere in letzter Zeit seien Plätze in der U-3, Ü-3 und OGS-Betreuung Mangelware und die Sprachförderung unzureichend. Dies gelte insbesondere für Lindenhorst. In den letzten Jahren habe sich die Situation verändert. Das Hinzukommen von „neuen“ Nationalitäten und Sprachen mache Bildungsarbeit wegen der mangelnden Sprachkenntnisse wesentlich schwieriger. Ein versuchsweise angebotener Wochenend-Deutschkurs für Eltern und Kinder sei auf keinerlei Resonanz gestoßen. Auch andere Angebote finden wenig Interesse. Dagegen organisieren die „etablierten“ migrantischen Communities – insbesondere die türkische – selbst Angebote speziell für Kinder aus türkeistämmigen Familien. Neben einem türkischen Kulturzentrum existieren türkische Elternvereine und ein bilingualer Kindergarten (Deutsch und Türkisch als Hauptsprachen). Allerdings bestehen kaum Kooperationen und der Zugang zur türkischen Community wird als schwierig beschrieben, mit Ausnahme der Aleviten.

Die Versorgung mit Geschäften und Einkaufsmöglichkeiten wird insgesamt als sehr gut angesehen. Insbesondere das neue Zentrum mit einem großen Verbrauchermarkt und diversen weiteren Einkaufsmöglichkeiten (Blumenladen, Bäckerei mit Café, Drogeriemarkt etc.) sowie einem großen Elektronikfachmarkt direkt gegenüber deckt den Bedarf. Versorgungslücken werden insofern kaum gesehen. Auch der in diesem Bereich neu etablierte Wochenmarkt werde gut angenommen und der türkische

Lebensmittelmarkt an der östlichen Bergstraße trägt zur Versorgung bei. Bemängelt wird lediglich, dass der Fußweg von der westlichen Bergstraße zum Zentrum relativ weit sei und die Schließung diverser kleinerer Läden in den vergangenen Jahren. Diese sei wesentlich von der Etablierung des neuen Zentrums verursacht worden. Insgesamt kann die Nahversorgung als gut bezeichnet werden.

Ein Mangel am Angebot haushaltsnaher Dienstleistungen wurde für Eving nicht formuliert.

Während die Wohnkolonien südlich und nördlich der Bergstraße ruhig und schön gelegen sind, ist die Bergstraße selbst sowie die Evinger Straße als nördliche Ausfahrtstraße (B 54) aus der Innenstadt sehr laut und stark befahren. Dies bewirkt zum einen eine höhere Emissionslast und zum anderen lädt die Straße nicht zum Verweilen ein.

### **Etablierung und Umsetzung des Quartierslabors**

Trotz der umfangreichen Analysen konnte zunächst kein konkreter Versorgungseingpass im Hinblick auf gesellschaftliche Dienste identifiziert werden. Neben der weiteren aktivierenden und unterstützenden Begleitung der Initiative BergAUF wurden aus diesem Grund zusätzlich tiefergehende Expert\*innengespräche mit ausgewählten religiösen Gemeinden vor Ort geführt. Trotz der zahlreichen Interviews sind hier, bis auf den gewünschten kulturellen Austausch, keine konkreten Ansatzpunkte identifiziert worden. Auch ein durch die Wirtschaftsförderung initiiertes und mit KuDeQua gemeinsam vorbereiteter Bürgerworkshop hat wenig weitere Ansatzpunkte hervorgebracht.

Über das Büro BergAUF konnte jedoch der Kontakt zu MOSAIK Dortmund e.V. hergestellt werden. Der Verein MOSAIK Dortmund e.V. wurde 2009 gegründet. Der Verein hat zum Ziel, die Wohn- und Lebensbedingungen für Menschen mit Unterstützungsbedarf zu verbessern und ist eine Initiative von Eltern mit größtenteils erwachsenen Menschen mit Einschränkungen und dementsprechendem Hilfebedarf. Neben dem Verein wurde 2015 eine Genossenschaft gegründet, die Trägerin des inklusiven Wohnprojekts ist. Die linke Hälfte wird von MOSAIK Leben in Vielfalt eG getragen: 1.269 m<sup>2</sup> Wohnfläche, 21 Wohneinheiten, 86,4% sind öffentlich gefördert, 13,6% frei finanziert. Die rechte Hälfte gehört einer Investor\*innengemeinschaft, hier entsteht ebenfalls sozialgeförderter Wohnraum. Das Herzstück des gesamten Wohnensembles ist ein vom gemeinnützigen Verein MOSAIK e.V. finanzierter barrierefreier Gemeinschaftsraum im Erdgeschoss. Hier wird Begegnung stattfinden – zwischen den Bewohner\*innen, dem direkten Umfeld und dem Quartier. Die Finanzierung der geschätzten Kosten von rund 3,8 Mio. Euro erfolgt größtenteils über öffentliche Förderungen, jedoch ist auch ein Eigenanteil zu erbringen.

Abbildung 17: Entwurf des inklusiven Wohnprojektes



Quelle: Andreas Schlösser, MOSAIK Dortmund eG

Als Herausforderung ist anzusehen, dass die zu erbringenden Anteilszeichnungen (abhängig von der anzumietenden Quadratmeterzahl) für viele der Interessierten nicht zu leisten ist, da viele auf öffentliche Leistungsbezüge angewiesen sind. Hier werden daher Spender\*innen gesucht, um diesen Menschen die Möglichkeit zu bieten, an diesem Projekt teilzuhaben. KuDeQua hat aus diesem Grund MOSAIK im Hinblick auf Öffentlichkeitsarbeit und mögliche Ansprechpartner\*innen beraten, Kontakte zu möglichen Spender\*innen hergestellt sowie alternative Finanzierungsmodelle ausgelotet.

In diesem Zusammenhang wurden u.a. mit verschiedenen Stiftungen Kontakt aufgenommen, um mögliche Förderungen oder Spenden auszuloten. Aufgrund bereits öffentlicher Anteilsförderungen waren hier bei einigen Stiftungen jedoch Grenzen gesetzt. Auch mit der Initiative "Selbstständiges Wohnen" des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe, der für die Teilhabe der Menschen nach SGB IX in Westfalen zuständig ist, wurde der Austausch gesucht. Als Ergebnis der Analysen ist festzuhalten, dass es hohe Hürden gibt, um selbstständiges inklusives Wohnen zu ermöglichen. Dies liegt auch an rechtlichen Hürden für die Nutzung von Wohngeldleistungen als Anteilszeichnung für Genossenschaften. Dieser Aspekt stellt einen Ansatzpunkt dar, um selbstbestimmtes inklusives Wohnen zu verbreiten.

### 5.3 Zentrale Ergebnisse und Reflexion aus den Quartierslaboren

Im Rahmen der Etablierung und Umsetzung der beiden Quartierslabore wurden folgende Erfahrungen gemacht:

**Interaktiver partizipativer Prozess:** Im Rahmen von KuDeQua wurde ein nachfrageorientierter Ansatz gewählt. Der Vorteil ist darin zu sehen, dass durch den offenen und breiten Zugang Bürger\*innen nicht vorab „gelenkt“ werden. Dieser Ansatz ist sehr zeitaufwändig, da Themen und mögliche Modelle weiter fokussiert und im Rahmen des gesamten Prozesses immer wieder reflektiert werden müssen. So wurden im Rahmen der Bestandserhebung viele Bedarfe genannt, die entweder keine Chancen hatten vor Ort umgesetzt zu werden, da z.B. keine Gewerbeflächen zur Verfügung standen. Zum Teil wurden auch Bedarfe geäußert, für die bereits Angebote existieren, die jedoch nicht bekannt waren. Die wahrgenommenen Versorgungslücken in Dortmund-Marten unterschieden sich deutlich von den tatsächlich vorgefundenen. Als Ursache ist zu sehen, dass die Bewohner\*innen die Schließung vieler Geschäfte

erlebt haben und sich die ehemalige Vielfalt an Einzelhandel und Dienstleistungsangeboten zurückwünschen. Auch aus anderen Studien ist bekannt, dass viele Bewohner\*innen die lokalen Angebote oftmals nicht kennen. In Lindenhorst war dieser Effekt weniger zu spüren. Dies könnte auch daran liegen, dass zwar auch hier viele Geschäfte geschlossen haben, aber auch viele neue Geschäfte, wie ein „türkischer Supermarkt“ sowie ein bilingualer (deutsch / türkischer) Kindergarten entstanden sind und somit die Bedürfnisse vieler Bewohner\*innen gedeckt sind.

Der bedarfsorientierte Zugang hatte zur Folge, dass erst nach einer ersten Fokussierung der Bedarfe die konkrete Aktivierung von Verantwortlichen erfolgen konnte. Es wurden in Marten verschiedene Aktivierungs- und Unterstützungsstrategien erprobt, die jedoch weder im Hinblick auf eine erfolgreiche Existenzgründung noch auf die Identifikation von hauptverantwortlichen Ehrenamtlichen erfolgreich war. Die Ursachen liegen zum einen darin, dass viele der Engagierten entweder beruflich oder bereits ehrenamtlich stark eingebunden sind und hier keine federführende Rolle übernehmen können. Zum anderen fehlen den Engagierten hier auch Kompetenzen, so dass sich nun die Kommune stärker aktiv in den Prozess einbringt, um die Dienste aufzubauen und Quartiersentwicklung noch aktiver gestaltet.

**Schließung von Versorgungslücken:** Die zentrale städtische Lage der ausgewählten Quartiere bewirkt, dass keine grundlegenden Versorgungsdefizite – wie in ländlichen Regionen z.B. durch die Schließung der letzten Hausarztpraxis im Dorf – vorlagen, sondern eher viele kleine, sehr ausdifferenzierte Lücken, wie z.B. Dienstleistungsangebote im Bereich der Hausbesuche, um die Lebensqualität der Menschen zu erhöhen. So hat das Thema Mobilität aufgrund der guten Anbindung kaum eine Rolle gespielt, bzw. die geäußerten Bedarfe konnten an die Verwaltung weitergetragen werden. Das Thema Barrierefreiheit konnte in beiden Quartieren auf einem Immobilitätstag platziert und hierüber informiert werden. Das Thema Gesundheit war weniger geprägt durch den Verlust der medizinischen Versorgungleistungen als durch den Wunsch nach spezifischen Angeboten u.a. für Gesundheitsförderung für Kinder. In beiden Quartieren ist das Thema jedoch bereits in relevanten Settings – wie den Kitas oder Schulen – platziert. Grundlage hierfür sind Förderungen der gesetzlichen Krankenkassen.

In beiden Quartieren wurde das Thema Austausch, Freizeit und Kultur formuliert. In Marten bestand der starke Wunsch Angebote für junge Erwachsene anzubieten. Im Konzept des multifunktionalen Raums wurden diese Angebote als rentierliche „Anker“ vorgesehen und weitere fehlende Dienste, wie Vermittlung von Hausbesuchen etc. als schwachrentierliche Angebote mitplatziert. Das im Rahmen von KuDeQua entwickelte Konzept dient nun als Grundlage für die Weiterentwicklung des durch die Wirtschaftsförderung angemieteten Raumes. Mit Blick auf die zukünftigen Entwicklungen und vor dem Hintergrund des durch die Bürger\*innen geäußerten Bedarfs nach einer zentralen Ansprechperson im Quartier, wurde von Seiten der Stadt Dortmund im September 2020 eine unbefristete Stelle einer Quartierskoordination für das Quartier Marten eingerichtet. Die Stelle der Quartierskoordination für das Quartier Marten ist organisatorisch an die Koordinierungsstelle "nordwärts" angedockt und wird zu 50% durch einen der städtischen Projektmitarbeitenden aus KuDeQua besetzt. Als Bindeglied zur Verwaltung, wird die Quartierskoordination in Zukunft Bürger\*innen, Initiativen, Vereine, Politik und die Wirtschaft vor Ort in Fragen rund um die Themenbereiche Quartiersentwicklung, Gewerbeflächenmanagement und lokale Ökonomie unterstützen. Zudem soll sie im Quartier bereits angestoßene Entwicklungen harmonisiert weiterentwickeln und eigene Projekte – auch unter Berücksichtigung der Er-

kenntnisse aus KuDeQua und weiterer Projekte – anstoßen. Vor dem Hintergrund der einfachen Erreichbarkeit für die Bürger\*innen werden die Quartierskoordinatoren perspektivisch ein eigenes Büro direkt im Quartier beziehen.

In Lindenhorst ist das Thema kultureller Austausch sowie migrantische Ökonomie immer wieder thematisiert worden. Hier soll in Zukunft der Austausch und die Unterstützung migrantischer Betriebe weiter gefördert werden. Per Ratsbeschluss von Oktober 2020 wurde die Gründung und der Aufbau eines „Unterstützungszentrums ethnische Ökonomie“, ebenfalls angesiedelt an die Koordinierungsstelle "nordwärts", bei der Verwaltung in Auftrag gegeben. Das Unterstützungszentrum ethnische Ökonomie (UZEÖ) verfolgt die Ziele der Förderung und Stärkung der lokalen ethnischen Ökonomie durch zielgruppenspezifische, niedrighschwellige (Vor-)Beratungsangebote im Projektgebiet von "nordwärts", die Optimierung der Integration migrantischer Betriebe in das gesamtstädtische Wirtschaftsleben als Beitrag zur gleichberechtigten Teilhabe sowie die Potenzialentwicklung von Migrant\*innen für eine dauerhafte und sichere Selbstständigkeit. Weitere Ziele liegen in der Sicherung und Schaffung von (Vollzeit-)Arbeitsplätzen, der Gewinnung von Fachkräften, der Reduzierung von Unterbeschäftigung sowie der Sichtbarmachung der ethnischen, unternehmerischen Vielfalt. Auch die Initiative BergAUF wird durch die Kommune weiter begleitet.

Darüber hinaus konnte das Thema „Inklusives selbstständiges Wohnen“ als geäußertes Versorgungsdefizit angegangen werden. Mit der intensiven Begleitung von MOSAIK-Dortmund e.V. wurde deutlich sichtbar, wie hoch das Engagement von einzelnen Bürger\*innen ist. Es wurden aber auch Grenzen bürgerschaftliches Engagements sichtbar: Zum einen wurde im Rahmen der Umsetzung deutlich, dass das gewählte Finanzierungs- und Organisationsmodell der Genossenschaft in Hinblick auf die Zielgruppe, die zu einem großen Anteil über keine Kapitalersparnisse verfügt, sondern Leistungsbezieher des SGB IX sind, exkludierend wirken kann, da diese keine Anteile zeichnen können. Rechtlich ist es derzeit nicht möglich, die Leistungen als Kapitaleinlage zu nutzen. Um selbstbestimmtes inklusives Wohnen weiter zu erhöhen, müssen hier die rechtlichen Regelungen angepasst werden. Hierzu wird auch in Zukunft der Austausch gesucht. Wie auch bei vielen anderen Modellen wurde daraufhin der Versuch unternommen, einen Finanzierungsmix aufzubauen und durch Spenden an den Verein MOSAIK e.V. die Möglichkeit der Anteilszeichnung zu eröffnen. Dieser Prozess ist noch nicht abgeschlossen, da die Rahmenbedingungen (Corona-Pandemie sowie Kontaminierung des Bodens) dem entgegenstanden. Das KuDeQua-Team wird den Prozess jedoch weiter begleiten und aktiv unterstützen.

**Qualifizierung, Wissensvermittlung und Übertragung:** Im Rahmen der Quartierslabore konnten verschiedene Instrumente und Methoden in Hinblick auf die Ermittlung von Bedarfen sowie die Quartiersentwicklung erprobt sowie bestehende Initiativen und Akteure vor Ort weiter professionalisiert werden. Die Ergebnisse dieser Erfahrungen wurden insbesondere für die Zielgruppe Kommunen im „Wegweiser Quartiersentwicklung“ praxisnah aufbereitet und werden nun aktiv in der Zielgruppe verbreitet. Mit der hier vorliegenden Publikation werden zudem die tiefergehenden Analysen der Finanzierungs- und Organisationsmodelle aufgearbeitet und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

## 6 Fazit und Ausblick

Das von dem Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt „KuDeQua - Kultur- und demografiesensible Entwicklung (bürgerschaftlich getragener) Finanzierungs- und Organisationsmodelle für gesellschaftliche Dienstleistungen im Quartier“ thematisierte die zentrale Forschungsfrage, wie der Erhalt bzw. der (Wieder-)Aufbau gesellschaftlicher Dienste im Quartier mit Hilfe von (bürgerschaftlich getragenen) Finanzierungs- und Organisationsmodellen ausgestaltet werden kann. Im Fokus stand die Befähigung kommunaler Akteure, derartige Prozesse zu initiieren, zu begleiten und zu moderieren sowie die Befähigung, diese Konzepte umzusetzen.

Im Rahmen der Analysen konnte gezeigt werden, dass sich die Organisationsmodelle gesellschaftlicher Dienste nach gewinnorientierten sowie gemeinwohlorientierten Modellen differenzieren lassen und sich dementsprechend in ihrer Rentierlichkeit unterscheiden. Dies hat maßgebliche Folgen für die Zugänge zu externem Kapital. Während für rentierliche Vorhaben, gleich ob durch klassische gewinnorientierte oder sozial orientierte Unternehmen, prinzipiell der Zugang über Geschäftsbanken möglich ist, bleibt dieser Weg den bürgerschaftlich getragenen Modellen verwehrt. Dementsprechend weisen viele der Modelle einen Mix aus unterschiedlichen Organisationsformen und Finanzierungsinstrumenten auf. Viele Vereine, die oftmals nur geringe Finanzvolumina aufweisen, nehmen diese über Mitgliedsbeiträge ein. Oftmals erhalten sie auch öffentliche Mittel. Genossenschaftsmodelle oder auch gGmbHs erwirtschaften den Großteil ihrer Einnahmen. Viele Akteure starten ihre Aktivitäten für eine positive Quartiersentwicklung als lose Initiative. Im Laufe der Zeit und der zunehmenden Aktivitäten erfolgt eine Formalisierung der losen Strukturen – oftmals im ersten Schritt durch die Gründung eines Vereins und aufbauend hierauf ggf. die Gründung einer Genossenschaft, um auch finanziell größere Vorhaben realisieren zu können und um die förderrechtlichen Voraussetzungen mit einer neuen Rechtsform zu schaffen. U.a. zu nennen ist hier das Beispiel MOSAIK-Dortmund, welches im Rahmen von KuDeQua begleitet wurde.

Ob und inwiefern es gelingt eine zunehmende Verlagerung der Verantwortung und Träger\*innenschaft gesellschaftlicher Dienste von Staat (weg vom expandierenden Staat) und auch von der Wirtschaft (keine Marktfähigkeit) hin zur Zivilgesellschaft zu verlagern, hängt von vielen Faktoren ab. Im Rahmen der Analysen wurde deutlich, dass das Engagementpotenzial sehr unterschiedlich ist. Ausgangslage ist häufig die persönliche Betroffenheit und eigene Motivation. Engagement entsteht oftmals durch konkreten Handlungsdruck, wie etwa die Schließung des letzten Dorfladens (DORVZentren), „Gemeinsam gegen etwas protestieren“ (B-Side Münster) oder auch um neue Strukturen aufzubauen (MOSAIK-Dortmund). Für die Etablierung und Umsetzung werden „hauptamtliche Engagierte“ benötigt, die Aktivitäten steuern und koordinieren. Darüber hinaus bedarf es zur Umsetzung einer kritischen Anzahl an Freiwilligen. Die Anforderungen an die Engagierten (insbesondere die Hauptamtlichen) sind enorm: Neben den zum Teil sehr hohen zeitlichen Ressourcen, werden das fachliche Wissen sowie soziale Kompetenzen, insbesondere bei der Gründung formeller Strukturen, und Möglichkeiten der Finanzierung benötigt. Viele der Akteure qualifizieren sich bei der Gründung der Organisation selbst und müssen prüfen, welche Finanzierungszugänge ihnen offenstehen. Im Gegensatz zu dem bestehenden Beratungsnetzwerk für gewinnorientierte Unternehmen, fehlt es in Deutschland an einem solchen für gemeinwohlorientierte Vorhaben. Weder die Wirtschaftsförderungen noch die Freiwilligenagenturen

beraten in dieser Hinsicht. Erste Angebote im Bereich der Vernetzung, Beratung und Qualifizierung lassen sich für Gründer\*innen von Sozialunternehmen, z.B. in Form von Social-Startup-Days, finden.

Im Sinne der Sicherung der Übertragbarkeit wird aus den Erkenntnissen KuDeQuas empfohlen, eine kommunale Beratungs- und Begleitungsstruktur für die Etablierung von Finanzierungs- und Organisationsmodellen für bürgerschaftliches getragenes Engagement aufzubauen. Diese sollte als Anlaufstelle dienen,

- für die Aktivierung von gesellschaftlichem Engagement (Kenntnisse der Methoden & Instrumente zur Aktivierung, Akquirierung und Verstetigung);
- für die Gründungsberatung und weitere Begleitung eines für das Vorhaben geeigneten Finanzierungs- und Organisationskonzeptes (Kenntnisse der unterschiedlichen Organisations- und Finanzierungsmodelle, insbesondere auch alternativer Finanzierungsarten);
- für die Öffnung zu Finanzierungszugängen (Kenntnisse der Fördervorhaben von Bund, Land und Kommune; Stiftungen, Crowdfunding-Plattform etc.);
- für die Steigerung der Transparenz von Vorhaben und der Förderung eines regelmäßigen Austauschs, um voneinander zu lernen (Kenntnisse der Vorhaben und Netzwerke).

Voraussetzung für die Etablierung einer solchen Unterstützungsstruktur ist ein integriertes Verständnis der Quartiers- und Stadtentwicklung und eine Zusammenarbeit der verschiedenen Fachämter, wie Wirtschaftsförderung, Stadtplanung und -entwicklung, Soziales, Wohnen, Umwelt und der Freiwilligenagenturen. Da es sich hierbei um eine freiwillige kommunale Aufgabe handelt, muss der politische Wille hierfür gesichert sein. Zudem muss auch finanzschwachen Kommunen der Weg hierfür geöffnet werden, ggf. durch Fördermittel des Bundes oder der Länder. Bei den derzeitigen Überlegungen für eine Ausweitung der Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“ auf die Sicherung der Daseinsvorsorge zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland könnte dieser Aspekt Berücksichtigung finden.

Die Etablierung eines solchen Unterstützungsregimes kann helfen, Versorgungslücken im Hinblick auf gesellschaftliche Dienste durch ehrenamtliches Engagement zu schließen und Quartiere neu zu beleben. Allerdings ist dies kein Garant für eine erfolgreiche Aktivierung, denn insbesondere in Quartieren, die vor großen sozialen Herausforderungen stehen, ist das Engagementpotenzial geringer ausgeprägt und es besteht die Gefahr, räumliche Disparitäten zu erhöhen.

Darüber hinaus sollte auch die Gründungs- und Beratungsstruktur für rentierliche Vorhaben weiter optimiert werden. Aus den Ergebnissen von KuDeQua ergeben sich für Kommunen folgende Empfehlungen:

- Angebot und Nachfrage näher zusammenbringen („Quartier sucht Gründer\*innen“): Durch die Begleitung von Existenzgründer\*innen haben die Ämter oder Gesellschaften für Wirtschaftsförderung und andere Institutionen wie Arbeitsagentur, JobCenter, Industrie- und Handelskammer (IHK) Kenntnis über das Gründungsgeschehen in ihrer Kommune. U.a. könnten auch die Programme zur Förderung der Arbeitsmarkteilhabe (SGB II 16i) genutzt werden, um Bedarfe in den Quartieren gezielt zu decken und so erste Finanzierungen sicherzustellen. Die Verschneidung

mit Bedarfen gesellschaftlicher Dienstleistungsangebote in den Quartieren erfordert eine stärkere sozialräumliche Orientierung des kommunalen Handels und der Zusammenarbeit der relevanten Fachämter.

- Verwaltungslots\*innen etablieren: Gründer\*innen können unterstützt werden, indem „Verwaltungslots\*innen“ bei allen kommunalen Fragestellungen als Ansprechpartner\*in zur Verfügung stehen und die für eine Gründung notwendigen Schritte verwaltungstechnisch begleiten.
- Förderprämien ausweisen: Externe Unternehmensberater\*innen sind für Kleinstgründungen nicht finanzierbar. Mit dem Modell von Förderprämien für Unternehmensberater\*innen, die die Kommune nach erfolgreicher Gründung und Etablierung an die externen Unternehmensberater\*innen zahlt, kann ein Anreizsystem geschaffen werden.
- Mikrofinanzierungsinstitute unterstützen: Kommunen sollten als Unterstützerinnen oder Betreiberinnen eines akkreditierten Mikrofinanzierungsinstituts agieren, um flexible Mikrofinanzierungen anbieten zu können. Hier ist eine Kooperation bzw. Zusammenarbeit mit den kommunalen Sparkassen denkbar.
- Die Benennung und Priorisierung kommunaler Aufgaben und der dafür notwendigen finanziellen Ressourcen sollte unter dem Aspekt Stadt- / Sozialrendite erfolgen. Der Begriff „Wirtschaftlichkeit“ darf nicht nur in einem betriebswirtschaftlichen Sinne interpretiert werden, sondern auch in einem größeren Kontext der Stadt- und Quartiersentwicklung im Sinne der Stadt- / Sozialrendite. Jede erfolgreiche Gründung aus der Arbeitslosigkeit ist nicht nur als wirtschaftlicher Erfolg zu werten, sondern auch ein Beitrag zur Stabilisierung von Sozial- und Quartiersstrukturen.
- Unternehmer\*innen zusammenbringen und Infrastruktur anbieten: Auch bei gewinnorientierten Unternehmen kann eine Bündelung von Diensten sinnvoll sein. Es können neue Versorgungsmodelle, wie Mehrfunktionshäuser bzw. multifunktionale Räume mitgedacht werden, um Existenzgründer\*innen zu unterstützen und die Finanzierung und Organisation auf eine breitere Basis zu stellen. Die Bereitstellung von Infrastruktur, z.B. in Form von Räumlichkeiten kann vor allem in der Anfangsphase von Gründungen helfen, Geschäftsmodelle ohne großes finanzielles Risiko und lange Vertragslaufzeiten zu erproben und auf die jeweiligen Situationen im Quartier anzupassen.

Für den Auf- und Ausbau gesellschaftlicher Dienste können auf Seiten des Bundes und / oder der Länder folgende Unterstützungsleistungen erfolgen:

- Existenzgründungsprogramme der KfW können bei der Umsetzung von (rentierlichen) Vorhaben wichtig sein. Hier ist zu prüfen, ob und in welcher Form die Förderbedingungen so geändert werden können, dass auch eingetragene Vereine (e.V.) bzw. neue gegründete Genossenschaften, die über keine Geschäftshistorie oder Sicherheiten verfügen, einen Förderzugang erhalten können, z.B. indem Bundesbürgschaften vergeben werden.
- Besondere Förderbedingungen mit günstigen Förderkrediten (Zinsen unterhalb des Marktes und / oder Tilgungszuschüssen) für Social-Startups, als besondere Teilmenge von Unternehmensgründungen, können die Gründung dieser Zielgruppe erleichtern.
- Die Mikrofinanzierung über den Mikrofinanzierungsfonds Deutschland stellt ein wichtiges Finanzierungsangebot dar, das in der nächsten Förderperiode ausgebaut werden sollte. Die Finanzie-

rung mit Mikrofinanzierungskrediten ist durch die in den Bundesländern agierenden Mikrofinanzierungsinstitute begrenzt, ebenso das jeweilige Haftungskapital der einzelnen Mikrofinanzierungsinstitute. Hier ist zu prüfen, welche Modelle sich eignen, damit MFI mehr Kleinstkredite vergeben können.

- In den Niederlanden können private Kapitalanleger\*innen Gründungen finanzieren, entweder direkt als Kreditvergabe an Gründer\*innen und mit Steuerbefreiung der Zinserträge oder indirekt mit dem „Tante Agathe Fonds“, der zu 70 Prozent in soziale / nachhaltige Gründungen (first time entrepreneurs) investiert. Private Kapitalanleger\*innen erhalten Steuervergünstigungen durch den Staat.
- Neben der finanziellen Unterstützung über Förderprogramme und -zuschüsse kann die öffentliche Hand mit Fördergeldern die Entwicklung von Tragfähigkeitskonzepten und mit Zuschüssen die Aktivitäten des Ehrenamtes unterstützen.
- Der Förderansatz des NRW.BANK-Mikrodarlehens Personen mit einem erschwerten Kapitalmarktzugang anzusprechen, da keine Sicherheiten oder Bonitätsnachweise erbracht werden müssen, stellt einen wichtigen Baustein der Förderlandschaft in NRW dar, der auf Bundesebene übertragen werden könnte.
- Mit dem Förderansatz von kommunalen Stadtentwicklungsfonds können Kommunen selbst steuern und auch schwach rentierlichen Projekten einen Finanzierungszugang ermöglichen.
- Die nordrhein-westfälischen Programme „Dritte Orte“ und auch „Initiative ergreifen“ fördern u.a. über die Finanzierung von externen Moderationsleistungen bei ausgewählten Modellprojekten und die Entwicklung von Tragfähigkeitskonzepten. Es ist zu prüfen, welche Unterstützungsstrukturen – auf Ebene von Land, Region oder Kommune – geeignet sind, um diesen Förderansatz weiter zu fokussieren.

Aus den aufgeführten Ergebnissen von KuDeQua ergeben sich folgende weitergehende Forschungsfragen:

- Aus der Engagementforschung ist bekannt, dass bürgerschaftliches Engagement nicht immer dem Gemeinwohl dient, sondern auch den eigenen Interessen und damit exkludierend wirken kann. Eine systematische Analyse, inwiefern Engagement auch dazu führt, dass bestimmte Milieus und deren Interessen im Hinblick auf Quartiersentwicklung nicht bedient werden, gibt es nicht und sollte tiefgehend erforscht werden.
- In diesem Zusammenhang muss auch die Frage gestellt werden, inwiefern die zunehmende Verlagerung gesellschaftlicher Dienste auf die Gesellschaft zu einer Erhöhung regionaler Disparitäten führt. So ist aus Engagement-Studien bekannt, dass Engagement in strukturschwachen Regionen geringer ausgeprägt ist. Dies kann dazu führen, dass die ohnehin schon schlechter versorgten strukturschwachen Regionen weiter abfallen, da sich hier keine Engagierten aktivieren lassen und in den gutsituierten Räumen dagegen Dienste vorgehalten werden und sich Ungleichheit weiter verschärft.
- Aufgrund der Corona-Pandemie und des „Lock-Down“ kam und kommt es zu wirtschaftlichen Rückgängen und auch die Arbeitsmarktlage wird sich weiter verschärfen. Während bei letzterer Kurzarbeit derzeit noch starke Einbrüche verhindert, spielen die Folgen für die ehrenamtlich geführten Strukturen und Finanzierungsmodelle bisher in der öffentlichen Debatte kaum eine

Rolle. Doch auch hier hat es massive Einbrüche gegeben, die zu Versorgungslücken führen. Zudem ist ungewiss, inwiefern diese Strukturen wieder aufgebaut werden können. Die Folgen von Corona für das bürgerschaftliche Engagement in Hinblick auf gesellschaftliche Dienste (im Quartier) sollte hier stärker beleuchtet werden.

- Im Rahmen dieses Förderprojektes sowie zahlreicher andere Vorhaben wurden viele wichtige Erkenntnisse zur Entwicklung gesellschaftlicher Dienste gewonnen, u.a. im Hinblick auf die Motivation der Akteure, den Entstehungshintergrund, die Rolle der Kommunen, mögliche Finanzierungsangebote und -anforderungen sowie mögliche Organisationsmodelle. Für eine tiefergehende Analyse mit Fokus auf eine nachhaltige Entwicklung wäre eine systematische ex-post-Analyse der verschiedenen Vorhaben hilfreich, die nicht direkt im Anschluss der Förderperiode erfolgt. Wünschenswert wäre eine Analyse jeweils nach einem – bis fünf Jahren nach Ablauf der Förderperiode, um, ähnlich wie bei privatwirtschaftlich agierenden Unternehmen, „Überlebensraten“ angestoßener Initiativen zu erfassen. Neben der rein quantitativen Erfassung sollten auch qualitative Faktoren, also Ursachen, Rahmenbedingungen (Entstehungshintergrund, angebotene Dienste, regionaler Hintergrund, Akteure etc.) erhoben werden, um die Weiterentwicklung und ggf. auch die Auflösungsgründe zu ermitteln, und um Erfolgchancen und Hemmfaktoren für den nachhaltigen Aufbau von Finanzierungs- und Organisationmodellen gesellschaftlicher Dienste im Quartier tiefergehend zu erfassen. Dabei sollte die Rolle der Kommune bei den jeweiligen Aktivitäten immer mitbetrachtet werden.

## 7 Literaturverzeichnis

- Bandemer, S. von, Hilbert, J. (2005): Vom expandierenden zum aktivierenden Staat. In: Blanke, B., Bandemer, S. von / N., Frank / Wewer, G. (Hrsg.): Handbuch zur Verwaltungsreform. 3., völlig überarb. und erw. Aufl. Wiesbaden: VS Verl. für Sozialwiss., S. 26-35.
- Bayerischer Landtag (2018) (Hrsg.): Bericht der Enquete-Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse in ganz Bayern“, Drucksache 17/19700.
- Blum, A., Egermann, M., Ehnert, F., Reiß, K. (2016): Nachhaltig leben in Dresden – Bausteine für den Wandel zu einer zukunftsfähigen Stadtgesellschaft. Ergebnisdokumentation des im 7. Forschungsrahmenprogramm der EU geförderten Projektes „Accelerating and Rescaling Transitions to Sustainability“ (ARTS). Online unter: [https://www.ioer.de/fileadmin/internet/IOER\\_Projekte/ARTS/NachhaltiglebeninDresden\\_final\\_web.pdf](https://www.ioer.de/fileadmin/internet/IOER_Projekte/ARTS/NachhaltiglebeninDresden_final_web.pdf).
- Beecroft, R., Trenks, H., Rhodius, R., Benighaus, C., Parodi, O. (2018) Reallabore als Rahmen transformativer und transdisziplinärer Forschung: Ziele und Designprinzipien. In: Defila, R., Di Guiloli, A. (Hrsg.) (2018) Transdisziplinär undtransformativ forschen. Springer VS, Wiesbaden.
- Buhl, S., Richter, A.K. (2018): Raum neu gefasst: Wie verteilen sich Arztpraxen in Nordrhein-Westfalen? Potenziale georeferenzierter Auswertungen des statistischen Unternehmensregisters. Statistik kompakt /2018 Information und Technik NRW, Düsseldorf. Online unter: <https://webshop.it.nrw.de/gratis/Z259%20201859.pdf> (30.08.2020).

- BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) (2017): Zweiter Bericht über die Entwicklung des bürgerschaftlichen Engagements in der Bundesrepublik Deutschland. Deutscher Bundestag Drucksache 18/11800.
- BMI - Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (Hrsg.) (2019): Neue Partner für die Quartiersentwicklung. Mit gemeinwohlorientierten Initiativen Stadt gestalten. Online unter: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/suche/neue-partner-fuer-die-quartiersentwicklung-1688504> (07.08.2020).
- BMVBS - Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (Hrsg.) (2011): Stadtentwicklungsfonds in Deutschland. BMVBS-Online-Publikation 14/2011. Berlin. Online unter: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVBS/Online/2011/DL\\_ON142011.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/ministerien/BMVBS/Online/2011/DL_ON142011.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (15.05.2020).
- BMVI – Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (Hrsg.), BBSR – Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (2010): Regionalstrategie Daseinsvorsorge. Leitfaden für die Praxis. Bonn, Berlin.
- Bölük, R., Bräutigam, C., Circel, M. (2017): Gemeinsam zuhause? Birlikte evde? Wohnalternativen für pflegebedürftige türkische Migrantinnen und Migranten. Endbericht. Online unter: [https://www.gkv-spitzenverband.de/media/dokumente/pflegeversicherung/forschung/projekte\\_wohnen\\_45f/projekttyp\\_c/2017\\_01\\_IAT-Endbericht\\_tuerkische\\_Migranten.pdf](https://www.gkv-spitzenverband.de/media/dokumente/pflegeversicherung/forschung/projekte_wohnen_45f/projekttyp_c/2017_01_IAT-Endbericht_tuerkische_Migranten.pdf) (27.08.2019).
- Bormann, R. et al. (2016): Das soziale Quartier – Quartierspolitik für Teilhabe, Zusammenhalt und Lebensqualität. Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Wirtschafts- und Sozialpolitik WiSo. Online unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/12366.pdf> (27.08.2019).
- Brandt, M., Dahlbeck, E., Flögel, F., Gärtner, S., Schlieter, D., Schilcher, C. (2019): Raum und Unternehmen. Zur Funktionsweise von Unternehmensengagement in Regionen mit Entwicklungsbedarf. In: Rehfeld, D., Gärtner, S., Terstriep, J., Butzin, A. (Hrsg.): Innovation, Raum und Kultur, Band 4. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Brocchi, D. (2019): Große Transformation im Quartier. Wie aus gelebter Demokratie Nachhaltigkeit wird. oekom verlag, München.
- Dahlbeck, E., Neu, M., Flögel, F., Gärtner, S., Wettig, S., Schräpler, J.-P., Gehne, D. H. (2020): Regionale Lebensverhältnisse: Ein Messkonzept zur Bewertung ungleicher Lebensverhältnisse in den Teilräumen Deutschlands. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Studie zum Modellvorhaben Regionale Lebensverhältnisse. Online unter: [https://www.iat.eu/aktuell/veroeff/2020/dahlbeck\\_floegel\\_gaertner\\_wettig01.pdf](https://www.iat.eu/aktuell/veroeff/2020/dahlbeck_floegel_gaertner_wettig01.pdf) (27.08.2019).
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Deutscher Bundestag Drucksache 14/8900. Download unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>
- Einig, K. (2009): Koordination der Anpassung der Daseinsvorsorge an den demografischen Wandel durch Meta-Regulierung und Netzwerk-governance. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. VS Verlag, Wiesbaden; S. 39-66.

- Engler, U. (2008): Rechtsformen für Sozialunternehmen. In: Nomos Arbeitshilfe, Sozial Wirtschaft, 01/2008. Online unter: [https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/1613-0707-2008-1-28.pdf?download\\_full\\_pdf=1](https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/1613-0707-2008-1-28.pdf?download_full_pdf=1).
- Evers, A., Klie, T., Roß, P.-S. (2015): Die Vielfalt des Engagements. In: APUZ – Aus Politik und Zeitgeschichte 14-15/2015, S. 3-9.
- Faller, B., Willsmeier, N., Kleine-König, C. (2017): Unternehmen in der sozialen Quartiersentwicklung. In: Albers, H.-H., Hartenstein, F. (Hrsg.): CSR und Stadtentwicklung. Unternehmen als Partner für eine nachhaltige Stadtentwicklung. Management-Reihe Corporate Social Responsibility. Springer Gabler, Berlin. S. 3-22.
- Faller, B., Hettich, F., Ritter, J., Burgdorf, F. (2019): Gemeinwohlorientierte Initiativen in der Quartiersentwicklung. Endbericht der städtebaulichen Begleitforschung. I.A. des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Online unter: <https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/forschung/programme/staedtebauforderung/Forschungsprogramme/Programmuebergreifend/Projekte/gemeinwohl-quartier/endbericht.pdf?blob=publicationFile&v=1> (27.08.2019).
- Fraunhofer-Zentrum für Internationales Management und Wissensökonomie (IMW) (2019): Kommunales Crowdfunding im Freistaat Sachsen. Neue Wege in der Finanzierung kommunaler Projekte. Leipzig
- Gärtner, S., Flögel, F. (2017): Raum und Banken. Zur Funktionsweise regionaler Banken. In: Rehfeld, D., Gärtner, S., Terstriep, J., Butzin, A. (Hrsg.): Innovation, Raum und Kultur, Band 2. Nomos Verlag, Baden-Baden.
- Gesemann, F., Roth, R. (2015a): Engagement im Quartier. In: bpb (Hrsg.): Aus Politik und Zeitgeschichte – Engagement. 65. Jahrgang, 14–15/2015, 30. März 2015. S. 35-41.
- Gesemann, F., Roth, R. (2015b): Engagement im Quartier. In: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR) (Hrsg.): Engagement im Quartier. BBSR-Online-Publikation 04/2015, Bonn.
- Grießhammer, R., Brohmann, B. (2015): Wie Transformationen und gesellschaftliche Innovationen gelingen können: Transformationsstrategien und Models of Change für nachhaltigen gesellschaftlichen Wandel. Freiburg im Breisgau.
- Grohs, S., Reiter, R. (2014): Kommunale Sozialpolitik – Handlungsoptionen bei engen Spielräumen. In: WISO Diskurs, November 2014, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Online unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/11017.pdf> (31.08.2020).
- Grzesiok, S. (2018): Bündnisse für Wohnen im Quartier. Ein Format integrierter und kooperativer Quartiersentwicklung. Springer VS, Wiesbaden.
- Hahne, U. (2019): Wirtschaftsförderung 4.0 als Teil integrierter Stadtentwicklungspolitik. Paper im Rahmen des Forschungsprojektes Wirtschaftsförderung 4.0 - Entwicklung und Umsetzung von Konzepten zur Stärkung kollaborativer Resilienzinitiativen in Kommunen. Wuppertal-Institut für Klima, Umwelt, Energie gGmbH. Online unter: <https://www.wirtschaftsfoerderungviernull.de/berichte/> (18.05.2020).

- Haunstein, S., Thürling, M. (2017): Aktueller Gründungsboom – Genossenschaften liegen im Trend. In: Nationalatlasaktuell 11 (02.2017)2. Leipzig: Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL). Online unter: [http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/17\\_02\\_Genossenschaften.pdf](http://aktuell.nationalatlas.de/wp-content/uploads/17_02_Genossenschaften.pdf) (27.08.2019).
- Henckel, D., Pätzold, R., Zahn, A., Adrian, L. (2007): Leerstandsmanagement in Geschäftsstraßen. Deutsches Seminar für Städtebau und Wirtschaft (DSSW). Online unter: [https://www.econ-isr.tu-berlin.de/fileadmin/fg283/Infos/Forschungsprojekte\\_Berichte/Leerstandsmanagement\\_2007.pdf](https://www.econ-isr.tu-berlin.de/fileadmin/fg283/Infos/Forschungsprojekte_Berichte/Leerstandsmanagement_2007.pdf) (27.08.2019).
- Hilbert, J., Bienzeisler, B., Becka, D. (2013): Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen - gestalten und finanzieren: Memorandum des Arbeitskreises Dienstleistungen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. WiSo-Diskurs: Expertisen und Dokumentationen zur Wirtschafts- und Sozialpolitik. ISBN 978-3-86498-716-8.
- Huxhold, O., Hameister, N. (2017): Soziale Einbettung und freiwilliges Engagement. In: J. Simonson, J. Vogel, C. Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Springer VS, Wiesbaden. S. 499-520.
- Kamp-Murböck, M. (2006): Die Soziale Stadt für Kinder und Jugendliche – Perspektiven von Quartiersentwicklung und Lokalem Aktionsplan in E&C-Gebieten. Dokumentation der E&C-Zielgruppenkonferenz der Quartiersmanager/innen vom 26. und 27. April 2006.
- Kersten, J. (2009): Wandel der Daseinsvorsorge - Von der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zur wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Kohäsion. In: Neu, C. (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. VS Verlag, Wiesbaden; S. 22-38.
- KfW - Kreditanstalt für Wiederaufbau Gründungsmonitor (2019): 3. Download unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Gr%C3%BCndungsmonitor/KfW-Gruendungsmonitor-2019.pdf> (27.08.2019).
- Klemisch, H., Vogt, W. (2012): Genossenschaften und ihre Potenziale für eine sozial gerechte und nachhaltige Wirtschaftsweise. Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. In: WiSo Diskurs 2012. Online unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/09500-20121204.pdf> (27.08.2019).
- Knorr, A. (2005): Gemeinwohl und Daseinsvorsorge in der Infrastruktur. In: Hartwig, K.-H., Knorr, A. (Hrsg.): Neuere Entwicklungen in der Infrastrukturpolitik. Beiträge aus dem Institut für Verkehrswissenschaft an der Universität Münster. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen. S. 31-53.
- Langguth, F., Butzin, A., Elbe, S., Faller, B., Gärtner, S., Middelmann, U., Weishaupt, K., Wilmsmeier, N. (2015): Neue Kooperationen und Finanzierungsmodelle zur Sicherung der Daseinsvorsorge in kleinen Gemeinden und Städten im ländlichen Raum. Endbericht im Auftrag des BBSR, Berlin.
- Leimeister, J.M., Peters, C. (2012): Gesellschaftlich notwendige Dienstleistungen – soziale Innovationen denken lernen. WISO-Diskurs 10/2012, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin. Online unter: <https://library.fes.de/pdf-files/wiso/09367.pdf>.
- Löffler, E., Timm-Arnold, P., Bovaird, T., Van Ryzin, G. (2015): Koproduktion in Deutschland. Studie zur aktuellen Lage und den Potenzialen einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Bürgerinnen und Bürgern. Bertelsmann-Stiftung, Gütersloh.
- Markus, I. (2020): Quartiersentwicklung als zentrales Thema eines kommunalen Wohnungsunternehmens. In: vhw – Bundesverband Wohnen und Stadtentwicklung (Hrsg.): Heft 2/2020 Quartiersent-

- wicklung und Wohnungswirtschaft. Online unter: <https://www.vhw.de/publikationen/forum-wohnen-und-stadtentwicklung/archiv/archiv-detail/magazin/heft-2020-quartiersentwicklung-und-wohnungswirtschaft/> (06.08.2020).
- Meißner, H.-R., Kritikos, A., Maas, B. Schmidt, S. (2009): Mikrofinanzierung und Mezzaninkapital für Gründungen und KMU. Studie für das Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin.
- Metzger, G. (2019): Social Entrepreneurs in Deutschland: Raus aus der Nische – 154.000 „junge“ Sozialunternehmer im Jahr 2017. In: KfW Research, Nr. 238, 6.12.2019. Online unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Fokus-Volkswirtschaft/Fokus-2019/Fokus-Nr.-238-Januar-2019-Sozialunternehmer.pdf> (30.08.2020).
- Meyer, M., Simsa, R. (2013): NPOs: Abgrenzungen, Definitionen, Forschungszugänge. In: Simsa, R., Meyer, M., Badelt, C. (Hrsg.): Handbuch der Non-Profit-Organisationen. Strukturen und Management. 5. Auflage, Schäffer Poeschel Verlag, Stuttgart. S. 3-14.
- MBV NRW – Ministerium für Bau und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2008): Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung von Maßnahmen zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung, 2008. Düsseldorf.
- MHKBG.NRW – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (2020). Förderprogramm "Heimat. Zukunft. Nordrhein-Westfalen. Wir fördern, was Menschen verbindet.". Online unter: <https://www.mhkgb.nrw/themen/heimat/heimat-foerderprogramm> (26.06.2020).
- MHKBG – Ministerium für Heimat, Kommunales, Bau und Gleichstellung des Landes Nordrhein-Westfalen (2020): Dorferneuerung 2021 und Sonderaufruf „Feuerwehrrhäuser in Dörfern 2021“. Veröffentlichung der Fördergrundsätze. Online unter: [https://www.mhkgb.nrw/sites/default/files/media/document/file/F%C3%B6rdergrundsätze\\_Dorferneuerung2020.pdf](https://www.mhkgb.nrw/sites/default/files/media/document/file/F%C3%B6rdergrundsätze_Dorferneuerung2020.pdf) (18.05.2020).
- MWEBWV NRW – Ministerium für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (2011): Verstetigung integrierter Quartiersentwicklung in benachteiligten Stadtteilen in Nordrhein-Westfalen. Düsseldorf.
- Nelle, A., Ähnelt, R., Knorr-Siedow, T., Droste, C. (2019): Gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik. Stiftungen und weitere gemeinwohlorientierte Akteure: Handlungsfelder, Potenziale und gute Beispiele. Im Auftrag des BBSR – Bundesinstitut für Baus, Stadt- und Raumforschung (Hrsg.). Bonn. Download unter: [https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2019/gemeinwohlorientierte-wohnungspolitik-dl.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/sonderveroeffentlichungen/2019/gemeinwohlorientierte-wohnungspolitik-dl.pdf?__blob=publicationFile&v=2) (30.09.2020).
- Neu, C. (2009) (Hrsg.): Daseinsvorsorge. Eine gesellschaftswissenschaftliche Annäherung. VS Verlag, Wiesbaden.
- Neu, M. (2007): Sozialraumstrukturen im Wandel. Eine Längsschnittanalyse des Essener Stadtgebietes 1070 – 1987 – 2006. Diskussionspapier der Fakultät für Sozialwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Bochum.

- Nischwitz, G., Andreas, V. (Hrsg.) (2019): Stadtentwicklungsfonds. Ein neues Instrument zur Unterstützung nachhaltiger Stadtentwicklung? In: Arbeitsberichte der ARL 26. Online unter: <https://shop.arl-net.de/stadtentwicklungsfonds.html> (18.05.2020)
- NRW.URBAN GmbH & Co. KG, Nadler, M. (2014): Ex-ante-Bewertung Stadtentwicklungsfonds NRW. Studie im Auftrag des Ministeriums für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (MBWSV). Düsseldorf.
- Parodi, O. (2020): Erfahrungen aus der Reallabor-Arbeit mit Blick auf Verstetigung, Übertragung und Wirkungsverstärkung. Experimente in urbanen Reallaboren. Vortrag am 30.06.2020 im Rahmen von SynVer\*Z; Quer\*Z. Karlsruher Institut für Technologie (KIT).
- Primer, J., Labigne, A., Krimmer, H. (2015): Wie finanzieren sich gesellschaftliche Organisationen in Deutschland? Eine Sonderauswertung des ZiviZ-Surveys. Körber-Stiftung; ZiviZ - Zivilgesellschaft in Zahlen, Hamburg.
- Prognos, Generali Deutschland (2009): Engagementatlas 2009. Daten. Hintergründe. Volkswirtschaftlicher Nutzen. Berlin, Aachen.
- Reink, M. (2019): Entwicklung der Gewerbemieten für den Einzelhandel. Handelsverband Deutschland. Online unter: <https://einzelhandel.de/themeninhalte/standortundverkehr/1100-themen/standortpolitik/flaechen-immobilienentwicklung/12415-entwicklung-der-gewerbemieten-fuer-den-einzelhandel> (18.06.2020).
- Sander, D., Jahnke, T., Binder, C. (2018): Geschäftsmodelle von Sozialunternehmen. In: Bungard, P. (Hrsg.): CSR und Geschäftsmodelle. Management-Reihe Corporate Social Responsibility. Springer Verlag, Berlin, Heidelberg. S. 167-181.
- Schäpke, N.; Stelzer, F.; Bergmann, M.; Singer-Brodowski, M.; Wanner, M.; Caniglia, G.; Lange, D. J. (2017): Reallabore im Kontext transformativer Forschung. Ansatzpunkte zur Konzeption und Einbettung in den internationalen Forschungsstand. (No. 1 / 2017) Leuphana Universität Lüneburg.
- Scheuerle, T., Glänzel, G., Knust, R., Then, V. (2013): Social Entrepreneurship in Deutschland – Potentiale und Wachstumsproblematiken. Universität Heidelberg, Centrum für soziale Investitionen und Innovationen. Eine Studie im Auftrag der kfw, Gesamtreport. Online unter: <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-Studien-und-Materialien/Social-Entrepreneurship-in-Deutschland-LF.pdf> (13.08.2020).
- Schneidewind, U. (2014): Urbane Reallabore - ein Blick in die aktuelle Forschungswerkstatt. In: pnd | (3). Online unter: [https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/5706/file/5706\\_Schneidewind.pdf](https://epub.wupperinst.org/frontdoor/deliver/index/docId/5706/file/5706_Schneidewind.pdf) (29.07.2020).
- Schnur, O., Markus, I. (2010): Quartiersentwicklung 2030: Akteure, Einflussfaktoren, Zukunftstrends - Ergebnisse einer Delphi-Studie. In: Raumforschung und Raumordnung (2010): Schwerpunkt: Demographischer Wandel. 68:181–194. Springer Verlag.
- Simonson, J., Vogel, C. (2017): Organisationale Struktur des freiwilligen Engagements und Verbesserungsmöglichkeiten der Rahmenbedingungen. In: Simonson, J., Vogel, C., Tesch-Römer, C. (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer VS, Wiesbaden. S. 523-548.

- Simonson, J., Vogel, C., Tesch-Römer, C. (2017) (Hrsg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland, Empirische Studien zum bürgerschaftlichen Engagement. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014. Springer VS, Wiesbaden.
- Sparkasse Vest Recklinghausen (2017): Neue Initiative „Mikrofinanzierung im Kreis Recklinghausen“ gestartet. Website Online unter: [https://www.sparkasse-re.de/content/dam/myif/sk-vest-recklinghausen/work/dokumente/pdf/pressecenter/2017/2017-03-02\\_pressemitteilung.pdf?n=true](https://www.sparkasse-re.de/content/dam/myif/sk-vest-recklinghausen/work/dokumente/pdf/pressecenter/2017/2017-03-02_pressemitteilung.pdf?n=true) (27.08.2019).
- Sperle, T. (2012): Was kommt nach dem Handel? Umnutzung von Einzelhandelsflächen und deren Beitrag zur Stadtentwicklung. Dissertation, Fakultät Architektur und Stadtplanung der Universität Stuttgart, Städtebau-Institut der Universität Stuttgart. Online unter: <https://elib.uni-stuttgart.de/handle/11682/110> (13.06.2019).
- Stadt Dortmund (2019): Statistikatlas. Stabstelle Statistik der Stadt Dortmund. Download unter: [https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf\\_statistik/veroeffentlichungen/statistikatlas/215\\_-\\_Statistikatlas\\_-\\_2019.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/veroeffentlichungen/statistikatlas/215_-_Statistikatlas_-_2019.pdf) (27.08.2019).
- Stadt Dortmund (2015): Statistikatlas. Stabstelle Statistik der Stadt Dortmund. Download unter: [https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf\\_statistik/veroeffentlichungen/statistikatlas/Statistikatlas\\_2015.pdf](https://www.dortmund.de/media/p/statistik/pdf_statistik/veroeffentlichungen/statistikatlas/Statistikatlas_2015.pdf) (27.08.2019).
- Stappel, M. (2015): Die deutschen Genossenschaften 2015. Entwicklungen – Meinungen – Zahlen. Sonderthema: Neue Genossenschaftsmodelle. Deutscher Genossenschaftsverlag, Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (2019): Bevölkerung im Wandel: Annahmen und Ergebnisse der 14. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Online unter: [https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/\\_inhalt.html](https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Bevoelkerung/Bevoelkerungsvorausberechnung/_inhalt.html) (27.08.2019).
- Texier-Ast, V. (2018): Das sozial gemischte Quartier. Ein sozialer Bezugspunkt in der Stadt? In: Wintzer, J. (Hrsg.): Sozialraum erforschen: Qualitative Methoden in der Geographie. Springer Spektrum, Berlin. S. 121-133.
- Thürling, M. (2014): Genossenschaften im Dritten Sektor: Situation, Potenziale und Grenzen. Im Spannungsverhältnis zwischen Wirtschaftlichkeit und sozialer Zielsetzung. Discussion Paper SP V 2014-301. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Online unter: <https://bibliothek.wzb.eu/pdf/2014/v14-301.pdf> (13.08.2020).
- Unterberg, M., Richter, D., Spiess-Knafl, W., Sängler, R., Förster, S., Jahnke, T. (2016): Herausforderungen bei der Gründung und Skalierung von Sozialunternehmen: Welche Rahmenbedingungen benötigen Social Entrepreneurs? Zusammenfassung der Studie für das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi). Online unter: <https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Studien/herausforderungen-bei-der-gruendung-und-skalierung-von-sozialunternehmen.html> (31.08.2020).
- van Dyk, S., Haubner, T. (2019): Gemeinschaft als Ressource? Engagement und Freiwilligenarbeit im Strukturwandel des Wohlfahrtsstaats. In: Baumgartner A.D., Fux, B. (Hrsg.) (2019): Sozialstaat unter Zugzwang? Springer Nature, Wiesbaden.
- Vogel, B. (2019): Das Soziale-Orte-Konzept. Neue Infrastrukturen für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. In: Impulse Nr. 103, Gesundheit goes local. Gesundheit vor Ort neu denken, S. 6-7.

- Walker, B., Holling, C. S.; Carpenter, S. R.; Kinzig, A. (2004): Resilience, adaptability and transformability in social-ecological systems. In: *Ecology and Society*, 9, 2: 5. <http://www.ecologyandsociety.org/vol9/iss2/art5/> (29.07.2020).
- Wanner, M., Stelzer, F., Baedeke, C., Fishedick, M., Liedtke, C., Venjakob, J., Schneidewind, U. (2019): Reallabore – Perspektiven für ein Forschungsformat im Aufwind. In: in brief 07/2019, Wuppertaler Impulse zur Nachhaltigkeit. <https://wupperinst.org/publikationen/in-brief/> (11.05.2020).
- WBGU - Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011): Hauptgutachten. Welt im Wandel - Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation. <https://www.wbgu.de/de/publikationen/publikation/welt-im-wandel-gesellschaftsvertrag-fuer-eine-grosse-transformation#n#> (30.07.2020).
- Winkel, R. (2006): Die Auswirkungen des demographischen Wandels auf die soziale Infrastruktur. In: Gans, P., Schmitz-Veltin, A. (Hrsg.): Räumliche Konsequenzen des demographischen Wandels: T. 6, Demographische Trends in Deutschland - Folgen für Städte und Regionen. Hannover. S. 172-191.
- Wuppertal Institut o.J.: Transformative Forschung. <https://wupperinst.org/forschung/transformativ-forschung/>.
- Zimmer, A., Vilain, M. (2005): Bürgerschaftliches Engagement heute. In: Stiftung Westfalen Initiative (Hrsg.): Schriftenreihe der Stiftung Westfalen-Initiative, Band 10, Ibbenbüren. Online unter: [https://www.westfalen-initiative.de/wp-content/uploads/2017/11/239763\\_band\\_10\\_bu\\_rger-schaftliches.pdf](https://www.westfalen-initiative.de/wp-content/uploads/2017/11/239763_band_10_bu_rger-schaftliches.pdf) (11.08.2020).

## 8 Anhang

Sammeltabelle der Angebote im Konzept „Multifunktionaler Raum Marten“

Veranstaltung	Format	Beschreibung	Ziel
<b>Auftaktveranstaltung</b>	Informations- und Mitmachveranstaltung	Informationen zum Projekt und dem Raum sowie dessen Nutzung, Sammlung von Ideen mittels „Markt der Möglichkeiten“ für weitere Veranstaltungen	Informationen
<b>Selber bauen in Workshops</b>	Mitmachveranstaltung	Möbel, wie zum Beispiel Hocker, Bänke, Lampen, etc. unter Anleitung mit den Bürger*innen bauen; lokale Unternehmen einbinden (Sponsoring, Spenden, etc.)	Raum gestalten, Identität stiften
<b>Gestaltung des Raumes</b>	Mitmachveranstaltung, Wettbewerbe	Zum Beispiel Wände gestalten mit Graffiti, Raum effektiv gestalten; Einbindung der Jugendfreizeitstätte Marten	Raum gestalten, Identität stiften
<b>Repair-Café</b>	Mitmachveranstaltung	Nachmittagsveranstaltung, an denen Bewohner*innen nicht mehr funktionierende Gegenstände gemeinsam reparieren können; ggf. kurzer Input, wie sich ein solches Café aufbauen lässt	Neugier wecken, Bewohnerinnen "anlocken"
<b>Multifunktionaler Raum/Leihläden</b>	Vortrag & Workshop	Informationsveranstaltung mit Mitmachaktionen zum Thema: Wie baue ich einen multifunktionalen Raum / LeiLa auf? Welchen Mehrwert bringt ein solcher Raum, welche Hemmnisse und Hürden bestehen, worauf muss ich achten, welches Erfassungssystem nutze ich, welche Versicherung ist notwendig?	Akteure für den Aufbau von multifunktionalen Räumen begeistern und sensibilisieren, Neugier wecken, Erfahrungen austauschen
<b>Vereins- &amp; Genossenschaftsgründung</b>	Informationsveranstaltung + Best Practice (Werkzeugbaustein)	Wie gründe ich einen Verein / eine Genossenschaft, was muss ich beachten, wo liegen Herausforderungen, wann und für was kommt eine Gründung in Frage?	Bewohner*innen befähigen und offene Fragen klären
<b>Vernetzungsveranstaltung Ehrenamt und Engagement</b>	Come-together-Veranstaltung	Vernetzungsveranstaltung mit kleinen Inputs zu den Herausforderungen (Gewinnung von Akteuren, Finanzierung, Mehrwert, Organisation, etc.). Ließen sich zukünftig Herausforderungen gemeinsam angehen? Lassen sich Veranstaltungen gemeinsam realisieren? Sind Arbeitsgruppen / runde Tische eine Möglichkeit?	Neugierde wecken, Ehrenamt und Engagement würdigen, gemeinsam Probleme identifizieren und Lösungsmöglichkeiten erarbeiten
<b>Tauschbörse</b>	Mitmachveranstaltung	Nachmittagsveranstaltung für Bewohner*innen Martens, Tausch von allerhand Dingen (Bücher, Kleidung, Kleingeräten, etc.)	Zusammenhalt stärken, Neugier wecken, für weitere Veranstaltungen werben, hier auch Werbung für LeiLa's platzieren
<b>Song-Slam</b>	Veranstaltung	Abendveranstaltung zum Lachen und Zusammensein, Veranstaltung insbesondere auch für junge Erwachsene	Zusammenhalt stärken, Neugier wecken, für weitere Veranstaltungen werben, Spaß haben
<b>Fördergelder für bürgerschaftliche Initiativen</b>	Informationsveranstaltung (Werkzeugbaustein)	wie lassen sich bürgerschaftlich getragene Dienstleistungen / Organisationen / Initiativen finanzieren? Welche Möglichkeiten gibt es? Was sind die Voraussetzungen und für wen kommt es in Frage?	Informieren, wie eine Finanzierung aussehen kann
<b>Tag des... Workshop</b>	Mitmachveranstaltung	Verschiedene Mitmachveranstaltung zu unterschiedlichen Themen	

<b>Eigentümer – Leerstandsgestaltung</b>	Workshop	Leerstand führt zu einem unschönen Bild in den Zentren. Dies kann bereits durch kleine Maßnahmen behoben werden. Die Idee ist, niedrigschwellig Eigentümer*innen mit Künstler*innen, Aussteller*innen, Schüler*innen etc. zusammenzubringen, die dann für einen bestimmten Zeitraum das Schaufenster gestalten. Ggf. ließe sich darauf aufbauend auch eine digitale Plattform aufbauen (es geht hier explizit nicht um Zwischennutzungen)	Quartier verschönern, Kontakt zu den Eigentümer*innen herstellen, Vernetzen, Möglichkeiten diskutieren
<b>Lernen mit und von Student*innen</b>	Netzwerkveranstaltung	Marten weist eine gute Anbindung zur nahegelegenen Universität auf und könnte daher bei entsprechenden Angeboten für diese Zielgruppe ein attraktiver Wohnort für Studenten werden. Außerdem können Studierende ihre fachlichen Expertisen an andere Zielgruppen weitergeben. Denkbar wären etwa Veranstaltungen, bei denen Studierende gemeinsam mit Schüler*innen lernen oder älteren Menschen den Umgang mit smarterer Technologie vorstellen.	

#### Weitere Best-Practice-Beispiele

<b>Stadtteil- und Projektladen Syntopia</b> (Gerokstraße 2, 47053 Duisburg)	
Problemstellung und Hintergrund	Hintergrund war es, ein offenes kulturelles Zentrum aufzubauen. Dabei sollten ein unabhängiges politisches und soziales Engagement sowie unkommerzielle und alternative Kunst gefördert werden. Mit dem Aufbau des kulturellen Zentrums ist die Stärkung basisdemokratischer Strukturen verbunden und soll Raum für die Verwirklichung von Projekten und den Ladenbetrieb selbst sowie die Anbindung an die Nachbarschaft und den Stadtteil bieten. Ziel war weiterhin die Teilhabe aller Menschen an den urbanen Ressourcen und Räumen.
Zielsetzung	Gemeinsam mit verschiedenen anderen Menschen und Gruppen aus Duisburg sollte ein Raum für alternative Kultur, Politik und soziales Engagement geschaffen werden, vom Mitmach-Brunch über gemütliche Abende, von Vorträgen über Filmvorführungen, bis hin zu Sozialberatung und Lerngruppen. Das Syntopia ist so konzipiert, dass dieser vor allem ein offener Ort ist, an dem jede*r die Möglichkeit hat mitzumachen und diesen Ort mit Leben zu füllen. Das Syntopia setzt auf Selbstorganisation und die Stärkung basisdemokratischer Strukturen. Das zielt sowohl auf die Verwirklichung von Projekten und den Ladenbetrieb selbst als auch auf die Anbindung an die Nachbarschaft und den Stadtteil ab. Das Syntopia setzt sich für die Gestaltung und Veränderung der Stadt von unten ein und für die Teilhabe aller Menschen an den urbanen Ressourcen und Räumen. Somit ist das Syntopia auch Teil der Bewegung für ein „Recht auf Stadt“ in Duisburg und im Ruhrgebiet.
Kurzbeschreibung	Das Syntopia ist ein Ladenlokal in Duisburg-Hochfeld, das Raum bietet für unabhängiges politisches und soziales Engagement sowie für unkommerzielle

	und alternative Kultur – ein Projekt- und Stadteilladen. Angeboten werden zum Beispiel „Hilfe-zur-Selbsthilfe“, eine Fahrradwerkstatt, ein Umsonstladen/Givebox mit Kleidung, Büchern und Allerlei, Lebensmittelrettung mit regelmäßiger Ausgabe von Obst und Gemüse, gemütliche Film- und Tresen-Abende, vegane Mitmach-Brunchs, Vorträge und Diskussionen zu Politik und Gesellschaft, wöchentliche Hausaufgabenhilfe für Schüler*innen, ein monatlicher Lesekreis, Treffpunkt für politische Initiativen, Autorenlesungen, monatliches Frauencafé, handwerkliche Workshops und Pflanzentauschbörse.
Federführung	Syntopia wird vom Verein Mustermensch e.V. getragen. Mustermensch e.V. setzt sich bereits seit langer Zeit für ein unabhängiges sozio-kulturelles Zentrum in Duisburg ein und wird von weiteren Initiativen und Gruppen unterstützt.
Beteiligte	Vereinsmitglieder, Nachbarschaft
Rechtsform	Eingetragener Verein
Zeitraum	Besteht seit 2014
Kosten und Finanzierung	Zunächst ausschließlich über Mitgliedsbeiträge der Vereinsmitglieder und über Spenden finanziert, sieht sich aber ausdrücklich als offenes Projekt; Anschubfinanzierung über Crowdfunding-Kampagne; (Sach-)Spenden
Finanzierungshilfen / Förderzugang	/
Homepage	<a href="https://www.syntopia.info/">https://www.syntopia.info/</a> <a href="http://www.mustermensch.org/">http://www.mustermensch.org/</a>
Weiteres	/

<b>[...]raum, Witten</b> (Wiesenstraße 25, 58452 Witten)	
Problemstellung und Hintergrund	Ziel war es, Kaffeehaus und Arbeitsräume miteinander zu verbinden. Das Angebot wurde gut angenommen, musste jedoch auf die Bedürfnisse der Witterner*innen im Jahr 2016 angepasst werden (Vergrößerung des Caféraumes, Auslagerung der einzelnen Arbeitsplätze, Vergrößerung des Seminartisches für bis zu 20 Personen – abgetrennt durch eine Glasscheibe zu dem Café).

Zielsetzung	Cafébetrieb und offene, ungebundene Nutzung von Räumen
Kurzbeschreibung	<p>Das Angebot des [...]raum Witten beinhaltet drei Schwerpunkte:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Kaffeehaus: Cafébetrieb und die Möglichkeit/Einladung vor Ort zu arbeiten,</li> <li>• Konferenzraum, halböffentlich: kostenlos zugänglich, wenn er nicht gemietet ist; speziell für ruhiges Arbeiten in Gruppen</li> <li>• Arbeitsraum: in separaten Räumen in der Nähe des Kaffeehauses; ruhige Atmosphäre, Miete von einzelnen Tischen zu günstigen Konditionen</li> </ul> <p>Daneben werden eine Reihe von Kulturveranstaltungen angeboten, zum Beispiel Konzerte, Workshops (zu verschiedenen Themen), Reihe Essenskultur, Repair Café (Repair Café Witten, findet jeden Sonntag im Monat im [...]raum Witten statt), Ort der Begegnung, etc.</p>
Federführung	Alexander Brede, Frederik Bury, Jan Hagelstein
Beteiligte	Drei Gründer, Mitglieder des Vereins sowie Besucher des Cafés, der Seminar- und Arbeitsräume
Rechtsform	Eingetragener Verein (e.V.)
Zeitraum	Gegründet im Jahr 2015, bestehend.
Kosten und Finanzierung	Finanziert sich unter anderem durch den Betrieb des Cafés sowie die Vermietung der Seminarräume
Finanzierungshilfen / Förderzugang	Die Arbeitsräume, welche sich nicht in den gleichen Räumlichkeiten wie das Café befinden, ist eine Kooperation zwischen [...]raum, finanziert durch das <u>Hochschulwerk Witten/Herdecke e.V.</u> , initiiert vom <u>Stellwerk e.V.</u> und unterstützt durch die <u>Universität Witten/Herdecke</u> . Aus dem Grund ist die Nutzung durch Studierende der Universität Witten/Herdecke kostenlos, alle anderen Studierenden zahlen einen Preis von fünf Euro pro Tag für die Nutzung.
Homepage	<a href="http://arbeitundcafe.de/">http://arbeitundcafe.de/</a>
Weiteres	/

<b>Kulturküche, Mönchengladbach</b> (Waldhausener Str. 64, 41061 Mönchengladbach)	
Problemstellung und Hintergrund	Im Rahmen des „altstadtlabors“ wurden ab 2010 Ideen und Konzepte entwickelt, die Mönchengladbacher Altstadt wiederzubeleben und attraktiver zu gestalten. Mit am Tisch saßen Vertreter der Stadtverwaltung, Anwohner*innen, Eigentümer*innen, die Polizei, Wirt*innen, die Politik und Kreative, die sich zum Ziel gesetzt haben, diesem Bereich der Stadt aufzuwerten.
Zielsetzung	Die in der Suchthilfe tätige gemeinnützige Intres GmbH hat im Jahr 2013 die „Kulturküche“ in Mönchengladbach eröffnet. Das Ziel ist die Zusammenführung sozialer Arbeit, Kultur und junger Kreativwirtschaft in einem quartiersbezogenen Projekt. Im Nutzen einer gewinnbringenden Kooperation sollen gesellschaftliches Miteinander gefördert und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Beteiligten entstehen. Das Café als Ankerpunkt dient hierbei als Raum der Begegnung.
Kurzbeschreibung	Die Kulturküche ist ein gemeinnütziges Projekt, welches soziale und kulturelle Arbeit miteinander vereint.  Angebote sind unter anderem: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Café: wöchentlich wechselnde Karte, Rehabilitation Suchtkranker (etwa 10 bis 12 Klient*innen der Intres gGmbH sind in dem Café beschäftigt, bringen kreatives Potenzial, Erfahrungen in hauswirtschaftlicher Betätigung, Kochen und Catering mit ein und werden durch eine Kulturpädagogin sowie eine Ökotrophologin betreut)</li> <li>• Kultur: Konzerte, Lesungen, Theater etc.</li> <li>• Workshops (Wochenende)</li> <li>• Co-Working-Büros (Obergeschoss)</li> </ul> Die Angebote sind für Menschen mit und ohne Behinderung barrierefrei zugänglich. Über das Angebot der Kulturküche hinaus koordiniert diese gemeinsam mit der im Stadtteil ansässigen „Initiative Altstadt“ gemeinsame Ideen für kreative Aktivitäten im gesamten Stadtviertel.
Federführung	Die Federführung hat die Intres gGmbH inne, eine seit 2001 gemeinnützige GmbH. Die Intres GmbH ist Mitglied <u>im paritätischen Wohlfahrtsverband</u> , Gesellschafter ist der <u>Verein für die Rehabilitation psychisch Kranker</u> .
Beteiligte	Im Rahmen eines für drei Jahre bewilligten Inklusionsprojekts durch die Aktion Mensch ist die „Initiative Altstadt“ wichtiger Kooperationspartner. Zweiter Partner ist die städtische Gesellschaft „WFMG“, die auch Vermieterin des Objektes ist. Dozent*innen und Studierende der Kulturpädagogik der Hochschule Niederrhein, die Inklusionsbeauftragte und das Städtische Kulturbüro sind ebenfalls wichtige Partner*innen, die bereits seit Beginn dabei sind. Die

	Kulturküche verfügt darüber hinaus über ein weites Netzwerk und unterhält gute Kontakte zu ansässigen Unternehmen und der Stadt.
Rechtsform	gGmbH
Zeitraum	Erste Ideen 2010, Kulturküche seit Juni 2013
Kosten und Finanzierung	Vermietung von Büroräumen, Café, Veranstaltungen, etc.
Finanzierungshilfen / Förderzugang	/
Homepage	<a href="http://kulturkueche.com/">http://kulturkueche.com/</a> <a href="http://www.intres-ggmbh.de/index.html">http://www.intres-ggmbh.de/index.html</a>
Weiteres	/

<b>Café Eden e.V.</b> (Herner Str. 13, 44787 Bochum)	
Problemstellung und Hintergrund	/
Zielsetzung	Das Café Eden versteht sich als offener Raum für Begegnungen – als zweites „Wohnzimmer“. Motiviert durch die Möglichkeit der Begegnung soll der Raum für kulturellen Austausch und frische Ideen genutzt werden.
Kurzbeschreibung	Das Café Eden ist eine Bar und ein Café. Das Café versteht sich als Begegnungsstätte, die das Zusammentreffen unterschiedlicher Personen ermöglicht, aber auch als Plattform, denn Künstler*innen finden hier auf unterschiedlichen Veranstaltungen ihre Bühne.  Angeboten werden neben Kleidertauschparty auch Zeichenworkshops, Lesebühne und Spieleabende. Bis vor einiger Zeit sind zudem Konzerte veranstaltet worden, die jedoch aufgrund strengerer Richtlinien (Lautstärke etc.) aus dem Programm gestrichen worden sind.  Weiterhin ist es möglich, eigene Ideen in Veranstaltungsformaten einzubringen. Das Café wird aktiv durch die Mitglieder gestaltet.
Federführung	Vereinsmitglieder

Beteiligte	Vereinsmitglieder
Rechtsform	Eingetragener Verein
Zeitraum	
Kosten und Finanzierung	Das Café finanziert sich durch den Café- und Barbetrieb sowie durch Mitgliedsbeiträge. Unterschieden wird zwischen aktiven und passiven Mitgliedern. Aktive Mitglieder bringen sich in den Café- und Barbetrieb, zum Beispiel als Thekenpersonal, mit ein. Passive Mitglieder zahlen einen monatlichen Beitrag, in der Regel zwischen 5 und 10 Euro.
Finanzierungshilfen / Förderzugang	/
Homepage	<a href="https://www.edenev.de/">https://www.edenev.de/</a>
Weiteres	/